

POLITIK & UNTERRICHT

4 – 2009



Leben in der DDR

Inhalt

»Politik & Unterricht« wird von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) herausgegeben.

HERAUSGEBER

Lothar Frick, Direktor

CHEFREDAKTEUR

Dr. Reinhold Weber
reinhold.weber@lpb.bwl.de

REDAKTIONSASSISTENZ

Sylvia Rösch, sylvia.roesch@lpb.bwl.de
Katharina Rapp, Stuttgart

ANSCHRIFT DER REDAKTION

Stafflenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon: 0711/164099-45; Fax: 0711/164099-77

REDAKTION

Simone Bub-Kalb, Studiendirektorin,
Staatl. Seminar für Didaktik und Lehrerbildung
(Gymnasien), Stuttgart
Judith Ernst-Schmidt, Oberstudienrätin,
Werner-Siemens-Schule (Gewerbliche Schule
für Elektrotechnik), Stuttgart
Ulrich Manz, Rektor der Schillerschule (Grund-
und Hauptschule mit Werkrealschule), Esslingen
Dipl.-Päd. Holger Meeh, Akademischer Rat,
Pädagogische Hochschule Heidelberg
Horst Neumann, Ministerialrat,
Umweltministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
Wibke Renner-Kasper, Konrektorin der Grund-,
Haupt- und Realschule Illingen
Angelika Schober-Penz, Studienrätin,
Erich-Bracher-Schule (Kaufmännische Schule),
Kornwestheim

GESTALTUNG TITEL

Bertron.Schwarz.Frey, Gruppe für Gestaltung, Ulm
www.bertron-schwarz.de

GESTALTUNG INNENTEIL

Medienstudio Christoph Lang, Rottenburg a. N.,
www.8421medien.de

VERLAG

Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1,
78050 Villingen-Schwenningen
Anzeigen: Neckar-Verlag GmbH, Uwe Stockburger
Telefon: 07721/8987-71; Fax: -50
anzeigen@neckar-verlag.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1.5.2005.

DRUCK

PFITZER GmbH & Co. KG, Benzstraße 39,
71272 Renningen

Politik & Unterricht erscheint vierteljährlich.
Preis dieser Nummer: 3,00 EUR
Jahresbezugspreis: 12,00 EUR
Unregelmäßige Sonderhefte werden zusätzlich
mit je 3,00 EUR in Rechnung gestellt.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung des Herausgebers und der
Redaktion wieder. Für unaufgefordert eingesendete
Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen
Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit
Genehmigung der Redaktion.

Titelfoto: picture-alliance/ZB
Auflage dieses Heftes: 26.000 Exemplare
Redaktionsschluss: 30. Dezember 2009
ISSN 0344-3531

Editorial	1
Geleitwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport	3
Autorinnen dieses Heftes	3

Unterrichtsvorschläge	4–18
Einleitung	4
Baustein A: Schule, Jugend, Freizeit	7
Baustein B: Die Stasi	9
Baustein C: Oppositionsgruppen in der DDR: Das Beispiel Leipzig	15
Literaturhinweise	18

Texte und Materialien	19–55
Baustein A: Schule, Jugend, Freizeit	20
Baustein B: Die Stasi	32
Baustein C: Oppositionsgruppen in der DDR: Das Beispiel Leipzig	44

Einleitung, Baustein A und C: Prof. Dr. Bettina Alavi
Einleitung und Baustein B: Carolin Stetter

Das komplette Heft finden Sie zum Downloaden als PDF-Datei unter
www.politikundunterricht.de/4_09/ddr.htm

Politik & Unterricht wird auf umweltfreundlichem Papier aus FSC-zertifizierten Frischfasern
und Recyclingfasern gedruckt. FSC (Forest Stewardship Council) ist ein weltweites Label
zur Ausweisung von Produkten, die aus nachhaltiger und verantwortungsvoller Waldbewirt-
schaftung stammen.

THEMA IM FOLGEHEFT

Südafrika – Land der Gegensätze

Editorial

Nur selten dürfte eine wissenschaftliche Studie so viel Aufsehen erregt haben wie die sogenannte Schroeder-Studie über das DDR-Bild von heutigen Schülern in Deutschland. Die Veröffentlichung der Studie sorgte für Schlagzeilen: »Honeckers paradiesische Diktatur«, »Willy Brandt ist aus der DDR« oder »Schüler verklären die DDR«. Die öffentliche Irritation ist auf erschreckende Befunde zurückzuführen: Über ein Drittel der Schüler in Brandenburg hielten Konrad Adenauer und Willy Brandt für DDR-Politiker, über die Hälfte der Berliner Schüler kennt Ludwig Erhard nicht, und über siebzig Prozent der Schüler in Nordrhein-Westfalen wissen nicht, wann die Mauer errichtet wurde. Natürlich ist die Klage über Wissenslücken von Schülerinnen und Schülern so alt wie die Schule selbst. Und natürlich wissen wir nicht, ob die »Schroeder-Studie« in Baden-Württemberg besser ausgefallen wäre.

Eines aber ist sicher: Die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte, mit Diktatur und Demokratie auf deutschem Boden gehört zum Kernbestand der politischen Bildung. Dass sich die Landeszentrale für politische Bildung in den Gedenkjahren 2009 und 2010 in besonderer Weise der deutschen Teilung und ihrer Überwindung widmet, ist insofern Auftrag und Selbstverpflichtung. Mit dem vorliegenden Heft von Politik & Unterricht tun wir dies in besonderer Weise. Denn in der Zwischenzeit liegt eine ganze Fülle – wohlgemerkt verdienstvoller – Publikationen und Arbeitshilfen über den Fall der Mauer und den Prozess der deutschen Wiedervereinigung seit 1989/90 vor, aber didaktische Literatur über das alltägliche Leben in der DDR ist

weiterhin Mangelware. Genau deshalb haben wir mit diesem Heft einen konzeptionellen Ansatz gewählt, der das Alltagsleben von Jugendlichen in der DDR in den Mittelpunkt stellt: Schule, Freizeit, Sport, aber auch die Allgegenwart des Unrechtsstaates in Form der Stasi und die Frage, was es bedeutet hat, sich einer oppositionellen Gruppe anzuschließen. Im Mittelpunkt steht dabei immer die Erkenntnis, dass es das Wesen einer Diktatur ist, dass von Staats wegen definiert wird, wer ein »guter Bürger« ist und wer nach politisch-weltanschaulichen Gesichtspunkten diffamiert, ausgegrenzt, bestraft und entrechtet wird. Wir sind uns sicher, dass wir mit dem vorliegenden Heft den Lehrerinnen und Lehrern des Landes ein attraktives und praxisorientiertes Angebot für einen auch methodisch abwechslungsreichen Unterricht machen.



*Lothar Frick
Direktor der LpB*



*Dr. Reinhold Weber
Chefredakteur*

Neu in der Redaktion von P&U: Wibke Renner-Kasper



Im Oktober 2009 hat die Landeszentrale für politische Bildung Wibke Renner-Kasper in die Redaktion von Politik & Unterricht berufen. Frau Renner-Kasper ist zweite Konrektorin an der Verbundschule GHRS Illingen. Vor dieser Tätigkeit war sie zwei Jahre Konrektorin an der GHWS Kirnbachschule in Niefern-Öschelbronn. Parallel zu ihrer schulischen Tätigkeit schreibt Wibke Renner-Kasper an der Pädagogischen Hoch-

schule Freiburg im Fachbereich Politische Bildung/Sozialwissenschaftlicher Sachunterricht an ihrer Dissertation, die im Bereich der qualitativen Praxis- und Unterrichtsforschung zu verorten ist. Der Forschungsgegenstand dieser Qualifikationsarbeit sind Schülervorstellungen von Hauptschülerinnen und Hauptschülern zu den noch wenig empirisch erhobenen Basiskonzepten »Macht« und »Gemeinwohl«.

In den Jahren von 2003 bis 2005 war Wibke Renner-Kasper Lehrbeauftragte für die Politische Bildung und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe. Dort hat sie sich schwerpunktmäßig mit der Regierungslehre, der Analyse politischer Systeme und der Schul- und Unterrichtsforschung beschäftigt. Durch ihre Praxiserfahrung und ihre Expertise in der qualitativen Unterrichtsforschung wird Frau Renner-Kasper die Arbeit in unserem Redaktionsteam bereichern. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!

*Lothar Frick und Dr. Reinhold Weber im Namen der
Redaktion von Politik & Unterricht*

Zum Abschied von Horst Neumann und Ulrich Manz



Horst Neumann – der »Rekordhalter« nimmt Abschied von Politik & Unterricht

Horst Neumann war so lange Mitglied der Redaktion von Politik & Unterricht wie niemand vor ihm – und möglicherweise auch nach ihm: Den einsamen Rekord von 35 Jahren, vom allerersten bis zum aktuellen Heft, von 1975 bis 2010, muss erst einmal jemand brechen. Niemand kennt P&U so gut wie Horst Neumann: Er hat jedes Heft mit durchgearbeitet, mit verbessert, mit gestaltet. Bei rund zwanzig Ausgaben hatte er selbst die Federführung inne – so häufig wie kein anderer. Als Referent der Landeszentrale für politische Bildung und Leiter unserer Außenstelle in Freiburg gehörte er von Anfang

an zur Redaktion. Aber auch nachdem er in leitende Positionen in verschiedenen Landesministerien aufgestiegen war, zuletzt als Verantwortlicher für die Öffentlichkeitsarbeit des Umweltressorts, ließ er es sich nicht nehmen, weiter bei Politik & Unterricht mitzuarbeiten, seinen Einfluss geltend zu machen und seine umfangreiche Sachkenntnis in und aus der politischen Bildung zum Tragen zu bringen. Konnte er einmal nicht zu einer Sitzung kommen, legte er seine Gedanken, Kritik und Anregungen zu unseren Heften schriftlich vor. Aber fast immer war er da: Wenn Horst Neumann die Stirn in Falten legte und seine buschigen Augenbrauen langsam Richtung Haaransatz wanderten, dann wussten wir: Jetzt kommt etwas, über das es sich nachzudenken lohnt.

Horst Neumann hat es verstanden, Politik & Unterricht über 35 Jahre hinweg mit zu prägen und mit zu modernisieren. Er ist ein Konservativer im besten Sinne des Wortes, aber genauso ein Mensch auf der Höhe der Zeit, der für Neues aufgeschlossen bleibt. So hält er es auch im Privaten: Die deutsche Einheit war ihm immer ein besonderes Anliegen – und so ist es auch nur konsequent, dass er gemeinsam mit seiner Frau beschlossen hat, seinen nächsten Lebensabschnitt in den neuen Ländern zu verbringen. Herzlichen Dank und alles Gute, lieber Horst Neumann!

Lothar Frick und Dr. Reinhold Weber im Namen der Redaktion von Politik & Unterricht



Ulrich Manz – der »Spiritus Rector« verlässt Politik & Unterricht

Man glaubt es kaum, aber es ist so: Ulrich Manz wird 65 Jahre alt und verlässt mit seinem Eintritt in den Ruhestand auch die Redaktion von Politik & Unterricht. Hätten wir in der Redaktion darüber abstimmen dürfen, das Ergebnis hätte eindeutiger nicht sein können: alle dagegen. Natürlich wissen nur Insider, wie unsere Sitzungen ablaufen, doch jetzt ist es an der Zeit, zu verraten, was regelmäßig stattfand: Wir alle sitzen da mit dem durchgearbeiteten Entwurf eines neuen Heftes, die Aussprache darüber wird eröffnet –

und alle Augenpaare richten sich auf Ulrich Manz. Er war es, der in den vergangenen Jahren als Erster Stellung zu den Manuskripten nahm und damit den Ton und den Tenor in der Redaktion vorgegeben hat – ein echter »Spiritus Rector«. Was seiner kritischen Prüfung nicht standhielt, war später auch nicht im Heft. Auch seine angenehmen menschlichen Umgangsformen, seine sprachliche Ausdrucksfähigkeit und seine pädagogische Professionalität machen ihn eigentlich unverzichtbar.

Nach 29 Jahren im Redaktionsteam, dem er seit 1981 angehört – Beiträge für einzelne Nummern von P&U hatte er aber schon zuvor abgefasst –, hat er aber das Recht, aufzuhören. Bei rund einhundert Heften war er dabei, eine Reihe davon hat er selber betreut und verfasst. Er ist ein brillanter Pädagoge, ein hervorragender Rektor, einer, der junge Menschen erreicht, ohne sich verbiegen oder anbiedern zu müssen. Die Schillerschule in Esslingen, die er seit 1991 leitete, wurde sogar mit dem Schulpreis des Bundespräsidenten ausgezeichnet. Ob seine Schülerinnen und Schüler ihn vermissen werden? Wir würden jede Wette eingehen: ja, auf jeden Fall. Uns in der Redaktion wird es da nicht anders gehen. Herzlichen Dank und alles Gute für Sie, lieber Ulrich Manz!

Lothar Frick und Dr. Reinhold Weber im Namen der Redaktion von Politik & Unterricht

Geleitwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Für die allermeisten Schülerinnen und Schüler liegt die DDR außerhalb ihres eigenen Erfahrungshorizonts. Sicherlich: Eltern, Verwandte oder Bekannte erzählen aus der Zeit der deutschen Teilung, erinnern sich an Reiseverbote, Grenzkontrollen oder Weihnachtspakete an die Verwandten »drüben«. Auch in den Medien wird berichtet und zurückgeschaut auf den Juni 1953, auf Mauerbau, Todesschüsse, Fall der Mauer und Wiedervereinigung. Aber dennoch: Die Schule ist vielfach der einzige Ort, an dem sich junge Menschen intensiv mit der Geschichte unseres Landes, seiner Teilung im Zeitalter des Ost-West-Konflikts und mit der Wiedervereinigung seit 1989/90 beschäftigen. Die beiden zwanzigsten Jahrestage des Mauerfalls und der Deutschen Einheit in den Jahren 2009 und 2010 bieten besonders gute Gelegenheiten, die Geschichte der DDR verstärkt im Unterricht zu behandeln.

Die Bundesrepublik Deutschland, die DDR sowie die Geschichte der deutschen Teilung sind Gegenstand in den Bildungsplänen aller weiterführenden allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg. Auch in den beruflichen Schulen werden die Themen im Rahmen der deutschen Nachkriegsgeschichte behandelt. Neben dem Fach Geschichte bieten weitere Fächer und Fächerverbünde Anknüpfungspunkte zur fachübergreifenden Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte. Dazu zählt auch die Einbeziehung außerschulischer Lernorte wie Museen und Archive. Viele Schulen vertiefen diesen Aspekt noch durch Studienfahrten nach Berlin oder zu Gedenkstätten in den neuen Ländern, durch Zeitzeugenbefragungen oder andere Projekte.

Im Kern geht es immer darum, einer Verharmlosung des durch Unterdrückung und Überwachung gekennzeichneten SED-Staates entgegenzuwirken und zu fragen, welche Aus-

wirkungen die unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systeme auf die innere Entwicklung und den Alltag der Menschen in den beiden deutschen Staaten unter den Bedingungen von Demokratie und Diktatur hatten.

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport dankt der Landeszentrale für politische Bildung, dass sie sich in den beiden Erinnerungsjahren 2009 und 2010 in besonderer Weise mit den Themen Geschichte der deutschen Teilung, DDR und Wiedervereinigung beschäftigt. Zu dem vielfältigen Angebot in diesem Bereich gehören nicht nur ein umfassendes Online-Portal (www.ddr-im-unterricht.de), Lehrerfortbildungen, Seminare und zahlreiche andere Veranstaltungen, die in Zusammenarbeit mit dem Landesmedienzentrum und dem Landesinstitut für Schulentwicklung durchgeführt werden, sondern nun eben auch eine Ausgabe der Zeitschrift Politik & Unterricht, die in gewohnt schulpraxisnaher Manier den Lehrerinnen und Lehrern des Landes Vorschläge und Materialien an die Hand gibt, um das Alltagsleben im Unrechtsstaat DDR im Unterricht zu thematisieren.

*Gernot Tauchmann
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Baden-Württemberg*



AUTORINNEN DIESES HEFTES

Prof. Dr. Bettina Alavi lehrt an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg Geschichte und ihre Didaktik mit den Schwerpunkten Zeitgeschichte, interkulturelles historisches Lernen und historisches Lernen mit Neuen Medien.

Carolin Stetter hat an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg studiert und ist derzeit im Referendariat an der Staufer-Realschule Waiblingen. Im Herbst 2010 beginnt sie einen Lehrauftrag an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg.

Leben in der DDR

●●● EINLEITUNG

Im Jahr 2009 wurde in einer zentralen Gedenkfeier in Berlin, in zahlreichen Fernsehdokumentationen und -diskussionen, in vielen wissenschaftlichen, aber auch autobiographischen Buchveröffentlichungen des zwanzigsten Jahrestags der »Wende« gedacht, die ein Jahr später in die deutsche Wiedervereinigung mündete. Bei diesen Ereignissen wurde deutlich, dass die Einordnung und Deutung der Wendeereignisse wie auch der DDR-Geschichte noch immer eine lebendige Auseinandersetzung hervorrufen, die zeitgeschichtlich im besten Sinne als kontrovers bezeichnet werden kann. Ein Beispiel für die Entwicklung von Deutungen ist in der sukzessiven Ablösung des Terminus »Wende« durch den Terminus »Friedliche Revolution« zu sehen, welcher in viel stärkerem Maße die Leistung der DDR-Bürger betont und den Wirkungsradius der Ereignisse erheblich erhöht. Des Weiteren wurde deutlich, dass es noch keinen festen Platz für »die« DDR im kollektiven Gedächtnis gibt. Vielmehr ringen sehr unterschiedliche DDR-Bilder um Geltungshoheit oder existieren abgeschottet nebeneinander.

Beim öffentlichen Gedenken wird der Diktaturcharakter der DDR hervorgehoben, also das System der DDR betont, das aufgrund seiner Strukturen persönliche Unfreiheit und eine Innovationsstarre bewirkte. Im gesellschaftlich dominanten Arrangementgedächtnis (Martin Sabrow), das vom richtigen Leben im falschen weiß, wird die Auskömmlichkeit unter schwierigen Bedingungen betont und die Möglichkeiten eines glücklichen Lebens werden hervorgehoben. Diese Gedächtnisweise betont die positiven Seiten des Sozialismus, ohne ihn aber systemkritisch zu sehen und die Opfer des Systems als solche zu berücksichtigen. Diese Herangehensweise findet sich häufig in familiären Erinnerungs- und Deutungszusammenhängen, wo es auch darum geht, bisher gelebtes Leben nicht zu entwerten und eine positive Familienerinnerung zu tradieren. Sie findet sich auch in den »Ostalgie-Shows«, die beispielsweise die DDR-Rockmusik ohne die staatlichen Repressalien präsentieren, denen die Musiker ausgesetzt waren, oder aber die nostalgisch an Ostwaren erinnern, ohne die mangelhafte Versorgungslage zu erwähnen.

Dass gerade dieses Arrangementgedächtnis auf Schülerinnen und Schüler sehr wirkmächtig ist, zeigt die 2008 veröffentlichte »Schroeder-Studie«. Für diese Studie wurden rund 5.000 Oberstufenschülerinnen und -schüler aus Brandenburg, Berlin, Bayern und Nordrhein-Westfalen per Fragebo-



Zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer erinnert am 9. November 2009 eine große Gedenkfeier in Berlin an das weltgeschichtliche Ereignis. In einer »Domino-Aktion« fallen an diesem Tag symbolisch für den tatsächlichen Fall der Mauer Tausende überdimensionale Dominosteine. Viele davon wurden von Schülerinnen und Schülern gestaltet.

gen und durch ergänzende Einzel- und Gruppeninterviews einerseits über ihre Bewertung der DDR, andererseits zu ihrem Faktenwissen über die DDR befragt. Ein zentrales Ergebnis war, dass die DDR von der absoluten Mehrheit der Schüler als negativ bewertet wurde, es aber markante Unterschiede gerade zwischen west- und ostdeutschen Schülern gibt. Mehr ostdeutsche Schüler neigen dazu, die Unterschiede zwischen einer Diktatur und einer Demokratie zu nivellieren und repressive Aspekte auszublenden. Auch wenn die wissenschaftliche Anlage der Studie – die Feststellung des Faktenwissens bestand in einem Abfragen von Politikernamen und Daten etwa zum Mauerbau – und die aus den Daten gezogenen Schlussfolgerungen kritisch zu sehen sind, so zeigt sich doch Folgendes: Es besteht ein Kontrast zwischen lebensweltlicher Überlieferung und Systemwissen, wobei gleichzeitig das kommunikative Familiengedächtnis und mediale Vermittlungsweisen dem im Unterricht vermittelten Geschichtsbewusstsein an Geltungskraft überlegen scheinen.

Angesichts dieser Ergebnisse wird im vorliegenden Heft versucht, den Diktaturcharakter der DDR an drei Themenbereichen deutlich zu machen: Jugend und Schule in der DDR, die Stasi sowie Oppositionsgruppen. Gleichzeitig wird in Kenntnis der beiden konkurrierenden Gedächtnisweisen versucht, beide durch eine enge Verzahnung von Lebensgeschichte und kontextualisierendem Systemwissen einzubeziehen und dadurch einander anzunähern. Somit soll vermieden werden, nur die Systemgeschichte oder nur den lebensweltlichen Alltag gelten zu lassen. Vielmehr soll den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gegeben werden, am konkreten Beispiel, aber mit Einbindung des historischen Kontextes, Funktionsweisen einer Diktatur kritisch zu durchdenken. Sie können damit einen Eindruck vom Wirken einer Diktatur bis in die kleinsten Bereiche des persönlichen Lebens erhalten und gleichzeitig Strukturelemente und Träger der Diktatur erkennen. Sie lernen, dass es auch in der DDR verschiedene Lebens- und Handlungsoptionen gab, die aus der Sozialisation, der generationellen Verortung, der persönlichen Weltanschauung und dem Grad der Anpasstheit resultierten: Vom überzeugten Systemträger, vom »Normalo«, der nicht anecken musste, über den Nischenbewohner hin zu einem Oppositionellen, der die »bessere DDR« wollte. Dadurch wird auch die häufig in Leserbriefen anzutreffende Argumentation transparent, in der ehemalige DDR-Bürger die Vorteile der DDR wie die Arbeitsplatzsicherheit hervorheben, ohne aber deren Kehrseite – hier die mögliche Zuweisung eines unerträglichen Arbeitsplatzes am fremden Ort zur »Bewährung« – wahrzunehmen. Dann wird auch deutlich, dass hier Kritik an der DDR als Kritik am eigenen Leben verstanden wird, das die Einzelnen aber durchaus als glücklich erlebt haben können.

Den zahlreichen Opfern des SED-Unrechtsstaates wird man dadurch aber nicht gerecht. Deshalb ist es wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler in der Auseinandersetzung mit Diktaturgeschichte einerseits die Gefahren erkennen, die – auch für das Leben jedes Einzelnen – von geschlossenen Weltbildern und fehlender Informations-, Reise-,

Versammlungs-, Meinungs- und Religionsfreiheit ausgehen. Gleichzeitig sollen sie dadurch auf einer fundierten Basis unterscheiden lernen zwischen einer Demokratie und einer Diktatur. Marianne Birthler, die derzeitige Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, hat diese Ziele des historischen Unterrichts mit der treffenden Formel »Erziehung zur Freiheit« zusammengefasst.

Zur Konzeption des Heftes

Das vorliegende Heft beschäftigt sich ausschließlich mit zentralen Aspekten des Lebens in der DDR. Es wurde deshalb auf Themen verzichtet, die die Geschichte der beiden deutschen Staaten in Verbindung setzen, wie etwa die Geschichte der Mauer unter beidseitigem Blickwinkel, aber auch die Geschichte des Wiedervereinigungsprozesses. Die »asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte« (Christoph Kleßmann) wurde nicht aktiv aufgegriffen. Ebenso wird die heutige Auseinandersetzung mit der Erinnerung an die DDR, etwa mit ihrer Darstellung in Spielfilmen oder aber mit der Gestaltung von Gedenkstätten, nur am Rande angesprochen. Es handelt sich deshalb nicht um ein »Aufarbeitungsheft« der DDR-Diktatur. Vielmehr geht es in diesem Heft darum, an drei zentralen Themenbereichen die Wirkungsmechanismen eines Unrechtsstaates zu verdeutlichen.

Baustein A behandelt die Lebenswelten von Jugendlichen in der DDR. Am Beispiel der Schule, aber auch an den vom Staat angebotenen Freizeitmöglichkeiten wird deutlich, dass diejenigen Jugendlichen, die die Angebote annahmen und mitmachten, sich also im Rahmen des Erwünschten bewegten, gefördert wurden und ein »reibungsloses« Leben führen konnten. Die Teilnahme an Pionier- und FDJ-Aktivitäten, Freizeitangebote in Jugendclubs oder Reisen in Ferienlager stellten eine große Palette an für Jugendliche attraktiven Beschäftigungsmöglichkeiten dar, die aber gleichzeitig dazu beitragen sollten, die staatlich erwünschte »sozialistische Persönlichkeit« zu formen. Die Jugendlichen aber, die aneckten, sei es aufgrund ihres Lebensstils (wie die Punks), ihrer Weltanschauung (wie junge Christen) oder ihrer Weigerung, sich den staatlichen Vorgaben etwa im Leistungssport zu beugen, bekamen Repressionen und Einschränkungen zu spüren, die ihr ganzes Leben bestimmten. Sie fielen aus der staatlichen Förderung heraus, bekamen nicht die Zulassung zur Abiturstufe oder zum gewünschten Studiengang, oder sie wurden wie Kriminelle behandelt und als asoziale Elemente stigmatisiert. Hier zeigte sich das Doppelgesicht der Diktatur, die im engen Rahmen des staatlich Erwünschten einerseits Wohlverhalten prämierte und andererseits Abweichungen streng verfolgte.

Baustein B zeigt ein zentrales Element der Diktatur in der DDR: das Ministerium für Staatssicherheit (MfS). An einem einzelbiographischen Fall wird das Vorgehen des MfS am Beispiel einer versuchten Republikflucht exemplarisch untersucht. Die Schülerinnen und Schüler werden dabei auch aufgefordert, sich mit der Problematik DDR-Erinnerung am Beispiel von »Ostalgie-Shows« auseinanderzusetzen.

Warum die Stasi ihren Platz im Geschichtsunterricht haben sollte

Welche Folgen hat es für den Alltag, wenn man permanent beobachtet wird? Was bedeutet es, niemandem trauen zu können, weil das Gegenüber möglicherweise mit dem MfS zusammenarbeitet? Was heißt es, wenn man seine eigene Meinung nicht laut sagen darf, ohne zu riskieren, verhaftet und verurteilt zu werden? Welche Angst musste man haben, wenn man ein Auto mit verdunkelten Scheiben und zwei Männern vor der Tür sah? All diese Fragen gehörten auch zum täglichen Leben in der Diktatur.

Schüler über diese Fragen zum Nachdenken anzuregen ist aber nur eine Begründung für die Notwendigkeit des Themas Stasi in der Schule. Angesichts der derzeitigen medialen Präsenz des MfS ist dies beim Themenbereich Alltagsleben in der DDR schwer zu ignorieren. Sowohl in den Nachrichtenmeldungen verschiedener Medien als auch in deutschen Filmen der letzten Jahre, wie beispielsweise »Das Leben der Anderen« oder »Sonnenallee«, haben das MfS und seine Folgen ihren Platz. Dadurch machen sich viele Schüler ein Bild der DDR und der Stasi, das im Geschichtsunterricht reflektiert werden sollte.

Gemäß den Bildungsplänen der Schulen in Baden-Württemberg sollen die Schülerinnen und Schüler an Gymnasien den Alltag der Menschen in der DDR unter den Bedingungen der Diktatur erfahren. Für Realschulen gilt, dass Schüler gesellschaftliche Entwicklungen der DDR beschreiben können. Wesentliche Aspekte von der Teilung bis zur Einigung der beiden deutschen Staaten sollen Hauptschüler in Klasse 9 erläutern können, zu denen die Auflösung der MfS zwangsläufig auch gehört.

Die derzeitige Schülergeneration hat das Gefühl von Unfreiheit, Unterdrückung und Überwachung in der DDR nicht mehr selbst erfahren. Zu einer nachhaltigen Erziehung gehört es

aber auch, das Wissen zu vermitteln, dass es in unserer nicht allzu fernen Vergangenheit eine Zeit gab, in denen unsere Grund- und Bürgerrechte nicht selbstverständlich waren. Damit diese Grundrechte unserer Demokratie, sei es das Recht auf freie Meinungsäußerung, Reisefreiheit, die Freiheit der Berufswahl oder die Unberührtheit des Briefgeheimnisses, von unseren Jugendlichen geschätzt und verteidigt werden können, müssen sie sich damit auseinandersetzen, welche Auswirkungen es haben kann, wenn diese Rechte nicht mehr gewährleistet sind.

Baustein C thematisiert schließlich am regionalen Beispiel Leipzig die Oppositionsgruppen in der DDR. Speziell in Leipzig handelte es sich dabei um junge Leute, meist Anfang zwanzig, die im Rahmen des DDR-Systems die offensichtlichen Missstände wie den mangelnden Umweltschutz und die zunehmende Militarisierung der DDR-Gesellschaft kritisierten und selbstbewusst und eigenständig deutliche Friedens- und Abrüstungsbemühungen forderten. Dies war ihnen fast nur im »Schutzraum Kirche« möglich, die ihnen als einzige autonome Großorganisation der DDR Räume und eine Öffentlichkeit bot.

In diesem Baustein werden die Motive, Ziele, politischen Positionen, Handlungsweisen und geistig-kulturellen Hintergründe der verschiedenen Oppositionsgruppen untersucht. Es wird danach gefragt, wie junge Leute dazu kamen, sich widerständig zu zeigen, dem DDR-Staat die Stirn zu bieten – auch wenn Bespitzelung und Verhaftung drohten. Letztendlich wird auch danach gefragt, wie Oppositionelle die Umbruchzeit und damit ihre Aktivitäten aus der heutigen Sicht bewerten.



Ein Schüler einer Polytechnischen Oberschule aus Berlin (Ost) mit einer Schieblehre beim Messen eines Metallstücks im Polytechnischen Unterricht im UTP-Zentrum des VEB Fortschritt in Berlin. Mit einem regelmäßig in den Stundenplan eingebundenen »Unterrichtstag in der Produktion« (UTP) sollten die Schüler in der DDR an das Arbeitsleben in den volkseigenen Betrieben herangeführt werden.

●●● BAUSTEIN A

SCHULE, JUGEND, FREIZEIT

»Wenn man in der DDR-Schule angepasst, linientreu war und keine kritischen Fragen stellte, konnte man sicherlich erfolgreich sein. Ich hätte in einer solchen Atmosphäre gar nicht atmen können.« So interpretiert eine 17-jährige Schülerin heute die Erfahrung einer DDR-Heimatkundestunde, die im Schulmuseum Leipzig »nachgespielt« wurde. Die Schülerin verweist in ihrer Aussage auf ein Hauptmerkmal von Jugend und Schule in der DDR: Verhielt der Jugendliche sich systemgetreu und nahm die vielfältigen Angebote auch zur Gestaltung der Freizeit an, dann konnte die Schulzeit als »glücklich« empfunden werden. Der Jugendliche wurde bestmöglich gefördert und erfuhr eine deutliche Orientierung. In dem Moment aber, wo die »Linie« verlassen wurde, etwa durch Nichtmitgliedschaft in der FDJ, durch Kritik am Wehrkundeunterricht, durch eine religiöse Weltanschauung oder aber durch politisch abweichende Äußerungen, dann wurde der Einzelne zu einem »besonderen Vorkommnis«, gegen das die Schul- und Ministerialbürokratie vorging.

Was war das Ziel von Schule und Erziehung in der DDR?

Das Erziehungskonzept der DDR war auf die Förderung allseitig entwickelter »sozialistischer Persönlichkeiten« ausgerichtet. Dazu wurde im schulischen Bereich die Vermittlung einer fundierten Allgemeinbildung und von fachlichem Spezialwissen verstanden. Diese Vermittlung war aber im Sinne der sozialistischen Moral und Ethik zu verstehen und sollte zur bewussten Identifikation mit der sozialistischen Gesellschaftsordnung führen. Beim Spezialwissen wurde ein besonderer Schwerpunkt auf die naturwissenschaftlich-mathematische Bildung gelegt, wobei die naturwissenschaftlichen Wissensbestände mit ideologischen Fragen verknüpft wurden.

Noch stärker ideologisch besetzt war der Geschichts- und Staatsbürgerkundeunterricht, der die Stärkung des »sozialistischen Kollektivs« und den »sozialistischen Patriotismus« in den Mittelpunkt rückte. Hier wurde mit dem »kapitalistischen Westen« ein klares Feindbild aufgebaut, dem das sozialistische Bestreben nach (nicht im pazifistischen Sinne zu verstehenden) Frieden durch eine gut ausgebildete Nationale Volksarmee (NVA) als Teil des Warschauer Blocks ebenso wie die »Völkerverständigung« mit den »sozialistischen Bruderländern« entgegengesetzt wurden.

Da das Bildungswesen an das Beschäftigungssystem gekoppelt, das heißt die Ausbildung des beruflichen Nachwuchses am Bedarf der staatlichen Planwirtschaft ausgerichtet war, wurde in der Schule von Beginn an zur »Liebe zur Arbeit« erzogen. Alle Schulabgänger sollten dem Beschäftigungssystem durchgängig zur Verfügung stehen – auch die Frauen. Die Rolle als »Werkstätiger« wurde als gesellschaftliche Pflicht vermittelt.

Das Schulsystem in der DDR

In der DDR gingen seit Ende der 1950er Jahre alle Schülerinnen und Schüler der Klassen 1 bis 10 auf die Polytechnische Oberschule (POS). Dadurch lernten alle Schüler über einen langen Zeitraum zusammen. Eine äußere Differenzierung in unterschiedliche Niveaus war nicht vorgesehen. Die allgemein bildenden Fächer wurden ergänzt durch den 1978 eingeführten (gesellschaftlich strittigen) Wehrkundeunterricht in Klasse 9 und 10, der für die Jungen eine Nahkampfausbildung bedeutete, während die Mädchen im Sanitätsbereich ausgebildet wurden. Seine Einführung belegt die zunehmende Militarisierung in der DDR seit den 1970er Jahren. Religionsunterricht gab es an den Schulen dagegen nicht. Er wurde auf freiwilliger Basis außerhalb des Schulunterrichts in den kirchlichen Gemeinden erteilt.

Typisch für das DDR-Schulsystem war die Verquickung von schulischer und außerschulischer Erziehung. Die Pionierorganisation als Parteiorganisation (Jungpionier, Thälmann-Pionier) erfasste schon frühzeitig die meisten Kinder und erzog auch mittels »attraktiver« Freizeitangebote (Ausflüge, Altstoff- und Speckisammlungen*, gestaltete Nachmittage) zur »sozialistischen Persönlichkeit«. Die FDJ-Mitgliedschaft aller Jugendlichen wurde angestrebt und dementsprechend zielgerichtet auch von vielen Lehrpersonen angeregt.

Im Rahmen der Schule wurde auch die 1955 eingeführte Jugendweihe vorbereitet und durchgeführt. Als weltlicher Initiationsritus in der 8. Klasse stand sie in Konkurrenz zur kirchlichen Konfirmation und zielte auf das staatsbürgerliche, patriotische und parteiliche Bekenntnis des Einzelnen, was in einem öffentlich ausgeführten Gelöbnis gipfelte. Die Jugendweihe hatte sich darüber hinaus zu einer wichtigen Familienfeier entwickelt und wurde von den Jugendlichen als Markstein zum Erwachsenwerden verstanden.

Im Sinne der Erziehung zur »Liebe zur Arbeit« war eine Schulklasse mit einer Patenbrigade verbunden. Diese kleinste Arbeitseinheit in einem Betrieb kümmerte sich um »ihre Klasse«, etwa durch Glückwunschkarten zum Weltkindertag. In den Abschlussklassen beteiligte sich die Patenbrigade insbesondere auch bei der Berufsfindung der Absolventen. Diese Verbindung von Schule und Arbeit wurde durch »Unterricht im Betrieb« verstärkt, also durch eine zeitweilige Mitarbeit der Schülerinnen und Schüler im »Produktionsprozess«.

»Besondere Vorkommnisse«

Nicht in die Zielsetzung von Schule und in das DDR-Erziehungskonzept passende Verhaltensweisen und Äußerungen von Jugendlichen wurden in der Schul- und Ministerialbüro-

* Speckisammlung: Schulkinder sammelten Eicheln und Kastanien, die als Futtermittel Verwendung fanden. Das Gewicht des Gesammelten wurde in den Sammelstellen erfasst und in der Schule in Rangfolgen pro Klasse veröffentlicht. Die Speckisammlung war Teil des kollektiven Altstoffsammelns (auch von Papier und Glas), das dem Rohstoffmangel in der DDR entgegenwirken sollte.

kratie verfolgt. Solche Verhaltensweisen waren beispielsweise eine gelebte und argumentativ vertretene religiöse Weltanschauung, ein Pazifismus, der sich etwa in der Ablehnung des Wehrkundeunterrichts oder des Militärdienstes zeigen konnte, oder eine kritische Einstellung zur DDR-Politik mit den ihr zugrundeliegenden Weltbildern. Solche »Vorkommnisse« konnten beispielsweise zu einer Rüge im Klassenzimmer durch den Klassenlehrer führen. Die Maßnahmen gingen aber bis zur Relegation von der Schule und zur verweigerten Delegation an die Erweiterte Oberschule (EOS), um das Abitur ablegen zu können. Gerade die Verweigerung des Übergangs zur EOS zeigt einen Selektionsmechanismus des DDR-Systems: Neben der schulischen Eignung des Lernenden spielten in dem Delegationsverfahren auch die soziale Herkunft (Steigerung der Zahl der »Arbeiter- und Bauernkinder«) und die erwünschte gesellschaftliche Tätigkeit eine Rolle. War Letztere nicht im beschriebenen Sinne erkennbar, konnte die Delegation auch bei guten schulischen Leistungen unter Hinweis auf eine ungenügende gesellschaftliche Tätigkeit abgelehnt werden.

Aber nicht nur dezidiert geäußerte andere politische und religiöse Einstellungen konnten als Abweichung gewertet werden. Häufig war ein jugendkultureller Stil, der sich auch schon in Jeans und langen Haaren äußern konnte, Grund zum Anstoß. Jugendliche, die in entsprechender Kleidung Punkkonzerte besuchten oder der »Gruftie-Szene« angehörten, wurde von der Stasi argwöhnisch beobachtet. Hier galt schon alles außerhalb der FDJ-Norm Liegende als anstößig. Lange wurde in der DDR auch offiziell verschwiegen, dass es auch desorientierte Jugendliche gab, die beispielsweise einen hohen Alkoholkonsum hatten und ihr Leben nur schwer in den Griff bekamen. Sie passten nicht ins sozialistische Gesellschaftsbild. Kirchliche Gruppen hingegen haben mit solchen Jugendlichen wichtige Sozialarbeit geleistet.

UNTERRICHTSPRAKTISCHE HINWEISE

Jugend in der Diktatur der DDR bedeutete für die Mehrzahl der Heranwachsenden, sich innerhalb eines staatlich eng vorgegebenen Rahmens zu bewegen und nicht anzuecken. Wer sich so verhielt, sich also im Rahmen einer künftigen »sozialistischen Persönlichkeit« bewegte, konnte von allen Freizeitangeboten, Ausbildungschancen und Fördermöglichkeiten, etwa im Sport, profitieren. Durch den fehlenden Pluralismus waren dem individuellen Entfaltungsspielraum, dem Querdenken und Querverhalten sehr enge Grenzen gesetzt. Wer an diese Grenzen kam oder diese gar überschritt, sei es durch eine nicht parteilinienförmige Weltanschauung als Christ oder durch einen abweichenden Lebensstil als Punk, wer also ein von der vorgegebenen Norm »abweichendes Verhalten« zeigte, bekam den Sanktionsapparat des Staates zu spüren. Dieser konnte beispielsweise durch Studienplatzverweigerung individuelle Lebensläufe entscheidend beeinträchtigen und Jugendliche zu Außenseitern stigmatisieren. Die Darstellung dieses doppelten Gesichtes des SED-Staates und seines sozialistischen Erziehungssystems bildet den Schwerpunkt des **Bausteins A**.

Die Fotos zu Beginn des Bausteins (**A 1**) thematisieren zentrale Bereiche des Lebens von Jugendlichen in der DDR. Sie sollen in einer eigenen Recherche von den Schülerinnen und Schülern eigenständig vertieft werden. Die vorgeschlagenen Recherchethemen sind bewusst so formuliert, dass beide Seiten des Erziehungssystems in einen Zusammenhang gebracht werden können.

Der Lebensgeschichte von Christine Ott (**A 2**) kann exemplarisch entnommen werden, wie rückblickend die DDR-Schulzeit positiv erinnert werden kann. Gemeinsame Klassenaktivitäten, Gruppennachmittage mit Basteln und Singen bei der FDJ oder eine ausfüllende Sportfreizeit werden nachträglich positiv belegt, die eigene Rolle als FDJ-Sekretärin oder die Inhalte der FDJ-Nachmittage dagegen in ein »riesengroßes schwarzes Loch« geschoben. Die Tatsache, dass Schüler in den Westen ausreisten, wird hingenommen, ohne das System grundsätzlich in Frage zu stellen. Nur gegen eine als offensichtliche Ungerechtigkeit erfahrene drohende Relegation eines Schülers wird – personalisiert und nicht systemkritisch – protestiert.

Der Auszug aus einer Informationsschrift an Eltern von Schulanfängern (**A 3**) geht auf die normative Ebene, indem von offizieller Seite die Erziehung zur »sozialistischen Persönlichkeit« erläutert wird. Hier kann der Normrahmen entnommen werden, in dem sich die Entwicklung der Jugendlichen bewegen sollte. Die Klassenbuchseite (**A 4**) zeigt an den Unterscheidungen Arbeiter, Angestellter, Selbstständiger und Intelligenz, dass im »Arbeiter- und Bauernstaat« die Partizipation bestimmter Bevölkerungsgruppen an der höheren Bildung gefördert werden sollte. Mit Intelligenz werden dabei diejenigen Eltern bezeichnet, die als Arbeiter oder Bauern einen höheren Bildungsgrad erreicht haben. Ihre Kinder sollten nicht benachteiligt werden. Sogenannte »Schund- und Schmutzkontrollen« (**A 5**) sollten das Bewusstsein für die »richtige« Lektüre schärfen, indem Westcomics und westliche Jugendzeitschriften als klassenfeindliches Gedankengut gekennzeichnet und ausgesondert wurden.

Der Ausschnitt aus dem Brigadetagebuch einer Grundschulklasse (**A 6**) verweist auf die erwünschte Kooperation zwischen Schule und Betrieb, so dass bei den Kindern frühzeitig eine Verbundenheit mit der Produktion und den Werktätigen geschaffen werden sollte. Hier fallen die Glückwünsche für einen auch heute noch international begangenen Gedenktag auf, der gleichzeitig auf die in der DDR anders verstandene Frauenrolle verweist. Die »Antwortpostkarte« der Patenbrigade (**A 7**) irritiert durch den Frieden als Wunsch an die Klasse, der mit der Funktion des Weltkindertages (Erinnerung an die internationalen Kinderrechte) kaum in Verbindung steht, sondern vielmehr auf das Selbstverständnis der DDR als »Friedensstaat« verweist.

Auf die zunehmende Militarisierung der DDR-Gesellschaft auch durch den Wehrkundeunterricht geht **A 8** ein, wobei die Verwendung von Handgranatenattrappen bei Weitwurfübungen das Gewöhnen an Waffen nahelegt. Die Vermischung von chemischen Erkenntnissen mit politischen Wer-

tungen kommt in der Schulbuchseite (A 9) zum Tragen. Neben der naturwissenschaftlich korrekten Erläuterung der Zusammensetzung und Wirkungsweise von Napalm wird das Profitieren eines US-amerikanischen Chemiekonzern durch den Napalm-Einsatz beschrieben und erfragt. Kritisch zu sehen ist hier die eindimensionale und von Schülerinnen und Schülern nicht hinterfragbare Wertung.

Mit dem Schüleraufsatz (A 10) wird der Blick auf die »andere Seite« gerichtet, das heißt auf diejenigen, die sich nicht im Rahmen der Norm verhielten. Ein Schüler beschreibt hier die Grenzanlagen, die er vom Ostberliner Fernsehturm aus sieht. Dies löst ein Verfahren aus, das in den Archiven unter »besondere Vorkommnisse« abgelegt und von der Klassenlehrerin, der Schuldirektorin, dem Stadtbezirksschulrat bis hin zum Vertreter für Inneres des Stadtbezirks und dem Bezirksschulrat des Magistrats bearbeitet wurde. Die Schüler können durch den angegebenen Internetlink die Angaben des Schülers überprüfen und sowohl seine Aussagen als auch die Rechtmäßigkeit und Angemessenheit der Reaktionen bewerten. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Schüler der DDR mit den Aussagen in ihren Aufsätzen vorsichtig sein mussten – eine Tatsache, die heutige Schüler zum Nachdenken anregen müsste.

In den knappen Aussagen von A 11 wird »abweichendes Verhalten« an konkreten Beispielen veranschaulicht. Die zu erstellende Tabelle zeigt den erschreckenden Gegensatz zwischen der »Tat« des Jugendlichen und der harschen Reaktion des Staates. Über die Gründe dieses harschen Verhaltens, über die Vorstellung von »abweichendem Verhalten«, sollte an dieser Stelle intensiv diskutiert werden, da sie den Kern der Doppelgesichtigkeit des DDR-Erziehungssystems trifft.

Mit A 12 wird auf die Unterschiede zwischen einer DDR-Schulstunde und einer heutigen Schulstunde verwiesen, wobei die aktive »Produktion« von Vorbildern wie von Außenstehenden in der Klasse durch die Lehrerin als Erziehungsmittel im Mittelpunkt stehen sollte. Abschließend stellt sich bei dieser besonderen Art der DDR-Vergegenwärtigung – des Nachspielens einer DDR-Schulstunde – die Frage nach der Legitimität des Verfahrens und der Authentizität der potenziell zu machenden (historischen) Erfahrungen.

●●● BAUSTEIN B

DIE STASI

Rotkäppchensekt, Spreewaldgurken, Ampelmännchen: »Ostalgie-Shows« idealisieren nicht nur bei den privaten Fernsehsendern die DDR-Vergangenheit. Doch bei diesem »Kessel Buntes« (so der Titel einer bekannten DDR-Samstagabend-Show) wird schnell vergessen, »wie froh man war, wenn die zwei Männer in Gummimänteln einen Stock höher geklingelt haben und nicht bei ihnen (...)«, so Ulrike Erler-Hammer, die von der Stasi bespitzelt wurde und im Mittelpunkt dieses Bausteins steht.

Heute wird der Alltag in der Diktatur vielfach nicht nur von Unbeteiligten, sondern eben auch von ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern idealisiert. Angesichts von hoher Arbeitslosigkeit und Hartz IV blicken viele »gelernte DDR-Bürger« gerne auf den sicheren Arbeitsplatz in der DDR zurück. Dabei werden die fehlende Freiheit des Reisens, der Informationen oder die Einschränkung des eigenen Lebensstils gerne verdrängt.

Die DDR als Diktatur war in Form des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS – umgangssprachlich »Stasi«) im Leben eines jeden Menschen präsent. Die Stasi sorgte dafür, dass



ullstein bild – Probst

»Schild und Schwert der Partei«: Die Insignien des Ministeriums für Staatssicherheit.

sich verschiedene Verhaltensweisen wie das Umdrehen auf der Straße, das Verstummen beim Anblick eines Mannes im Trenchcoat oder das Gefühl, niemandem trauen zu können und dauernd überwacht zu werden, erst herausbildeten. Ohne die Stasi ist der Alltag im Unrechtsstaat DDR nicht zu verstehen.

»Schild und Schwert der Partei«

Das Ministerium für Staatssicherheit verstand sich von Beginn an als »Schild und Schwert der Partei«. Damit war seine Daseinsberechtigung klar umschrieben: der Schutz und die Verteidigung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Da die Führungsrolle der SED im Artikel 1 der DDR-Verfassung verankert war (»Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei«) und das MfS diese Partei und ihren Führungsanspruch verteidigte, wird klar, dass die Stasi nur von Parteifunktionären Weisungen entgegennahm.

Die Vorläufer der Stasi in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) waren als eine Art Geheimpolizei gedacht, deren Aufgabe die Überwachung und Bekämpfung der Gegner des Regimes war – ganz wie das Vorbild, die sowjetische Geheimpolizei »Tscheka« (russ. Abk. für: »Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage«). Lernen vom »großen Bruder« hieß bei der Stasi vor allem Lernen von sowjetischen Verbindungsoffizieren, die schon in der SBZ eine geheimdienstliche Struktur aufbauten und Arbeitsweisen sowie das Selbstverständnis der sowjetischen Geheimpolizei mitbrachten.

Im Februar 1950 entstand ein eigenständiges Ministerium, das Ministerium für Staatssicherheit. Es sollte Zeit seines

Bestehens weder dem Parlament noch dem Ministerrat Rechenschaft ablegen müssen, da es nur der Partei unterstand. Der eigentliche Aufbau des MfS endete abrupt mit den Aufständen des 17. Juni 1953. Das MfS schützte an diesem Tag zwar Regierungs- und Dienstgebäude und versuchte Rädelführer festzunehmen. Doch die Lage wurde falsch eingeschätzt. Die mangelnde Ausbildung der Mitarbeiter für eine solche Situation führte zum Eingreifen der sowjetischen Truppen. Auch die Massenverhaftungen in den folgenden Tagen konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass das MfS seiner Hauptaufgabe, dem Aufspüren von Vötern einer derartigen Unruhe und der »Vernichtung der Umtriebe im Keim«, nicht ausreichend nachgekommen war. Eine Ausweitung und Umstrukturierung der Stasi war die Folge.

Die Ära Mielke

Im November 1957 begann die Ära Mielke und mit ihr der Ausbau der Stasi hin zur Massenorganisation oder, wie Egon Krenz sich ausdrückte, die Ära, in der »die gesamte Gesellschaft verwaltet und der Bürger entmündigt« wurde. Die sowjetischen Verbindungsoffiziere zogen sich bis auf einige wenige zurück, die in den zentralen Verwaltungsgebäuden der Normannenstraße in Berlin blieben. Die heutige Forschungs- und Gedenkstätte in der Normannenstraße 1 war damals die Zentrale der Stasi in Berlin. 14 Außenstellen, unter anderem in Leipzig, vervollständigten den Stasi-Apparat zu einem flächendeckenden Netz. Die Bezirksverwaltung war hier in einem Gebäude mitten in der Stadt untergebracht. Die Bürgerinitiative, die dort heute in Leipzig eine Gedenkstätte mit einem Museum betreibt, beschreibt den Effekt, den allein das Gebäude auf Vorbeigehende hatte: Angesichts der Angst, die die Menschen hatten, sei jedes Gespräch verstummt, sobald die »Runde Ecke« in Sicht kam.

Die Aufgaben des »Netzwerkes Staatssicherheit« kann man in zwei Kategorien einteilen. Die Stasi wirkte nach außen



Februar 1980: Der Generalsekretär der SED und Staatsratsvorsitzende Erich Honecker (Mitte; 1912 – 1994) gratuliert dem hoch dekorierten Erich Mielke (1907 – 2000) zum 30. Jahrestag des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Mielke war als Minister für Staatssicherheit einer der Hauptverantwortlichen für den Ausbau des flächendeckenden Überwachungssystems in der DDR.

und nach innen. Die Wirkung nach außen betraf hauptsächlich die Einschleusung von Spionen in die Bundesrepublik Deutschland. Das berühmteste bekanntgewordene Beispiel ist Günther Guillaume, der als persönlicher Referent Willy Brandts als Spion aufgedeckt wurde. Karl-Heinz Kurras ist als einer der jüngsten Fälle zu nennen. Er ist der Polizist, der am 2. Juni 1967 in Berlin (West) den Studenten Benno Ohnesorg erschossen hatte und damit die Studentenunruhen in der Bundesrepublik auslöste. Wie sich herausstellte, war Kurras als IM »Otto Bohl« beim MfS geführt worden. Inwieweit die Stasi in die Geschehnisse verwickelt war, muss noch untersucht werden. Weitere Spitzel saßen in den Zentralen der großen Bonner Parteien und selbst in der NATO.

Die Wirkung nach innen war äußerst komplex. Die Hauptaufgabe der Stasi, der Schutz und die Verteidigung der Partei, kann in das Aufspüren von Plänen zur Republikflucht, von Unruhen, Opposition und deren »Vernichtung im Keim« differenziert werden. Für diesen Zweck wurden oppositionelle Gruppen unterwandert und IMs eingespeist. Post und Telefon wurden überwacht, Medien zensiert, Personen beschattet. Das MfS kontrollierte auch die Volkspolizei und die Nationale Volksarmee (NVA), wirtschaftliche Organe und das Verkehrswesen – wozu auch die Grenzkontrollen gehörten – sowie den kompletten Staatsapparat. Polizeiliche Aufgaben konnte die Stasi ebenfalls übernehmen. Dazu gehörte die Aufklärung von Taten, die in die Bereiche »staatsfeindliche Hetze« oder »Verbrechen gegen die Republik« fielen.

Um diese Aufgaben besser koordinieren zu können, gab es eine klare organisatorische Struktur. Sie bestand aus einem System von Hauptabteilungen, Abteilungen und Arbeitsgruppen. Hauptabteilung II war beispielsweise für Spionageabwehr zuständig; Abteilung X war die Schnittstelle für alle internationalen Verbindungen. Der »Operativ Technische Sektor« (OTS) war für die Entwicklung und Herstellung aller technischen Mittel zuständig, die zur Überwachung von Personen notwendig waren.

Insgesamt hatte die Stasi 1989 einen geschätzten Etat von 4,2 Milliarden Mark der DDR. Ein Großteil davon wurde für die immensen Personalkosten für die allein 91.015 hauptamtlich angestellten Mitarbeiter verwendet. Für diese Mitarbeiter gab es beispielsweise eigens gebaute Erholungsheime. Zu Überwachungszwecken wurden von der Stasi über 2.000 Wohnungen und Gebäude gekauft. Darüber hinaus mussten die Mitarbeiter mit Waffen und Überwachungsutensilien ausgerüstet werden.

Betrachtet man dieses weit verzweigte Netz und die Tatsache, dass mit den Inoffiziellen Mitarbeitern, die nicht hauptamtlich angestellt waren, sondern als Spitzel in der Bevölkerung lebten und zur Informationsbeschaffung beschäftigt waren, auf 1.000 DDR-Bürger 5,5 Mitarbeiter der Stasi kamen, so ist es nicht verwunderlich, dass Erich Mielke weithin als der mächtigste und einflussreichste Mann der DDR galt. Er war nicht nur Mitglied des Politbüros, sondern er verwaltete vor allem Informationen über mindestens ein Drittel aller DDR-Bürger. Er und seine Organisation konnten, wenn sie wollten,

Studienplätze vergeben oder verhindern, Anträge für Gewerbescheine ablehnen und ganze Karrieren zerstören. Mielke ließ sogar Walter Ulbricht durch dessen eigene Leibwächter beschatten. Bei jeder Personalentscheidung in der Partei wurde Mielke zuerst um Auskunft gebeten. Geurteilt wurde dann nach folgenden Kriterien: Gab es ungeklärte Westreisen oder Kontakte in den Westen? Hatte der Betroffene vielleicht eine ungeklärte politische Einstellung oder gar eine negative Einstellung zur sozialistischen Republik?

Die Stasi in der Entspannungsphase

In der Phase der Entspannungspolitik in den 1970er Jahren war ein offenes Vorgehen gegen oppositionelle Kräfte von Seiten des MfS nicht mehr möglich. Das Drängen nach Anerkennung auch in der westlichen Welt hatte eine partielle Öffnung gen Westen zur Folge, was sich im Grundlagenvertrag vom Dezember 1972 manifestierte. Dies bedeutete aber nicht ein Abnehmen geheimdienstlicher Aktivitäten. Ganz im Gegenteil: Die vermehrten Kontakte zwischen West- und Ostdeutschen erforderten steigende Sicherheitsmaßnahmen zur Kontrolle dieser telefonischen, brieflichen und persönlichen Kontakte.

Die Ratifizierung der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) im Jahr 1975, in der Meinungsfreiheit und Freizügigkeit für alle Menschen gefordert wurde, bedeutete für die DDR eine steigende Aktivität der Bürgerrechtsinitiativen, die eben diese Rechte einforderten. Außerdem stieg die Anzahl der Ausreisewilligen um ein Vielfaches an. Mit der KSZE-Schlussakte deutet sich ein weiteres Aufgabenfeld für das MfS an: die Eindämmung dieser »unrechtmäßigen« Übersiedlungsversuche. Durch die oben beschriebene Öffnung mussten nicht nur öffentlichkeitswirksame Aktionen verdeckt durchgeführt werden, sondern auch Methoden dafür modifiziert werden. Dazu gehörte unter anderem ein weiterer Ausbau des Netzes der IMs. Ende 1989 arbeiteten rund 175.000 Inoffizielle Mitarbeiter für das MfS. Sie lieferten Charakterisierungen über Verdächtige, protokollierten Gespräche oder meldeten Verstöße.

Da öffentliche Verhaftungen zu Argwohn bei westlichen Journalisten in der DDR geführt hätten, wurde »konspirativ« ermittelt. Im Geheimen wurden Wohnungen zur Überwachung angemietet, IMs in oppositionelle Gruppen eingeschleust, um innerhalb dieser Gruppen Unruhen zu schüren oder Kontakte zu weiteren Gruppen oder Kirchen zu verhindern. Diese Methoden gehörten zu den sogenannten »Zersetzungsmaßnahmen«, mit deren Hilfe oppositionelle Gruppen geschwächt werden sollten, ohne Verhaftungen vorzunehmen. Ausgehend von einem »Operativen Ausgangsmaterial« (OAM – beispielsweise Informationen eines IM) oder einer »Operativen Personenfahndung« (OPF), wurde bei diesen »Operativen Vorgängen« (OV) ein Maßnahmenkatalog entworfen mit dem Ziel der Verhaftung, Überprüfung der IM-Informationen, Gewinnung eines Geständnisses und der letztendlichen Verurteilung durch Gerichte der DDR. Die zersetzenden und konspirativen Methoden fanden besonders dort Anwendung, wo aus politischen Gründen die strafrecht-

liche Verfolgung nicht erwünscht war, wie etwa bei Menschen des öffentlichen und damit westlichen Interesses.

Das prominenteste Beispiel ist das Verfahren »Wolf Biermann«. Der 1953 in die DDR übergesiedelte Liedermacher war in der DDR nicht mehr erwünscht, da er seinen Gedichtband »Die Drahtharfe« 1965 in Westberlin veröffentlicht hatte. In der DDR erhielt er daraufhin ein Auftritts- und Publikationsverbot. Jedoch durfte er 1976 zu einem Auftritt nach Köln reisen. Eine Rückkehr war nicht möglich, da er während seines Aufenthaltes in der Bundesrepublik Deutschland von der DDR ausgebürgert worden war. Als Reaktion auf diese von Biermann ungewollte Ausbürgerung verfassten Schriftsteller und weitere Künstler einen Protestbrief. Die Unterzeichner wurden von der Stasi drangsaliert und teilweise zur Ausreise getrieben, da man sie in der DDR nicht von der Öffentlichkeit unbemerkt verurteilen konnte. Einige protestierende »normale« Bürger hingegen wurden teilweise verhaftet und monatelang in Untersuchungshaft behalten.

Die Stasi war auch weiterhin eine Organisation ohne rechtsstaatliche Grenzen. Lückenlose Überwachung der Zielperson, ihrer Verwandten und Freunde, der Wohnung, der Telefongespräche und der Post waren ohne zusätzliche Erlaubnis durchführbar. Dazu konnten Maßnahmen wie ein Zurückhalten von Privilegien oder die Anwerbung neuer IMs aus dem Umfeld ergriffen werden. Aufgrund der Akten lassen sich zudem Methoden des MfS rekonstruieren: Telefonate wurden mitgeschnitten und transkribiert, Wohnungen wurden verwandt, Verwandte wurden von verdeckt arbeitenden Mitarbeitern in öffentlichen Verkehrsmitteln in Gespräche verwickelt, Gespräche im Freien wurden mit Abhöranlagen in Kinderwagen aufgenommen, Richt- und Körpermikrophone wurden eingesetzt oder die gesamte Post vor Erhalt kontrolliert. Auch das willkürliche »Festsetzen« von Personen, unmenschliche Methoden zur Erzwungung eines Geständnisses, die Entnahme von Geruchspuren für Spürhunde ohne Wissen der Gefangenen oder der Entzug des Passes waren üblich.

Hatte die Stasi genügend Informationen gesammelt, um eine Person eines Vergehens gegen DDR-Gesetze anzuklagen, wurden die Verdächtigen auf offener Straße verhaftet und in ein Stasi-Untersuchungsgefängnis gebracht, in dem sie oft unmenschlichen Bedingungen ausgesetzt waren. Im folgenden Gerichtsverfahren wurden die Beschuldigten nach dem Strafgesetzbuch der DDR angeklagt. Häufig angewandte Paragraphen waren unter anderem § 106 (»staatsfeindliche Hetze«), § 213 (»ungesetzlicher Grenzübertritt«), § 217 (»Zusammenrottung«) oder § 219 (»ungesetzliche Verbindungsaufnahme« und der Versuch von Straftaten). Ohne Zeugen oder die Aussage des Angeklagten, nur aufgrund der Stasi-Akte, entschied dann ein Richter über die Höhe des Strafmaßes. Die zumindest nach außen propagierte Gewaltenteilung galt somit in der DDR nicht, denn Judikative und Exekutive befanden sich bei der Stasi in einer Hand.

Umgang mit den Akten

Durch den Umbau im Ministerrat der DDR im November 1989 wurde auch das MfS verändert. Zum einen war es jetzt dem Ministerrat und nicht mehr nur dem Parteivorsitzenden unterstellt, zum anderen bekam es einen neuen Namen: »Amt für Nationale Sicherheit« (AfNS). Auch der Leiter wurde ausgetauscht: Erich Mielke wurde entlassen und Wolfgang Schwanitz übernahm das neue Amt. Seit diesem Zeitpunkt, dem 18. November 1989, fanden in den Bezirksämtern und in der Normannenstraße die ersten organisierten Vernichtungen von Stasi-Unterlagen statt. Gerüchte über diese Vernichtungsaktionen gelangten an die Öffentlichkeit. Bürgerinitiativen, die fürchteten, entscheidendes Beweismaterial könne vernichtet werden, besetzten am 4. Dezember 1989 die Bezirksverwaltungen – so etwa in Erfurt. Dies besiegelte das Schicksal des »Amtes für Nationale Sicherheit«. Am 8. Dezember 1989 bekam Schwanitz schließlich von Hans Modrow und dem »Zentralen Runden Tisch« den Auftrag, das »Amt für Nationale Sicherheit« aufzulösen.

Von der Fülle und Detailliertheit der Informationen in den Archiven waren selbst die Bürgerrechtler überrascht. Die größte Sorge der Zeit war aber der Missbrauch der Akten durch andere Stellen (etwa westdeutsche Politiker oder Medien) und Einzelpersonen. Deswegen wurde im Februar 1990 am »Runden Tisch« beschlossen, alle elektronischen Magnetbänder zu vernichten. Erst heute wird deutlich, wie viele wichtige Informationen damit unwiederbringlich zerstört wurden.

UNTERRICHTSPRAKTISCHE HINWEISE

Baustein B kann einen Beitrag zur Methodenkompetenz der Schülerinnen und Schüler leisten, denn zwei Quellensorten, die im Unterricht bisweilen vernachlässigt werden, stehen hier im Mittelpunkt: Zum einen gewinnen die Schüler erste Einblicke in die Problematik des Arbeitens mit einer Stasi-Akte. Dabei wird die für sie fremdartige Sprache vorgestellt, die den Anschein der Rechtsstaatlichkeit erweckt. Zum anderen wird aber auch durch den Vergleich mit zusätzlichen Quellen deutlich, dass eine Stasi-Akte als Quelle kritisch betrachtet werden muss. Beispielsweise kann auch ein Inoffizieller Mitarbeiter ein bestimmtes Interesse daran gehabt haben, einzelne Sachverhalte oder aber sich selbst in einer bestimmten Weise darzustellen. Außerdem interessierte sich die Stasi ja nur für bestimmte Dinge und dokumentierte andere, die für uns heute vielleicht von Interesse wären, nicht. Auch die Problematik im Umgang der Klarnamendatei und des Zugangs bzw. der Schließung der Akten kann hier weiterführend thematisiert werden. Zudem üben die Schüler Quellenkritik an Zeitzeugeninterviews. Hierbei spielt das Erinnern eine große Rolle. Wie erinnern sich Menschen? Wie erinnert sich Frau Erler-Hammer, die im Mittelpunkt dieses Bausteins steht? Sie ist eine Person, die sich bewusst mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzt und die sich anderen, vor allem jungen Menschen, mitteilt. Warum aber erinnert sie sich auf diese Weise? Welche Dinge haben ihre Erinnerung beeinflusst? Schülern muss klar sein, dass jeder

Mensch Ereignisse anders wahrnimmt und dadurch eine erste Verzerrung stattfindet. Außerdem kennt Frau Erler-Hammer ihre Stasi-Akte. Schon allein dadurch wird ihre Erinnerung beeinflusst. Auf der anderen Seite spielen sicherlich alle Erfahrungen, die sie seit der Wende gemacht hat, eine Rolle. Auch die Kenntnis zusätzlicher Informationen aus Literatur und Nachrichten kann eine Erinnerung beeinflussen. Bei Frau Erler-Hammer sollte man mit einbeziehen, dass sie eine Frau ist, die sich in der Zeit nach der Wende in Westdeutschland sehr gut zurecht gefunden hat und deswegen nicht die Verbitterung verspürt, die bei anderen Opfern zu beobachten ist. Wie könnten sich aber andere Opfer, für die das neue Leben nicht so reibungslos funktionierte, erinnern? Spielen hier Rachedgedanken oder das Gefühl von Genugtuung nach der Wende eine Rolle? Hinzu kommt, dass ein Zeitzeuge meist Zeit hat, sich auf die Fragen im Vorfeld vorzubereiten. Er oder sie möchte ein bestimmtes, positiv behaftetes Bild von sich präsentieren. Deswegen wird bestimmt auch nicht alles erzählt. Kleine Details werden weggelassen, andere dafür betont. Schülern muss dieser Fakt klar sein, denn nur so können sie die Informationen eines Zeitzeugeninterviews in angemessener Weise beurteilen, argumentieren, reflektieren und sich eine eigene Meinung bilden.

Baustein B ist in sechs Teile aufgeteilt. Die Gliederung orientiert sich an der Biographie von Frau Ulrike Erler-Hammer, an deren Beispiel exemplarisch das Verhalten der Stasi gezeigt werden soll. In einem ersten Teil machen sich die Schüler anhand von vier Bildern (**B 1**) ihr allgemeines

Vorwissen zum Thema DDR bewusst. Dies ist notwendig, damit mit diesen Vorstellungen gearbeitet werden kann und die Schüler diese eventuell revidieren können. Da das Wissen der meisten Schülern sehr von der »Ostalgie« in Fernsehen und Zeitschriften geprägt sein wird, wirkt die Äußerung von Frau Erler-Hammer (**B 2**) kontrastierend und regt zum Nachdenken an. Um dieses Zitat einordnen zu können, folgt eine kurze Biographie von Frau Erler-Hammer (**B 3**). Diese biographischen Daten bilden die Verbindung der einzelnen Materialien. Wird **B 3** mit den Lernenden nicht explizit bearbeitet, so bietet es sich an, diese Informationen zusammenfassend als Lehrervortrag mitzuteilen.

In einem operativen Vorgang wurden von der Stasi unterschiedliche Maßnahmen ergriffen, um möglichst viele Informationen über die zu beschattende Person zu sammeln. Einige Maßnahmen sollen im zweiten Teil (**B 4 – B 6**) vorgestellt werden. In **B 4** soll vor allem der quellenkritische Aspekt im Mittelpunkt stehen. Auch bei dieser Charakterisierung von Frau Erler durch einen IM steht zuerst das genaue Lesen der Quelle im Vordergrund. Auf was würde ein Schüler heute bei einer Charakterisierung Wert legen? Welche Informationen interessierte die Stasi im Vergleich dazu? Die Schüler werden hier aufgefordert, Vermutungen darüber anzustellen, wieso die Stasi Auskunft über politische Gesinnung und persönliche Verhältnisse bekommen wollte. Ein weiterer Diskussionspunkt an dieser Stelle sind die Motive, die gute Freunde dazu brachten, als IMs für die Stasi tätig zu werden. Ergänzend dazu wird mit der

DIE BIRTHLER-BEHÖRDE

Der Umgang mit den Stasi-Unterlagen wurde durch das Stasi-Unterlagengesetz durch den Deutschen Bundestag 1991 geregelt. Das Gesetz folgt den Vorschlägen der ersten frei gewählten Volkskammer und schreibt das Recht eines jeden Einzelnen zur Einsicht seiner Akte unter Achtung des Persönlichkeitsschutzes fest. Der Bundestag wählte Joachim Gauck zum ersten »Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik«. Im Jahr 2000 übernahm seine Nachfolgerin Marianne Birthler das Amt. Umgangssprachlich hat es sich eingebürgert, die Institution nach dem jeweiligen Leiter bzw. der Leiterin zu nennen, also Gauck- bzw. Birthler-Behörde.

Trotz immer wiederkehrender Forderungen nach einer Schließung der Akten und einer Eingliederung in das Bundesarchiv in Koblenz findet dies keine Mehrheit in der Bevölkerung. Durch neue Enthüllungen und das Bedürfnis der Opfer, auch noch nach Jahren ihre Akte einzusehen, bleiben die Stasi-Akten aktuell. Die Birthler-Behörde meldete allein für das erste Halbjahr 2009 50.625 und seit 1991 insgesamt mehr als 6,3 Millionen Anträge auf Akteneinsicht. Manche Opfer können sich erst nach Jahren überwinden, ihre Akte einzusehen, und viele verbinden mit

einer möglichen Schließung der Akten auch ein Aufgeben der Suche nach Tätern, die unerkannt und unbestraft im wiedervereinigten Deutschland leben. Deswegen wird auch eine terminierte Schließung in naher Zukunft wohl nicht in Frage kommen.

Die Akten, die man heute in Berlin und in den Zweigstellen der Länder einsehen kann, enthalten Gesprächsmitschriebe, Mitschriebe von Telefonaten, detaillierte Überwachungsberichte, offizielle Dokumente wie Gerichtsurteile, Briefe von IMs sowie Ton- und Bildmaterialien. Im Jahr 2009 wurde ein neuartiger Computer vorgestellt, mit dem man bereits geschredderte Unterlagen wiederherstellen kann.

Darüber hinaus bietet die Birthler-Behörde auch umfassende didaktische Materialien für Lehrerinnen und Lehrer an. Sie kommt damit auch ihrem Auftrag nach, über das Ministerium für Staatssicherheit zu informieren. Eine Auswahl der Materialien findet sich auf der Homepage der Birthler-Behörde. Diese Materialien können bei der Abteilung »Bildung und Forschung« angefordert werden.

www.bstu.bund.de

Verbindungsspinne (**B 5**) deutlich, welche Ausmaße die Beschattung durch die Stasi annehmen konnte. Die Fotos und der Schlagzeilensalat (**B 6**) ergänzen das Bild eines überall präsenten Geheimdienstes.

Frau Erler versuchte mithilfe einer Fluchthelferorganisation aus der DDR ausgeschleust zu werden (**B 7**). Der Versuch scheiterte allerdings, und so musste sie noch die Haft durchstehen, bis sie schließlich von der Bundesrepublik freigekauft wurde. Mit diesen verschiedenen Möglichkeiten, die DDR zu verlassen, beschäftigt sich der dritte Teil des Bausteins. Die erste Statistik in **B 9** zeigt, dass die Zahl der Flüchtlinge abhängig von politischen Ereignissen war. Die Schüler recherchieren diese Daten und bringen sie in Verbindung zur Grafik. Dabei wird beispielsweise deutlich, warum die DDR-Führung die Mauer bauen ließ. Ergänzend zu dieser Grafik zeigt die zweite, welche Möglichkeiten es für Ausreisewillige gab, in die Bundesrepublik zu kommen. Diese Gruppen werden von den Schülern genauer definiert und recherchiert. Parallel zu diesen Grafiken zeigt **B 8**, wie die Stasi auf die hohe Flüchtlingszahlen reagierte. Die enormen Mitarbeiterzahlen des MfS belegen nochmals die möglichst lückenlose Beschattung der DDR-Bevölkerung. Die daraus entstandenen immensen Kosten sind einer der Gründe für den späteren Bankrott der DDR. Hier bietet sich die Möglichkeit zur Diskussion, was Gründe für eine Flucht gewesen sein könnten und was es für einen Staat bedeutet, dass er einen Großteil seines Haushaltes in die Bepitzelung der eigenen Bürger investiert. Durch die Darstellung in **B 10** wird die Verstrickung der Stasi in alle Teile des Staates deutlich. Eine Gewaltenteilung gab es nicht. Sowohl die Untersuchung des Tatbestandes als auch die Festnahme und vor allem das

gesamte Gerichtsverfahren lagen in der Hand der Stasi. Auch die Untersuchungshaftanstalten und die Gefängnisse wurden von der Stasi mit kontrolliert und organisiert (**B 11**).

Das Verfahren von Frau Erler steht im Mittelpunkt des vierten Teils von **Baustein B**. Es endete in einem Urteil, nach dem sie drei Jahre und acht Monate Haft zu verbüßen hatte (**B 12**). Um dieses Urteil nach der Rechtsprechung der DDR nachvollziehen zu können, helfen den Schülern die Urteilsbegründung, die in der Stasi-Akte abgeheftet wurde (**B 13**), sowie Auszüge aus dem Strafgesetzbuch der DDR (**B 14**), die bei der Recherche der im Urteil genannten Paragraphen helfen sollen. Die genaue Untersuchung des Urteils soll es Schülern ermöglichen, sich Argumente zu erarbeiten in der Diskussion um die Frage, ob die DDR ein Unrechts- oder Rechtsstaat war.

Frau Erlers Erinnerungen an die Stasi sind unmittelbar mit ihren Erfahrungen in der Haftanstalt Hoheneck verbunden (**B 15**). Nach der Wende wurden in den Zellen schnell Gardinen aufgehängt und Bücher ausgeteilt, so Frau Erler. Sie wollte deswegen nicht zurück, denn das hätte ihre Erinnerung an diesen Ort verhöhnt. Auch Schüler können hier Mutmaßungen über die Gründe der Veränderungen nach der Wende anstellen.

Im letzten Teil des Bausteins werden alle Aspekte nochmals aufgegriffen. Zum einen äußert sich Frau Erler abschließend über ihren persönlichen Umgang mit der Vergangenheit (**B 16**). Hier wären auch weitere Rechercheaufträge mithilfe der Webseite der Birthler-Behörde denkbar, um in die Diskussion über den Umgang mit den Akten einstei-

Gegen das Vergessen. Sammlung zur Geschichte der DDR, Pforzheim



DAS DDR-MUSEUM IN PFORZHEIM

Im Jahr 1998 begann ein Freundeskreis um den aus der DDR geflüchteten Klaus Knabe in Pforzheim mit dem Aufbau eines Museums über die DDR. Ziel des Vereins ist es, insbesondere Jugendliche mit der Sammlung für die Historie des SED-Staates zu interessieren. Vor allem Dinge, die kon-

trär zur demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik stehen, sind darin aufgenommen. Zur Ausstellung gehören Abhörgeräte der Staatssicherheit, Mauersegmente, die Rekonstruktion eines Grenzstückes mit Sicherungs- und Alarmanrichtungen, ein Nachbau einer Zelle der Stasi sowie ein originales Verhörzimmer des MfS, das die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen zur Verfügung gestellt hat. Auf Schautafeln und in Vitrinen sind Urkunden, Lehrbücher, Halstücher, Banner, Wimpel, Orden, Zeitungsausschnitte sowie Signalstöcke der Volkspolizei ausgestellt und kommentiert. Zudem können Tondokumente und Videos mit Reden und Erfahrungsberichte von Opfern der SED-Diktatur angehört und eingesehen werden. Das Museum verfügt über eine Bibliothek und ist in verschiedene Bereiche unterteilt: Alltag, Grenze/Militär, politische Erziehung bei den Jungen Pionieren, in der FDJ und in SED, Volkspolizei, Staatssicherheit sowie in den Massenorganisationen, Widerstand und Friedliche Revolution 1989/90. Der Eintritt und Führungen sind frei.

Kontaktdaten unter

www.pforzheim-ddr-museum.de oder bei Harald Bender (Tel.: 07232/31791 oder haralben@web.de).

gen zu können. Die Argumente, die anhand der Materialien **B 10 – B 14** erarbeitet wurden, können in der Frage »War die DDR ein Unrechtsstaat?« (**B 17**) wieder aufgegriffen werden. Besonders interessant ist hier die Unterscheidung nach dem Alter der Befragten. So fällt beispielsweise auf, dass die meisten Befragten, die älter als fünfzig Jahre sind, meinen, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen. Die Schüler sind jetzt in der Lage, begründete Mutmaßungen darüber anzustellen, warum die Personen so geantwortet haben könnten. Bei dieser Frage spielt indirekt auch immer die allgemeine Bewertung der DDR (**B 18**) eine Rolle. Hier wird nach Ost und West unterschieden. Es überrascht, dass mehr als die Hälfte der Westbürger (52%) die DDR für überwiegend schlecht halten, während die eigentlich Betroffenen (49%) die DDR als einen Staat beschreiben, der mehr gute als schlechte Seiten hatte. Bei der Untersuchung der Frage nach dem Warum könnte man auch wieder auf **B 1** und **B 2** eingehen.

Abschließend werden die Schüler nach ihrer eigenen Meinung gefragt. Möglich wäre, diese Umfrage zu Beginn der Unterrichtseinheit und am Ende nochmals durchzuführen. Hat sich die Meinung der Schüler geändert? Oder hat sich die Begründung ihrer Aussage geändert? Auch die Frage nach einer Definition von Rechtsstaat könnte sowohl im Vorfeld als auch nach der Bearbeitung des Bausteins diskutiert werden. Ein weiterführender Auftrag, der auch als projektorientiertes Vorhaben ausgestaltet werden kann, wäre die Frage nach der eigenen Gestaltung einer Gedenkstätte bzw. eines Museums. Dabei könnten Fragen nach Schwerpunkten, Ausstellungsstücken, Methoden des kritischen Umgangs mit Quellen oder mögliche Orte diskutiert und geplant werden. Unterstützt werden kann dies durch den Besuch eines außerschulischen Lernortes wie des DDR-Museums in Pforzheim.

●●● BAUSTEIN C

OPPOSITIONSGRUPPEN IN DER DDR: DAS BEISPIEL LEIPZIG

Die »Wendezeit« 1989 ist im kollektiven Gedächtnis der Deutschen mit markanten Bildern verbunden: Mit Fotos von Friedensgebeten in der überfüllten Leipziger Nikolaikirche, mit Fotos protestierender DDR-Bürger vor der Nikolaikirche und dem zur aggressiven Abwehr ausgestatteten Aufgebot der Staatsmacht in den Seitenstraßen oder mit Fotos von den großen Montagsdemonstrationen in Leipzig, an denen bis zu 70.000 Menschen teilnahmen. Die Präsenz dieser Bilder ist größtenteils der damaligen und heutigen Berichterstattung in den (West-)Medien geschuldet. Die Bilder verweisen aber gleichzeitig darauf, dass sich in Leipzig ein Zentrum der Opposition befand, das öffentlichkeitswirksam die Wendeereignisse vorantrieb. Diese Oppositionsgruppen werden im **Baustein C** in ihren Zielen und Motiven, Handlungsweisen, Gemeinsamkeiten und Entwicklungslinien in den Blick genommen. Dabei bleibt Leipzig aber ein – wenn auch besonders markantes – Beispiel für den Protest gegen das DDR-Regime, der in den späten 1980er Jahren an vielen Orten in der DDR sichtbar wurde.

Die Oppositionsgruppen in Leipzig

Im intellektuell anregenden Klima der Universitäts- und Messestadt Leipzig entstanden Anfang der 1980er Jahre Oppositionsgruppen, die sich systemtypischen Einschränkungen und Mängeln widmeten, deren Auswirkungen für jeden offensichtlich geworden waren. Ihre Bezeichnungen wie »Arbeitskreis Friedensdienst«, »AG Umweltschutz«, »Frauen für den Frieden« oder »Arbeitskreis Hoffnung Nicaragua« zeigen konkrete und partielle Zielrichtungen auf: So wurde zum obligatorischen Wehrdienst in der DDR ein ziviler Ersatzdienst



Friedensgottesdienst am 18. Dezember 1989 in der Nikolaikirche in Leipzig. Die regelmäßigen Friedensgebete waren eine Vorstufe der ab Herbst 1989 in Leipzig stattfindenden Montagsdemonstrationen und ein Meilenstein der Friedlichen Revolution in der DDR.

(»Sozialer Friedensdienst«) gefordert oder aber der gerade in Leipzig durch die Verschmutzung der Pleiße offensichtlich mangelnde Umweltschutz in der DDR durch nicht genehmigte Demonstrationen öffentlich gemacht. Der zunehmenden Militarisierung der DDR-Gesellschaft, etwa durch den 1978 eingeführten Wehrkundeunterricht, bei gleichzeitigen internationalen Abrüstungsgesprächen wurde durch Veranstaltungen entgegengearbeitet und die Dritte-Welt-Problematik thematisiert. Diese zunächst kleinen Gruppen sammelten Material zum entsprechenden Thema und werteten dieses im engeren Kreis aus, um dann in den späteren 1980er Jahren zunehmend öffentlichkeitswirksame, aber immer gewaltfreie Aktionen durchzuführen (z.B. Baumpflanzaktionen, Informationsabende für potenzielle Wehrdienstverweigerer).

Die Oppositionellen selbst verstanden sich häufig nicht explizit als solche, sondern vielmehr als kritische Bürger, die ihre zugesicherten Verfassungsrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit einforderten. Ihr Protest bewegte sich also innerhalb des sozialistischen Systems. Sie wollten seine Schwächen durch die Partizipation von kritischen Bürgern verbessern – meist aber ohne das System selbst gänzlich in Frage zu stellen. Vielmehr ging es darum, die Kluft zwischen der Nomenklatura und den Bürgern zu verringern und auf eine konstruktive Umgestaltung der DDR hinzuarbeiten. Als besonders bedrückend wurden die individuellen Einschränkungen und Überwachungen durch das DDR-System empfunden, das die reale wirtschaftliche Lage verschleierte, den Zugang zum Studium auch an ideologisches Wohlergehen koppelte, durch die Mangelwirtschaft auch die äußeren Entfaltungsmöglichkeiten wie die Kleidung reglementierte und gläubige Christen benachteiligte. Ihre Vorstellungen von individueller Freiheit als Entfaltungsfreiheit mit Handlungsoptionen widersprach fundamental dem Freiheitsbegriff des SED-Staates.

In Leipzig waren die Mitglieder dieser Oppositionsgruppen in der Regel mit Anfang zwanzig sehr jung und damit in Protestbewegungen unerfahren. Sie stammten teilweise aus dem christlichen Milieu oder aber hatten schon Erfahrungen mit den Einschränkungen durch die Staatsmacht gemacht. Häufig nahmen sie die Möglichkeit des Studiums an der Theologischen Fakultät in Leipzig wahr, ein »Nischenstudium«, das intellektuelle Auseinandersetzung bei gleichzeitiger größtmöglicher Staatsferne bot. Insgesamt aber war die Zahl der Mitglieder in Oppositionsgruppen verglichen mit der Bevölkerungsgröße sehr gering. Für die gesamte DDR werden 4.000 bis 6.000 Aktivisten geschätzt, die 1989 in rund 300 Gruppen organisiert waren. Schaut man auf die Liste der 16 vom MfS für Leipzig aufgelisteten Oppositionsgruppen (vgl. C 1, Seite 47), so werden aufgrund der geringen Zahl der Aktivisten Doppelmitgliedschaften wahrscheinlich. Das Ministerium für Staatssicherheit observierte diese Gruppen und behielt jedes einzelne Mitglied im Blick. Viele dieser jungen Oppositionellen wurden mindestens einmal verhaftet und zeitweise inhaftiert. Sie waren Repressalien in Bezug auf den Arbeitsplatz und Ausbildungsmöglichkeiten ausgesetzt.

»Schutzraum Kirche«

Die meisten dieser oppositionellen Gruppen trafen sich in Räumen der evangelischen Kirche, einige Gruppen sind teilweise auch aus kirchlichen Organisationsformen wie der Jungen Gemeinde erwachsen. Die Kirchengemeinden mit engagierten Pfarrern wie Christoph Wonneberger oder Christian Führer in Leipzig unterstützten die oppositionellen Gruppen darüber hinaus, indem sie diesen bei Veranstaltungen halfen und ihnen Schutz vor staatlichem Zugriff boten. So hatten die seit 1982 durchgeführten Friedensgebete in der Nikolai-Kirche das Ziel, die Kirche inhaltlich und funktional für die Protestgruppen zu öffnen, die ihre Kritik an der Aufrüstung, ihre Appelle für die Dritte Welt oder aber Forderungen nach



Die Montagsdemonstrationen sind ein wesentlicher Teil der Friedlichen Revolution. Seit dem 4. September 1989 fanden sie in Leipzig, aber auch in anderen Städten der DDR wie in Dresden, Halle, Magdeburg, Rostock oder Schwerin statt. Das Ziel der Demonstrationen war eine friedliche, demokratische Neuordnung und vor allem das Ende der SED-Herrschaft. Das Foto zeigt die Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989 in Leipzig, die mit rund 70.000 Teilnehmern die erste ihrer Art mit echter Massenbeteiligung war.

einem Sozialen Friedensdienst kundtun konnten. Die Gestaltung der Friedensgebete lag jeweils in der Hand einer Oppositionsgruppe, sie wurden aber von einem Pfarrer verantwortlich geleitet.

Diese die Opposition unterstützende Rolle war deshalb möglich, weil die evangelische Kirche die einzige autonome Großorganisation außerhalb des organisierten Bereichs des Systems war, die als gesellschaftliche Kraft ein von der offiziellen Ideologie abweichendes Wertesystem vertrat. Sie bot den oppositionellen Gruppierungen ein Dach, setzte sich bei »Zuführungen« (Verhaftungen) oder drohender Exmatrikulation für die Oppositionellen ein und machte so als eine Art politische Ersatzöffentlichkeit Kritik publik. Dabei war diese Rolle in Bezug auf die Oppositionsgruppen in der Kirche nicht unumstritten. Gerade Kirchenoberen waren darauf bedacht, den autonomen Spielraum der Kirche zu erhalten. Kurzzeitig war 1988 die Gestaltung der Friedensgebete deshalb aus den Händen der Oppositionsgruppen genommen worden. Nach erheblichen inner- und äußerkirchlichen Protesten wurde diese Maßnahme aber wieder zurückgenommen. Die Oppositionsgruppen waren dadurch jedoch gezwungen, ihren Protest vor der Kirche kundzutun – ein erster Schritt hinaus auf die Straße und heraus aus dem »Schutzraum Kirche«.

Von den Friedensgebeten zu den Montagsdemonstrationen

In den späteren 1980er Jahren stieg die Zahl der Teilnehmer an den Friedensgebeten erheblich an, insbesondere durch die Präsenz der »Ausreiser«, also von Personen, die einen Ausreiseantrag gestellt hatten. Die »Ausreiser« waren ebenfalls in einer Arbeitsgruppe organisiert, hatten Raum in der Kirche und wollten trotz ihres Ausreisegesuchs die aktuellen Probleme öffentlich machen. Im Jahre 1989 hatten rund 5.000 Personen in Leipzig einen Ausreiseantrag gestellt. Das Verhältnis der Oppositionsgruppen zu diesen »Ausreisern« war ambivalent: Zum einen wollten diese weg und nicht an einer Umgestaltung im Land mitarbeiten, zum anderen erhöhten deren Anzahl und ihre markigen Forderungen die Wirkmächtigkeit des Protests, besonders wenn dieser in den Westmedien präsent war. Die Westmedien hatten in Leipzig während der Messezeiten häufiger Drehgenehmigungen erhalten, die die Journalisten für Aufnahmen von Protestzügen oder aber von Zwischenfällen wie dem Einziehen von Transparenten durch Staatsvertreter nutzten. Gerade zum Herbst 1989 hin konnten kritische DDR-Journalisten und Fotografen nur verdeckt und heimlich Aufnahmen machen, die dann in den Westen geschmuggelt wurden. Da die westlichen Fernsehprogramme in weiten Teilen der DDR empfangen werden konnten, wurde so der Protest landesweit verbreitet. Die Verlagerung des Protestes aus der Nikolaikirche in die Straßen der Stadt hinaus hing einerseits mit dem Anwachsen der Demonstranten zusammen, die im Oktober 1989 die Zahl von 70.000 Menschen erreichte, andererseits zeigten die Ausreisen über die ungarische Grenze und über die Botschaft in Prag eine Schwäche des Regimes. Die zahlenmäßige Größe der Demonstrationsteilnehmer verhinderte

auch ein Eingreifen der bereitstehenden Einheiten. Auch dort gab es Solidarisierungen, aber vor allem Angst vor bürgerkriegsähnlichen Zuständen.

Im Rückblick

Die ehemaligen Oppositionellen empfinden die Wendezeit rückblickend als Möglichkeit, ein neues Leben zu beginnen. Aufgrund ihres jungen Alters gelang dies meist auch. Die Erfahrungen der Diktatur haben viele für Ungerechtigkeiten sensibel gemacht; sie engagieren sich bis heute in politischen Gruppen, in Jugendprojekten oder aber halten in Archiven die Erinnerung an die »Wendezeit« lebendig.

Die evangelische Kirche konnte ihre zentrale Rolle als Keimzelle für den Massenprotest nicht für ein lebendigeres religiöses Leben in den neuen Bundesländern nutzen. Zwar haben viele Personen, die mit der Kirche eng verbunden waren, an der Gestaltung der neuen Bundesrepublik maßgeblich mitgewirkt. Viele Oppositionelle verließen aber die Kirche, nachdem ihr Schutzraum obsolet geworden war. Auch der in der DDR weit fortgeschrittenen Säkularisierung mit den im Alltag verankerten Familienfesten wie der Jugendweihe konnte kaum entgegengewirkt werden. Gleichwohl ist aber die historische Rolle zu betonen, die der evangelischen Kirche in der Wendezeit zukam.

UNTERRICHTSPRAKTISCHE HINWEISE

Baustein C thematisiert am Beispiel der Stadt Leipzig die Ziele, die Organisations- und Wirkungsweisen der Oppositionsgruppen in der DDR. Dabei wird Wert gelegt auf Quellenmaterial aus dem Kreis der Leipziger Opposition, das auch Zeitzeugenaussagen ehemaliger DDR-Oppositioneller enthält. Keinesfalls soll aber dem »Mythos Leipzig« zugearbeitet werden. Vielmehr geht es darum, am lokalen Beispiel Wirkmechanismen der Opposition in der Diktatur anschaulich zu machen.

Die an den Anfang des Bausteins gestellten und mit erläuternden Texten versehenen Fotos (**C 1**) führen in zentrale Forderungen der Opposition für Rüstungsbeschränkung, zivilen Ersatzdienst und Umweltschutz ein. Im Hintergrund stehen dabei die internationalen Abrüstungsgespräche in den 1970er Jahren. An diesem Material werden das Selbstverständnis der oppositionellen Gruppierungen, ihre Ziele und Vorgehensweisen, ihre Einbettung in den christlichen Kontext und ihr Verhältnis zum Staat deutlich. Am Material der »Initiativgruppe Leben« (IGL) kann die Entwicklung der Gruppen erarbeitet werden. An den »Ausreisern« wird erkennbar, dass sie in einem ambivalenten Verhältnis zur Opposition stehen. Bei einem Blick auf das gesamte Material wie auf die Auflistung des Ministeriums für Staatssicherheit wird die Vielfalt der Gruppen und Themen deutlich.

Die Leipziger Oppositionelle Katrin Hattenhauer kommt in **C 2**, aber auch in **C 7** und **C 9** zu Wort. Sie gehörte damals zum kleinen engagierten Kreis meist junger Oppositioneller und

setzt sich auch heute noch mit den damaligen Ereignissen sowie deren Auswirkungen auseinander. So wurde sie auch bei der zentralen Gedenkfeier zum 20. Jahrestag der Maueröffnung 2009 in Berlin als Zeitzeugin interviewt. An ihren Ausführungen können Motive und Ziele, aber auch Ängste sowie der mentale Hintergrund des Christentums erschlossen werden. Die vorangegangenen Texte der Oppositionsgruppen werden hier noch einmal mit konkretem Leben gefüllt, so dass von den Jugendlichen reflektiert werden kann, welche Rolle sie selbst wohl in der DDR eingenommen hätten.

C 3 hebt die Besonderheiten Leipzigs hervor, die die Bedingungen für eine besonders lebendige Opposition schufen. Die Friedensgebete in Leipzig werden im Textausschnitt aus der Autobiographie des damaligen Pfarrers der Nikolaikirche (**C 4**) mit Hinweisen auf deren Entwicklung und auf die Absichten der evangelischen Kirche kontextualisiert. Dazu dient auch das Friedensgebet von Jochen Läßig (**C 5**), der in **C 2** bereits als Mitstreiter genannt wurde. Er legt ein Bibelzitat aus und gibt damit einen guten Einblick in das Denken und die Positionen der kirchlichen Opposition. Gleichzeitig werden hier die oftmals genannten, aber abstrakt bleibenden Friedensgebete konkretisiert.

Der Text **C 6** rückt die Rolle der Westmedien in den Mittelpunkt, denn deren Berichte über die Aktionen der Oppositionellen schufen der Opposition in der DDR eine breite Öffentlichkeit. Dabei waren die Westmedien häufig auf Material von oppositionellen Fotografen und Journalisten angewiesen, die diese in nicht ungefährlichen Aktionen erstellten. Gleichzeitig trugen die Berichte in den Westmedien über die Montagsdemonstrationen zu einer Ausweitung der Proteste bei.

Im Exkurs auf den Freiheitsbegriff (**C 7**) werden die grundsätzlich unterschiedlichen Vorstellungen von der Rolle des

Individuums in der Gesellschaft und von Freiheit zwischen Opposition und DDR-Staat vertieft. Hier kann auch damit begonnen werden, die Schülerinnen und Schüler zunächst ihren eigenen Begriff von Freiheit definieren zu lassen. Das Tattoo drückt aus, dass in der Diktatur nur Träume frei sind, nicht einmal Gedanken. Die Oppositionelle Katrin Hattenhauer formuliert ihren individuellen Freiheitsbegriff, bei dem der Staat die Entwicklungsfreiheit jedes Einzelnen ermöglichen soll. Im DDR-Jugendlexikon hingegen wird dieser individuelle Freiheitsbegriff als »nur formal zugestanden« negiert und auf die Entwicklung der Freiheit als gesellschaftlichen Prozess rekurriert. Der Einzelne ist hier zur Teilnahme an diesem Prozess verpflichtet – allerdings eingebunden in die Vorgaben von Staat und Partei. Auf den Freiheitsbegriff der in der DDR offiziell verehrten Rosa Luxemburg bezogen sich die Oppositionellen, da sie die »Freiheit des anders Denkenden« verteidigt und gerade auch von der Partei und Regierung einfordert.

C 8 geht auf verschiedene Stufungen von oppositionellem Verhalten ein, die von den Schülerinnen und Schülern mit Beispielen veranschaulicht werden sollen. Die Fotos zeigen, dass Opposition auch gefährlich sein konnte und Mut und Zivilcourage erforderte.

Der Rückblick Katrin Hattenhauers (**C 9**) geht auf deren Einschätzung ihres Handelns im Nachhinein ein, soll aber auch noch einmal dazu dienen, die fundamentalen Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur erarbeiten zu können. Das lebendige Interview soll Jugendliche anregen, über ihre eigenen Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Partizipation nachzudenken.

LITERATURHINWEISE

Barkleit, Gerhard/Kwiatkowski-Celofiga, Tina (Hrsg.): Verfolgte Schüler, gebrochene Biographien, Dresden 2008.
 Birthler, Marianne: Freiheitserziehung mit Stasi-Unterlagen? Vom Erinnern an die SED-Diktatur, in: Geschichte für heute. Zeitschrift für historisch-politische Bildung, Jg. 1 (2008), Heft 4, S. 33–41.
 Deutz-Schroeder, Monika/Schroeder, Klaus: Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern, ein Ost-West-Vergleich, Stamsried 2008.
 Gieseke, Jens: Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei, Bonn 2001.
 Judt, Matthias: DDR-Geschichte in Dokumenten, Bonn 1997.
 Klessmann, Christoph/Lautzas, Peter: Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Problem, Schwalbach/Ts. 2006.

Kowalczyk, Ilko-Sascha: Das bewegte Jahrzehnt. Geschichte der DDR von 1949 bis 1961, Bonn 2003.
 Maser, Peter: Die Kirchen in der DDR, Bonn 2000.
 Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, 2. Aufl., Bonn 2000.
 Richter, Michael: Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90, 2 Bde., Göttingen 2009.
 Sabrow, Martin: Wie, der Schüler kennt den Dicken mit der Zigarre nicht?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.2.2009.
 Werkentin, Falco: Recht und Justiz im SED-Staat, 2. Aufl., Bonn 2000.
 Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur, 2. Aufl., Bonn 1999.

Leben in der DDR

Texte und Materialien für Schülerinnen und Schüler

4–2009

Baustein A Schule, Jugend, Freizeit

A 1	Kindheit und Jugend in der DDR	20
A 2	Meine Schulzeit in der DDR	24
A 3 – A 9	Schulische Erziehung zur »sozialistischen Persönlichkeit«	25
A 10 – A 11	Abweichendes Verhalten	29
A 12	Mit DDR-Schauunterricht das diktatorische System entlarven	31

Baustein B Die Stasi

B 1 – B 3	Zwischen »Ostalgie« und persönlicher Betroffenheit	32
B 4 – B 6	»Netzwerk« Staatssicherheit	34
B 7 – B 11	»... ab in den Westen«: Ein gescheiterter Fluchtversuch	36
B 12 – B 14	Verurteilt im Namen des Volkes?	39
B 15	Gefangene im Stasi-Gefängnis Hoheneck	41
B 16 – B 19	Umgang mit der Vergangenheit: War die DDR ein Unrechtsstaat?	42

Baustein C Oppositionsgruppen in der DDR: Das Beispiel Leipzig

C 1	Oppositionelle Gruppen in Leipzig	44
C 2	»Als ich zwanzig war ...«	48
C 3	Warum Leipzig?	49
C 4 – C 5	Friedensgebete in Leipzig	50
C 6	Die Macht der Fernsehbilder	52
C 7	Was ist Freiheit?	53
C 8	Resistenz – Opposition – Widerstand	54
C 9	Rückblick	55

Hinweis: Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg übernimmt keine Verantwortung für die Inhalte von Websites, auf die in diesem Heft verwiesen oder verlinkt wird.

A • Schule, Jugend, Freizeit

Materialien A 1–A 12

A 1 Kindheit und Jugend in der DDR



picture-alliance/ZB

Mitglieder der »Freien Deutschen Jugend« und »Junge Pioniere« zeigen beim Pioniertreffen 1970 in Cottbus ihr Engagement auf der Abschlussparade mit Transparenten. Sie winken mit Nelken in den Händen den Zuschauern auf der Ehrentribüne zu. Tausende Pioniere trafen sich zu Lenins 100. Geburtsjahr unter dem Motto »Lernt, arbeitet und lebt im Geiste Lenins – vollbringt hohe Leistungen zu Ehren der Deutschen Demokratischen Republik!«. Sie präsentierten hier ihre Leistungen beim Lernen, bei gesellschaftlich nützlicher Arbeit und bei sportlichen Aktivitäten.



picture-alliance/ZB

Eine Schülerin einer Polytechnischen Oberschule aus Ostberlin arbeitet an einer Drehbank im polytechnischen Unterricht im »VEB Fortschritt« in Berlin, aufgenommen im Oktober 1988. Mit einem regelmäßig in den Stundenplan eingebundenen »Unterrichtstag in der Produktion« (UTP) bzw. »Produktiver Arbeit« (PA) sollten die Schülerinnen und Schüler in der DDR an das Arbeitsleben in den Volkseigenen Betrieben herangeführt werden.

ullstein bild – AKG Pressebild



Berlin 1979: Jugendweihefeier für Schülerinnen und Schüler der 8. Klasse. Jeder Jugendliche erhält das Buch »Der Sozialismus – Deine Welt«.

Die Jugendweihe wurde 1955 als Ersatzritual für die Konfirmation eingeführt. Sie symbolisierte die Aufnahme der Jugendlichen in die »sozialistische Erwachsenenwelt«. Diese bekräftigten die Aufnahme durch ein feierliches Gelöbnis zum Sozialismus und zur DDR. Die Vorbereitung auf die Jugendweihe war eng an das schulische Leben geknüpft; es war schwierig sich dieser zu verweigern.

usstein bild – Boom



Berlin 1987: Fahnenappell an einer Polytechnischen Oberschule in Ostberlin.

Der Fahnenappell wurde in allgemein bildenden Schulen mehrmals im Jahr zu besonderen Anlässen (z. B. letzter Schultag) durchgeführt. Er war an den militärischen Fahnenappell angelehnt. Alle Schüler marschierten mit ihren Lehrern in die Aula oder den Schulhof ein, es wurden Texte und Lieder zu bestimmten Themen (z. B. Frieden) vorgeführt. Vorschriftenmäßige Kleidung war die Pionierkleidung: das weiße Hemd mit Emblem am Ärmel und das rote oder blaue Halstuch.

ullstein bild – Döring



Wehrkundeunterricht für Jungen der 10. Klasse im Ausbildungslager (1986).

Als Pflichtfach für die 9. und 10. Klasse 1978 eingeführt, bestand der Wehrkundeunterricht bei Jungen aus einer Nahkampfausbildung und dem Erlernen des Umgangs mit Waffen. Bei den Mädchen lag der Schwerpunkt auf einer Sanitätsausbildung, aber auch sie wurden in Waffen unterwiesen. Die Einführung des Wehrkundeunterrichts ist ein Zeichen für die zunehmende Militarisierung der DDR-Gesellschaft. Bei einer Verweigerung der Teilnahme hatte der Schüler mit Nachteilen, z. B. bei der Berufswahl, zu rechnen.

Siegfried Wittenburg



In den Kulturhäusern der »Volkseigenen Betriebe« gab es zahlreiche Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Das Foto zeigt die Trachtengruppe des Kulturhauses der Warnow-Werft in Warnemünde im Jahr 1983.

Der Staat versuchte auch in Bezug auf die Freizeit lenkend einzugreifen, indem den Jugendlichen ideologisch passfähige Angebote in Jugendclubs, Sportvereinen und Kulturhäusern gemacht wurden. Die Jugendlichen waren somit unter einer gewissen Kontrolle, gleichzeitig konnte auf ihre Entwicklung zur »sozialistischen Persönlichkeit« Einfluss genommen werden.

Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V.



Die Punkszene wehrte sich mit ihrem provokanten Outfit, der Punkmusik und dem Missachten von Regeln gegen den »öden« realsozialistischen Alltag. Die Punks konnten fast nur im kirchlichen Raum ihrer Jugendkultur Ausdruck verleihen, wie hier in Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) im Jahr 1988. Der Staat ging mit polizeilichen Maßnahmen wie dem Abnehmen von Fingerabdrücken, Wohnungsdurchsuchungen, Verhaftungen, aber auch dem gewaltsamen Abrasieren der Frisuren gegen die Punks vor, die als negativ-dekadente Jugendliche stigmatisiert wurden.

Ute Mahler/OSTKREUZ



Das junge Brautpaar zeigt an der Wand, worin seine Sehnsüchte bestehen: Im Konsum von Westwaren aller Art, die ein angenehmeres, auch weltoffeneres Leben versprechen. In der DDR wurde jung geheiratet. Nur so hatten die Paare Aussicht auf eine eigene angemessene Wohnung. Häufig mussten sich die jungen Ehepaare noch eine Weile mit ihrem Jugendzimmer bei den Eltern begnügen.

Harald Hauswald



Das begeisterte Publikum beim Bruce-Springsteen-Konzert 1988 in Berlin-Weißensee wird von zwei FDJ-Ordnern »in Schach gehalten«. Mit einer »welt-offeneren« Veranstaltungspolitik versuchte die DDR-Regierung jugendliche Rockbegeisterung in prosozialistische Haltung zu kanalisieren. Dazu wurden internationale Künstler engagiert. Der US-Rockstar Springsteen erwies sich als Publikumsmagnet: Mit mehr als 160.000 Fans hatte sein Konzert die meisten Besucher.

picture-alliance/ZB



Aufzeichnung der Sportschau des DTSB (Deutscher Turn- und Sportbund): Aufstellung der Sportler und Sportlerinnen in der Halle vor dem Kamerateam, aufgenommen im Oktober 1973. Der DTSB – unmittelbar dem ZK der SED unterstellt – war als zentrale Massenorganisation für den Sport zuständig. Sportliche Betätigung stand im großen Interesse der Staatsführung der DDR. Organisiert waren die Mitglieder in Betriebssportgemeinschaften der VEB, Kinder und Jugendliche in Schulsportgemeinschaften.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU A 1

■ Bildet kleine Gruppen in der Klasse. Jede Gruppe bearbeitet ein Foto. Fertigt zu jedem Foto eine kurze Präsentation an, die folgende Dinge berücksichtigt:

1. Recherchiert das Thema, das auf dem Foto gezeigt und im Text neben dem Foto kurz erklärt wird. Welche Rolle hat das Thema eurer Gruppe für das Leben eines Jugendlichen in der DDR gespielt? Diskutiert, ob und wie dadurch die Freiheit eines Jugendlichen eingeschränkt wurde.
2. Einigt euch in der Gruppe auf eine prägnante Überschrift zu eurem Foto.
3. Formuliert zu zwei weiteren Fotos Fragen, die ihr an die jeweilige Arbeitsgruppe stellt.

■ Überlegt euch weitere Aspekte im Leben eines Jugendlichen, die bei den Fotos fehlen.

■ Organisiert eine Diskussion in der Klasse zu einem der

folgenden Themen:

1. Schule in der DDR – Chancengleichheit oder Gleichmacherei?
2. DDR-Wehrkundeunterricht – Staatsfach und Bürgerprotest
3. Jugendweihe – eine Alternative zur Konfirmation?
4. Rock in der DDR – erlaubt und verboten
5. Punks – schriller als die Polizei erlaubt?
6. Sport im Sozialismus – Licht- und Schattenseiten für jugendliche Sportler.

Für die Recherche zu den Materialien in A 1 werden folgende Internetangebote empfohlen:

www.planet-wissen.de, www.schekker.de/content/jugender-ddr, www.hdg.de/lemo.

A 2 Meine Schulzeit in der DDR

Christine Ott, geb. 1962, verbrachte ihre Schulzeit in Erfurt und besuchte dort eine Schule mit erweitertem Russischunterricht, wo sie ihr Abitur in der russischen Sprache ablegte. Sie studierte Ökonomie und befand sich 1989 in der Endphase ihrer Doktorarbeit. Als die Hochschule geschlossen wurde, verlor sie sowohl die Arbeit als auch alle Hochschulabschlüsse. Nach einer zeitweiligen Tätigkeit bei einer Versicherung engagierte sie sich ehrenamtlich in der

Jugend- und Kulturarbeit und wurde Leiterin des Kulturhauses in Seelow (Brandenburg). Sie ist verheiratet und hat zwei Kinder im Erwachsenenalter.

Zur Schule gegangen bin ich eigentlich immer gerne. Das hat Spaß gemacht. Wir waren eigentlich auch immer eine duftige Truppe. Also ich kann mich noch erinnern, dass wir in der 11. Klasse noch eine supergeile Weihnachtsfeier hatten, weil bei uns auch einige Musik gemacht haben, und in dieser Kneipe haben wir also eine riesen Party gemacht (...). Natürlich bin ich in der 7. Klasse in die FDJ eingetreten, ich war dann, glaub' ich, auch FDJ-Sekretärin in der Klasse. Wir haben also Seminare gehabt, wo ich schon nicht mehr weiß, wie die hießen. Aber das ist bei mir ein riesengroßes schwarzes Loch. Das ist einfach weg. Wir hatten halt unsere Gruppennachmittage und das ging von Weihnachtsbasteln bis über irgendwelche Lieder singen. Ich kann nicht mehr sagen, was wir dort gesungen haben. Das hat halt Spaß gemacht und mehr, mehr auch nicht.

Eigentlich war ich seit der 5. Klasse in der Sportgemeinschaft, da spielten sich meine Freizeitaktivitäten und mein gesellschaftliches Leben ab. Ich habe also viermal in der Woche Training gehabt im Geräteturnen bei Dynamo Erfurt-Mitte und arbeitete dann ab der 9./10. Klasse auch selber dort als Übungsleiterin. Also wir sind viel in Trainingslager und zu den Wettkämpfen gefahren. Was dann noch übrig geblieben ist an Freizeit, fand dann bei meinen Großeltern statt. (...) Ich kann mich dunkelschwarz erinnern, dass in der 6. oder 7. Klasse, von heute auf morgen irgendwie zwei oder drei Schüler nicht mehr da waren. Es hieß dann: Die sind in den Westen abgehauen. Aber das hat die Gemüter nicht weiter beunruhigt. Das war halt so. Allerdings ist darüber auch nicht geredet worden.

Später war das dann schon anders. Also in der 11. und 12. Klasse, da hat sich dann schon eine Wandlung vollzogen, weil wir erwachsener geworden sind oder einfach auch mehr wussten. Wir hatten permanent Diskussionen mit unserem Staatskundelehrer geführt. Sehr zum Ärger der Schulleitung, wo ich dann auch hinzitiert wurde als FDJ-Sekretärin: Warum wir denn solche Debatten führen würden? Anlass der Auseinandersetzung war, dass der Vater eines Schülers bei einem Besuch seines Vaters im Westen geblieben ist. Da gingen die Wogen hoch, weil Jens unversehens von der Schule entfernt werden sollte. Wir haben uns als Klasse aber dagegen gewehrt. Und auch Jens hat sein Abitur noch machen können. (...)

So kam es, dass ich mich für Außenwirtschaft an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst beworben habe, obwohl ich einen Onkel im Westen hatte. Das war ja der Pferdefuß, wo ich dann eigentlich gedacht habe: Mann, dich lehnen sie sowieso ab zu diesem Studium. Natürlich haben die mich zu meinem Onkel im Westen befragt: Was denn wäre, wenn mir der auf einer Reise in den Westen begegnen würde, ob ich das melden würde. Da habe ich pflichtgemäß gesagt: »Natürlich melde ich das.«

Christine Ott: »Ich habe die Leichtigkeit des Seins verloren, aber meinen eigenen Weg gefunden.«, in: Annette Leo/ Agnès Arp (Hrsg.): Mein Land verschwand so schnell. 16 Lebensgeschichten und die Wende 1989/90, Weimar 2009, S. 40 ff.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU A 2

- ▶ Arbeitet aus dem Text A 2 heraus, was Christine Ott in ihrer Schulzeit »Spaß gemacht« hat.
- ▶ Interpretiert ihre Aussage »Aber das ist bei mir ein riesengroßes schwarzes Loch«.

- ▶ Christine Ott erinnert sich positiv an ihre Schulzeit. Welche Faktoren könnten bei dieser positiven Erinnerung eine Rolle spielen? Bezieht dabei auch ihren Lebenslauf mit ein.

A 3 »Unser Kind kommt zur Schule ... «**Aus einem Brief an alle Eltern der Schulanfänger 1982:**

(...) Unsere sozialistische Schule sichert allen Kindern die gleichen Bildungsmöglichkeiten. Alle geistigen und körperlichen Kräfte eines jeden Kindes werden sorgfältig entwickelt.

Die zehnklassige allgemeinbildende Polytechnische Oberschule ist das Kernstück unseres sozialistischen Bildungssystems. Der Aufbau dieser Schule ist eine große Errungenschaft unseres Arbeiter- und Bauernstaates. Entsprechend dem Programm der SED wird ihrer weiteren Vervollkommen und der Vertiefung der kommunistischen Erziehung der jungen Generation besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Alle Lehrer und Erzieher sehen ihre vornehmste Aufgabe darin, den Kindern ein solides Wissen und Können zu vermitteln und solche Einstellungen und Verhaltensweisen anzuerziehen, dass sie sich erfolgreich als Persönlichkeit entwickeln und ihren Platz in der sozialistischen Gesellschaft verantwortungsbewusst und überzeugt einnehmen können – also gut auf die Erfüllung der Aufgaben in der Gesellschaft vorbereitet werden. (...)

Bald wird Ihr Kind mit der Bitte an Sie herantreten: »Ich möchte Pionier werden!« Erfüllen Sie Ihrem Kind diesen Wunsch. Die Pionierorganisation »Ernst Thälmann« unterstützt die kommunistische Erziehung der Kinder. Deshalb dient es der Entwicklung Ihres Kindes, wenn Sie es anhalten, Jungpionier zu werden. Die Tätigkeit in der Pionierorganisation hilft den Kindern beim Lernen und gewöhnt sie daran, sich diszipliniert zu verhalten und Aufgaben im Kollektiv zu lösen. In den Pioniergruppen wird gemeinsam gespielt, gewandert und Sport getrieben. Die Kinder lernen, wie man dem Kameraden zur Seite steht und mit seiner Hilfe eigene Schwächen und Schwierigkeiten überwindet.

Die Aufnahme in die Pionierorganisation findet meist zum 7. Oktober, dem Gründungstag unserer Republik, oder dem 13. Dezember, dem Pioniergeburtstag, statt. An diesem Tag erhält Ihr Kind das blaue Halstuch und den Pionerausweis. Darauf ist Ihr Mädchen oder Ihr Junge sehr stolz. Würdigen

Sie dieses Ereignis! Ihr Kind wird sich freuen, wenn Sie ihm zur Aufnahme in die Pionierorganisation gratulieren und diesen Tag auch zu Hause beachten. Ist es nicht ein schönes Ziel, wenn wir schon unsere Kleinen zur Kameradschaft und Freundschaft untereinander und auch zu den Kindern anderer Länder erziehen? Besonders bedeutsam ist die Entwicklung der Liebe zur Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft sowie die Freundschaft mit den Völkern, die um ihre Befreiung kämpfen. Wenn unsere Kinder den Aufruf zur Hilfe und Unterstützung für die Kinder in einem anderen Land mit heißem Herzen befolgen, dann ist das der Keim zu einem sich neu entwickelnden Menschen, der den Sozialismus und den Frieden liebt und den Krieg und die Kriegstreiber hassen wird. Ihren Kindern dabei zu helfen, ist für Sie als Mutter und Vater eine sehr wichtige Aufgabe, und Sie tragen dabei eine große Verantwortung. (...)

Durch Ihr eigenes Vorbild tragen Sie wesentlich dazu bei, schon im Vorschulalter grundlegende Einstellungen der Kinder zu unserer sozialistischen Entwicklung herauszubilden. Gerade die Eindrücke der Kinder in diesem Alter und die sich herausbildenden Anschauungen wirken noch lange im Leben nach. Sie sind auch eine wichtige Voraussetzung, um eine einheitliche Erziehung von Kindergarten, Schule und Elternhaus zu gewährleisten. Besonders wichtig ist es, den Kindern zu helfen, zwischen unseren Freunden und den Feinden des Sozialismus unterscheiden zu lernen. (...)

Liebe Eltern !

(...) Der Lebensweg Ihres Kindes ist der Weg in unsere sozialistische Zukunft. Wollen wir gemeinsam, Elternhaus und Schule, dafür sorgen, dass die Schulanfänger gut lernen, dass sie sich zu ehrlichen und fleißigen Menschen entwickeln, dass sie ihre Aufgaben in der Schule, in der Familie und in der Pionierorganisation gut erfüllen.

Ministerium für Volksbildung, Hauptabteilung Unterricht, 4. Aufl., 1982

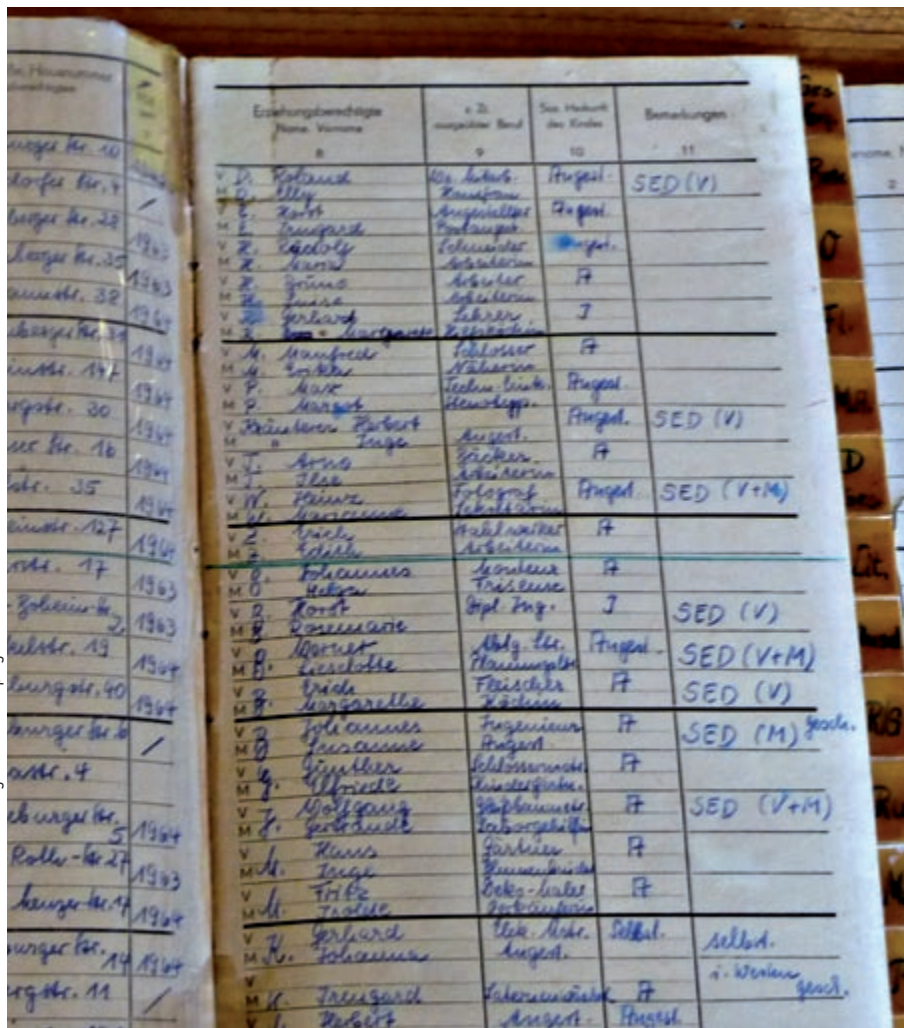
ARBEITSAUFTRÄGE ZU A 3

► In **A 3** wird eine »glückliche Schulzeit in unserer sozialistischen Schule« prognostiziert. Notiert, was ihr in dem Text über das System der sozialistischen Schule erfahrt. Wie sollte demnach ein junger Mensch nach Abschluss der Schule mit 16 Jahren sein?

► Welche Rolle spielt die Pionierorganisation in der Schule der DDR? Welche Rolle kommt den Eltern zu?

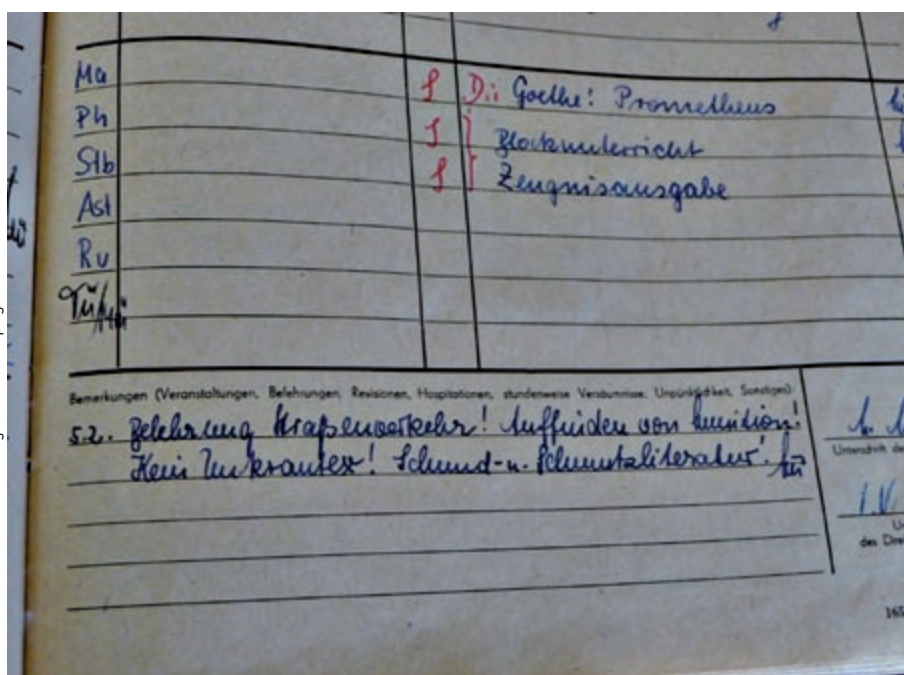
► Die Broschüre wurde vom Ministerium für Volksbildung an die Eltern aller Schulanfänger verteilt. Sammelt Überlegungen, welche Funktionen eine solche Broschüre gehabt haben könnte.

A 4 Ein Klassenbuch in der DDR



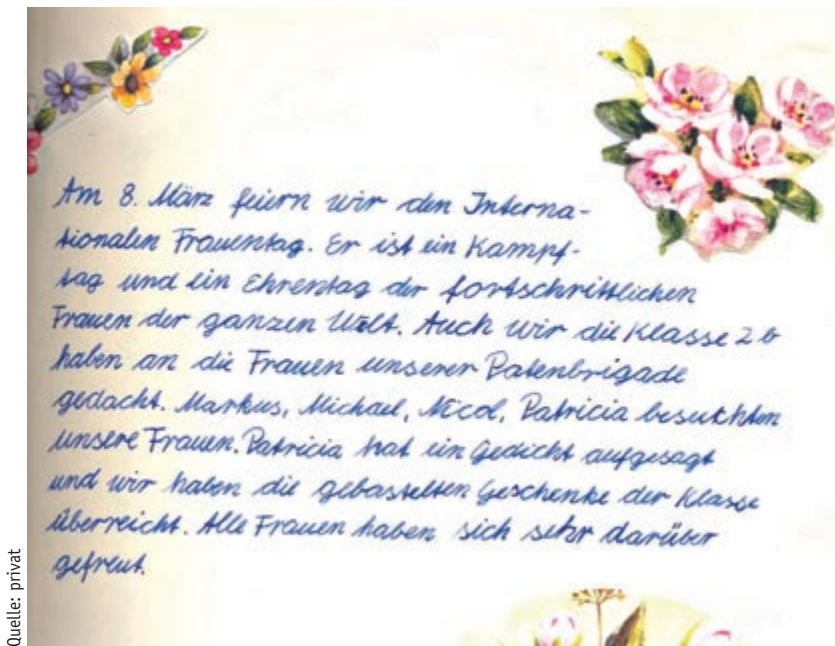
In dem Klassenbuch aus den Jahren 1965/66 sind die vollständigen Daten aller Schülerinnen und Schüler eingetragen: Name, Geburtstag, Adresse, Name der Eltern und Beruf der Eltern. In den beiden rechten Spalten ist darüber hinaus die soziale Herkunft der Schüler vermerkt: A = Arbeiter, Angest. = Angestellter, I = Intelligenz und Selbst. = Selbstständiger. Unter »Bemerkungen« wird festgehalten, ob die Eltern Mitglieder in der SED sind.

A 5 Schund- und Schmutzliteratur



In regelmäßigen Abständen wurden von den Klassenlehrern die Schultaschen ihrer Schülerinnen und Schüler nach »Schund- und Schmutzliteratur« kontrolliert. Darunter wurden z. B. Comics aus dem Westen wie »Micky Maus« oder aber Jugendzeitschriften wie »Bravo« verstanden. Diese wurden vom Klassenlehrer eingezogen. Die Kontrolle wurde im Klassenbuch vermerkt, wie hier im Schuljahr 1965/66.

A 6 Das Brigadetagebuch der Grundschulklasse 2b in Sachsen (1986)



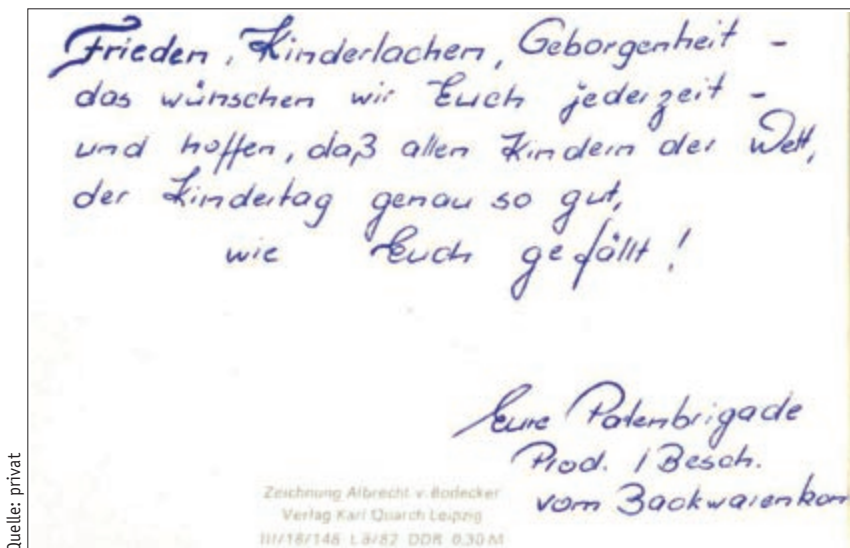
Grußkarte der Grundschulklasse an ihre Patenbrigade zum Internationalen Frauentag am 8. März.

Brigade: Die Organisationsform der kleinsten Arbeitsgruppe in den Betrieben.

Patenbrigade: Als außerbetriebliche Aktivität übernahm die Brigade eine Patenschaft über eine Klasse der nächstgelegenen Polytechnischen Oberschule (POS) für die gesamte Schulzeit (Klasse 1–10). Sie hielt ständigen Kontakt mit der Klasse und half bei der Jugendweihe und Berufsfindung.

Brigadetagebuch: Eigentlich die Dokumentation der Brigade selbst, hier aber die Dokumentation der schulischen und außerschulischen Aktivitäten der Klasse mit dem Ziel, darüber gegenüber der Patenbrigade Rechenschaft abzulegen.

A 7 Internationaler Kindertag



Grußkarte der Patenbrigade zum Internationalen Kindertag. Der Tag bezieht sich auf die internationalen Kinderrechte und soll deren Bedeutung wachhalten. Er wurde in der DDR am 1. Juni begangen.

An diesem Tag gab es Veranstaltungen mit Gratulationen und Geschenken, Umzüge in den Schulen oder es wurden bestimmte Lieder wie »Kleine weiße Friedenstaube« gesungen. Der Kindertag war ein herausragendes jährliches Ereignis im Leben der Kinder. In der Bundesrepublik wurde bzw. wird der Tag als »Weltkindertag« am 30. September begangen.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU A 4–A 7

► In dem Klassenbuch in **A 4** gibt es je eine Spalte für den Beruf und die soziale Herkunft der Schüler. A = Arbeiter, Angest. = Angestellter, I = Intelligenz, Selbst. = Selbstständiger. Überlegt euch die Bedeutung dieser Begriffe und den Zweck dieser Kennzeichnung.

► In einer weiteren Spalte wurde die SED-Mitgliedschaft der Eltern vermerkt. Warum könnte das wichtig gewesen sein?

► Welche Funktion hat eine »Schund- und Schmutzkontrolle«?

Könnt ihr euch eine solche Kontrolle heute vorstellen?

► Wie stellen die Schülerinnen und Schüler in **A 6** den Internationalen Frauentag dar? Recherchiert im Internet, wie der Tag heute in unterschiedlichen Ländern begangen wird.

► Arbeitet die Unterschiede zum Muttertag heraus. Erörtert das Frauenbild, das sich in diesen Zeilen ausdrückt.

► Charakterisiert das Verhältnis zwischen Klasse und Patenbrigade. Was hat die Staatsführung damit bezweckt?

A 8 Wehrtüchtigung

Schulmuseum-Werkstatt für Schulgeschichte Leipzig



Mit solchen Handgranatenattrappen wurden im Wehrkundeunterricht und im Schulsport der DDR die Jungen beim Weitwurf an Waffen gewöhnt.

A 9 Höhermolekulare Alkansäuren

Aus einem Schulbuch der DDR für das Fach Chemie aus dem Jahr 1984:

Bau und Eigenschaften: Hexadekansäure (Palmitinsäure) $C_{15}H_{31}COOH$ (auch Hexadecansäure) und Oktadekansäure (Stearinsäure) $C_{17}H_{35}COOH$ (auch Octadecansäure) sind zwei weitere wichtige Alkansäuren. Sie ähneln in ihren physikalischen Eigenschaften höhermolekularen Alkanen. Sie sind bei Zimmertemperatur farblose, wachsartige, feste Stoffe. In Wasser sind sie schwer löslich. Dagegen lösen sie sich gut in organischen Lösungsmitteln wie Äthanol und Benzin. Die Wirksamkeit der funktionellen Gruppe ist infolge der Kettenlänge der Moleküle stark eingeschränkt.

Vorkommen und Verwendung: Verbindungen dieser Säuren sind in tierischen und pflanzlichen Fetten enthalten. Diese Säuren reagieren mit Basenlösungen, wobei Salze und Wasser entstehen. Diese Salze werden als Seifen bezeichnet. Auch im Haushalt verwendete Seifen enthalten als Hauptbestandteil Salze höhermolekularer Alkansäuren. (...)

Hexadekansäure (Palmitinsäure) und Oktadekansäure (Stearinsäure) sind höhermolekulare Alkansäuren. Die Salze höhermolekularer Alkansäuren werden Seifen genannt. Palmitinsäure ist zum Teil in einer der barbarischsten Waffen enthalten, dem Napalm. Aluminiumsalze höherer Alkansäuren sind geeignet, flüssige Kohlenwasserstoffe zu einer geleeartigen Masse zu verfestigen. Wenn diese Masse entzündet wird, bleibt die Brandfläche begrenzt und am Brandort werden Temperaturen bis $2.000\text{ }^{\circ}\text{C}$ erreicht. Napalm haftet überall und ist praktisch kaum zu löschen. Ersterhersteller ist der US-amerikanische Chemiekonzern »Dow Chemical Co.«, der daraus profitierte, dass die USA in Korea und Vietnam

sowie Israel im benachbarten Libanon Napalm in grausamer Weise gegen die Zivilbevölkerung einsetzten. Allein am Einsatz während des Vietnamkrieges betrug der Profit im Jahre 1986 sieben Millionen Dollar.

Aufgaben:

Beschreiben Sie den Bau eines Hexadekansäuremoleküls! Erläutern Sie den Zusammenhang zwischen Bau und Eigenschaften der Stoffe am Beispiel höhermolekularer Alkansäuren! (...)
Nennen Sie Beispiele zum Einsatz von Napalm durch imperialistische Armeen! Werten Sie den Einsatz von Napalm!

Gerhard Meyendorf u. a.: *Chemie. Lehrbuch für Klasse 9. Volk und Wissen, 4. Aufl., Berlin 1984, S. 60 f.*

A 10 »Blick aus der Höhe«**Ein Schüleraufsatz aus dem Jahre 1986**

Die Stadt Berlin vom Fernsehturm aus zu sehen, ist ein Erlebnis besonderer Art. Ich stehe auf der Aussichtsplattform und schaue durch das getönte Glas hinunter auf die fast 4-Millionen-Metropole. In mir ist ein Gefühl der Unvorstellbarkeit. Es ist doch schon erstaunlich, was der Mensch heutzutage in der Lage ist, zu schaffen, zu erbauen und zu zerstören. (...)

Ich setze mein Fernglas an, und die Höhe des Turmes reicht aus, um auch mal einen Blick in den anderen Teil der Stadt zu wagen. Beinahe sehnsüchtig leuchte ich die Stellen ab, denn wann sonst habe ich die Gelegenheit, mit meinen eigenen Augen (und nicht auf Ansichtskarten oder im Fernsehen) die andere Welt so klar und eindeutig zu beobachten? Ein trauriges Kapitel, finde ich. Gerade dann, wenn ich mich ein wenig in die Situation der Menschen dort drüben hineinzusetzen versuche, werde ich jedes Mal durch die unübersehbaren und tödlichen Grenzsicherungsanlagen aufgeschreckt, die gegen die Bevölkerung der DDR und nicht gegen die Bevölkerung Westberlins gerichtet sind. Mein Fernglas gibt genauen Aufschluss darüber. Wenn ich das Glas absetze, fühle ich mich versetzt, versetzt in einen anderen Staat, versetzt in ein Gebiet, in dem das Völkerrecht auf Freizügigkeit missachtet wird.

**Berlin. Provokante Fragen
28. April 1986**

Der BSR [Bezirksschulrat] des Magistrats von Berlin informiert mit Schreiben vom 11.4.1986 und telefonisch vom 28.4.1986 über folgendes besondere Vorkommnis:

Der Schüler H., 9. Klasse der 17. Oberschule Berlin-Friedrichshain, Vater Pfarrer der Zwingli-Gemeinde Berlin, Mutter Katechistin, hat in einem Aufsatz unter den Themen »Eindrücke« seine Eindrücke von der Aussicht auf dem Fernsehturm nach Westberlin wiedergegeben. Seine Darstellung trägt einen politisch-provozierenden Charakter und ist eindeutig gegen unseren Staat gerichtet. H. nimmt nicht am Wehrunterricht teil. Seine Mutter hat in verschiedenen Eingaben eine pazifistische Haltung dargelegt.

Es wurde mit dem Stadtbezirksschulrat und anderen zuständigen Stellen abgestimmt, dass die Direktorin und Klassenlehrerin mit den Eltern des Schülers H. zum Aufsatz ein Gespräch führen, in dem die Eltern aufgefordert werden, auch von ihrer Seite auf ihren Sohn so Einfluss zu nehmen, dass künftig politisch-provokatorische Äußerungen, die im Widerspruch zur historischen Wahrheit stehen, in der Schule unterbleiben. Das Gespräch wurde gründlich vorbereitet, die Eltern sind nicht zum Gespräch erschienen. Der Aufsatz wurde nicht benotet. Der Stellvertreter für Inneres des Stadtbezirkes Friedrichshain wurde über das Vorkommnis informiert. Wir erhalten weitere Informationen.

Gert Geißler/Falk Blask/Thomas Scholz: Schule: Streng vertraulich! Die Volksbildung in der DDR in Dokumenten, Berlin 1996, S. 541 f.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU A 8–A 10

- ▶ Was bezweckt ein Staat, wenn er für den Sportunterricht an Schulen die Verwendung solcher Handgranatenattrappen vorschreibt (A 8)?
- ▶ Arbeitet heraus, wie in A 9 der Chemieunterricht für die Zwecke der Staatsführung instrumentalisiert wird. Welche Wirkung erzielt die Verbindung der Aufgaben zu dem Text im Chemie-Schulbuch der DDR?
- ▶ Wäre solch ein Chemieunterricht heute vorstellbar? Diskutiert.
- ▶ Welche Situation beschreibt der Schüler in seinem Aufsatz in A 10? Nutzt dazu einen Stadtplan von Berlin.
- ▶ Was kritisiert der Schüler als »trauriges Kapitel«? Wie wertet er den DDR-Staat? Überlegt, welche Gefühle dabei deutlich werden. Hat er Angst?

- ▶ Überlegt, wie der »Fall« aus dem Klassenzimmer herausgekommen sein könnte. Welche staatlichen Stellen waren beteiligt?
- ▶ Analysiert, wie der Schüler und seine Familie charakterisiert werden. Was wird ihnen vorgeworfen?
- ▶ Überprüft den Vorwurf, die Äußerungen des Schülers stünden »im Widerspruch zur historischen Wahrheit«, indem ihr die Grenzanlage unter www.chronik-der-mauer.de anseht. Ist der Vorwurf gerechtfertigt?
- ▶ Wie wird der »Fall« von den staatlichen Stellen gelöst? Diskutiert, warum ein Schüleraufsatz eine solche »Aufregung« hervorrufen konnte.

A 11 Abweichendes Verhalten

Wir gingen in eine ganz normale Kirche, wo man sonst nur vorbeiläuft. Dort lagen auf Klopapier gedruckte Posttillen gegen Atomkraftwerke, Razzien und politische Verfolgungen bei uns (...). Die Leute tanzten Pogo, und die Texte waren glasklar gegen das Schweinesystem. (...) Langsam änderte sich unser Aussehen, die Haare wurden bunter und länger, die Stiefel höher und dreckiger. Nur wenige Monate, nachdem ich meine Bestimmung gefunden hatte, wurde mir von einem Angehörigen der Volkspolizei das ehrenhafte Prädikat »unsozialistisches Aussehen« verliehen. (...) Andauernd wurden wir auf der Straße kontrolliert, bekamen ein Alexanderplatz-Verbot ausgesprochen oder wurden von der Transportpolizei auf einem Bahnhof so lange festgehalten, bis unser Zug zum Punkkonzert abgefahren war. (...) Ansammlungen von mehr als drei Personen konnten als »Zusammenrottung« geahndet werden. Die offizielle Form der Festnahme hieß »Zuführung«. Meistens fuhren wir dann auf irgendein Polizeirevier und mussten uns dort ausziehen, damit unsere Sachen genau überprüft werden konnten. Alles Geschriebene wurde gründlich studiert, und jede Kassette wurde abgehört, während wir mehr oder weniger nackt danebenstanden.

Jakob Hein: Mein erstes T-Shirt, in: Rock! Jugend und Musik in Deutschland, hrsg. von der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 2005, S. 102 (© Piper Verlag, München 2001)

Ich habe als Kind immer von Olympischen Spielen geträumt. Ich habe meinen Sport geliebt. Ich wollte auf die Kinder- und Jugendsportschule. Aber ich wollte nicht alles mitmachen, was man von mir verlangte. Deshalb habe ich 1985 im Trainingslager in Schweden die sogenannten »blauen Bohnen«, die Anabolika-Pillen, nicht geschluckt. (...) Ich war damals siebzehn Jahre alt, ich habe Doping verweigert. Das war der Abschied vom Leistungssport beim SC Motor Zella-Mehlis. Und das, obwohl ich bei der WM mit der Skistaffel Dritte geworden war. So brutal ging man im DDR-Sport mit denen um, die sich nicht konform verhielten.

Antje Harvey-Misersky, ehemalige DDR-Skilangläuferin, in: »Warten auf ein Wort der Entschuldigung«, Berliner Zeitung vom 9. November 1999

Ich hatte mir den Aufnäher [Red.: mit der Aufschrift »Schwerter zu Pflugscharen«] zu Beginn der Friedensdekade auf meinen Parka genäht. Am ersten Tag konnte ich noch ungehindert den Eingang der Schule passieren, am nächsten Morgen empfing mich der Direktor jedoch schon vor der Tür und wollte mir den Eintritt verwehren. Der Aufnäher musste entfernt werden, stattdessen nähte ich an gleicher Stelle ein Verbotsschild, weiß mit rotem Rand. Das wurde von der Schulleitung lächerlicherweise akzeptiert. Wahrscheinlich, weil es dafür keine Weisung von oben gab.

Gesine Oltmanns: »Bleib erschütterbar und widersteh«, in: Bärbel Bohley u. a. (Hrsg.): Mut – Frauen in der DDR, Verlag F. A. Herbig, München 2005, S. 198 f.

Anfang der 12. Klasse erklärte ich schriftlich meinen Austritt aus der FDJ (...). Ich begründete dies mit meiner christlichen Überzeugung, die den geforderten Hass des Klassenfeindes nicht zulasse (...). Die Zeit nach dem Austritt verbrachte ich sehr oft im Direktorenzimmer im Gespräch mit ganz verschiedenen Herren, die sich nicht alle namentlich vorstellten. Konkret wurde mir gesagt, mit dieser Einstellung nicht in leitender Position in der Volkswirtschaft oder gar als Lehrer arbeiten zu können. Die Entfernung von der EOS [Red.: Erweiterte Oberschule] wurde mir ebenfalls angedroht (...). Meine Studienbewerbung wurde wegen Überfüllung abgelehnt (...). Aus meinen Stasi-Unterlagen ist ersichtlich, dass das Studium bereits zugesagt war und auf Grund meines Austritts wieder zurückgenommen wurde.

André Wagler: Zeitzeugenbericht eines Betroffenen, in: Gerhard Barkleit/Tina Kwiatkowski-Celofiga (Hrsg.): Verfolgte Schüler, gebrochene Biographien, Dresden 2008, S. 206 f.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU A 11

► Legt zu den Texten in A 11 eine Tabelle an, die in der ersten Spalte die »Tat« des Jugendlichen und in der zweiten Spalte die Reaktion des Staates beinhaltet. Die Taten der Jugendlichen wurden als »abweichendes Verhalten« angesehen. Diskutiert über diesen Begriff und seine Anwendung

in der DDR. Was wird heute als »abweichendes Verhalten« angesehen?

► Überlegt die Gründe für das harte Eingreifen des DDR-Staates gegen dieses »abweichende Verhalten«.

A 12 Mit DDR-Schauunterricht das diktatorische System entlarven



Rüdiger Sinn

Der Unterricht beginnt mit einem Ritual aus der DDR:
»Für Frieden und Sozialismus seid bereit«, sagt die Lehrerin. »Immer bereit«, lautet die Antwort der Schüler.

Zeitreise in das Jahr 1985: Die Klasse 9b der Lessing-Real-
 schule Freiburg spielt eine DDR-Klasse. Frau Lehmann, die
 noch vor drei Minuten Frau Urban, die Leiterin des Leipziger
 Schulmuseums war, steht jetzt mit strengem Gesichtsaus-
 druck im grauen Kostüm aus feinstem DDR-Zwirn vor 32
 Schülern, die nun eine dritte Klasse im DDR-Regime spie-
 len sollen. Aus der 15-jährigen Anna wird die neunjährige
 Peggy, der 15-jährige Walid wird zum André und Felix wird
 zu Maik. Fast alle Schüler haben sich ein blaues Halstuch
 umgebunden, das sie als Jungpioniere kenntlich macht. Über
 der Tafel prangt das Bild vom ehemaligen Staatsratsvorsit-
 zenden Erich Honecker.

»Für Frieden und Sozialismus seid bereit!«, ruft Frau Leh-
 mann mit lauter Stimme den Schülern zu Unterrichtsbeginn
 zu. »Immer bereit«, schallt es zurück. »Na, das klappt ja
 prima«, freut sich die Klassenlehrerin. Was dann folgt, sind
 45 Minuten Heimatkunde-Unterricht und eine Lehrstunde aus
 der DDR-Vergangenheit. Frau Lehmann erzählt mit freundlich
 einlullender Stimme davon, dass die Schulklasse nun bald
 eine Truppe der Nationalen Volksarmee (NVA) besuchen wird.
 Der Vater des Schülers Mario ist dort Offizier und scheint
 wichtig zu sein, »mit seiner schmucken Uniform«. Damit ist
 der Schüler Mario automatisch auch wichtig. Ungewollt wird
 aus dem eher schüchternen Neuntklässler der Streber, der
 wieder und wieder für seine Taten gelobt wird.

Ganz anders ergeht es André, dessen Rolle der 15-jährige
 Walid Karimi tragen muss. Er ist der Einzige in der Klasse,
 der kein blaues Pionierhalstuch trägt. Eine Auszeichnung,
 die in der DDR wichtig war, um eine ordentliche schulische
 und berufliche Laufbahn einzuschlagen. Von Beginn an wird
 er von Frau Lehmann gemobbt: »Gut, dass André beim Fah-
 nenappell ganz hinten stand, schließlich hat er noch kein
 Halstuch«, sagt sie. Und »wenn wir zum Patenpioniertag
 gehen, muss der André leider zu Hause bleiben, wir wollen
 uns ja nicht blamieren« (...) Der simulierte Unterricht zeigte
 eindrücklich, welche offensichtlichen und auch subtilen Me-
 thoden gerade in der Grundschule angewandt wurden, um
 die Schüler auf die Seite des Staates zu bringen. Ein Micky-
 Maus-Heft gibt Frau Lehmann Anlass, über die »Schundlite-
 ratur aus der BRD« zu referieren – »Das ist ganz gefährlich,
 wir haben selbst so schöne Zeitschriften, wir haben das gar
 nicht nötig« – oder Kleidung aus dem Westen zu unterbin-
 den. Der betreffende Schüler musste schnell seinen Pullover
 ausziehen und auf links drehen, um sich einen Gang zum
 Direktor zu ersparen. An diesem Beispiel zeigte sich auch die
 Beeinflussbarkeit der Schüler. Hatte Frau Urban sie im Vor-
 gespräch noch eindeutig aufgefordert, sich »zu wehren, wo
 es eben geht«, war davon im Unterricht nicht viel zu spüren.
 Kein Schüler stand dem Mobbingopfer André zur Seite und
 verteidigte ihn, den falschen West-Pulli quittierte sie mit
 »Schäm dich«-Rufen.

»Ihr habt sehr gut gespielt«, lobte Urban, die aber genau
 deshalb auch mit den Schülern ins Gericht ging und fragte,
 weshalb sie nicht gegen die Boshaflichkeiten der Lehrerin
 angingen. »Sie waren so nett«, meinte eine Schülerin. Eine
 Aussage bleibt ebenso haften: »In der dritten Klasse ist
 die Lehrerin das Vorbild und da widerspricht man nicht
 gerne.« Die Reflexionsrunde zeigte allerdings, dass die Schü-
 ler sehr wohl verstanden hatten, dass zu einer Demokratie
 auch gehört, die bestehenden Verhältnisse zu hinterfragen.
 »Vergesst bitte alles sofort wieder, was ich euch in dieser
 Stunde beigebracht habe«, riet Urban bei der Nachbespre-
 chung. »Das ist Blödsinn und Schnee von Gestern.« Bei
 einem gängigen Unterricht wäre das eventuell kein Problem
 gewesen, dieser Unterricht allerdings wird hängen bleiben.
 Und das ist, richtig aufgearbeitet, ein Glücksfall für die
 Demokratie.

*Staatsanzeiger für Baden-Württemberg vom 23. Oktober 2009
 (Rüdiger Sinn)*

ARBEITSAUFTRÄGE ZU A 12

- Was unterscheidet diese DDR-Stunde von eurem gewohnten Unterricht?
- Wie werden die Schülerinnen und Schüler in der nachgespielten Schulstunde der DDR zum Vorbild, wie zum Außenseiter?

- Diskutiert: Kann man eine DDR-Schulstunde heute überhaupt authentisch nachspielen?

B • Die Stasi

Materialien B 1 – B 19

B 1 »Ostalgie« heute



picture-alliance/ZB



picture-alliance/ZB



picture-alliance/dpa



picture-alliance/dpa

B 2 »Süßliche Deckmäntel einer Diktatur«

»Das ist zurzeit das schwierigste Kapitel für mich, diese verschiedenen süßlichen Deckmäntel einer Diktatur zu beobachten, mit denen viele DDR-Bürger glauben, dass sie ihr eigenes Leben retten oder rehabilitieren müssen. Das hätten sie überhaupt nicht nötig.

Aber was mich unglaublich wütend macht, ist die Schnelligkeit, mit der sie vergessen haben, wie froh sie waren, wenn die zwei Männer in Gummimänteln einen Stock höher geklingelt haben und nicht bei ihnen. Und wie vollkommen außerhalb ihres Vorstellungsvermögens es war, zu sagen, Pfingsten fahren wir nach Gran Canaria oder in die Domrep. Diese schönen Möglichkeiten und Freiheiten haben sie als selbstverständlich und Teil ihres jetzigen Lebens angenommen. Die Klagen überlagern dann oft diese neuen Möglichkeiten. Besonders diejenigen, die nicht bereit waren, sich neu

zu orientieren oder sich räumlich zu verändern, nach außen zu gehen, die sehen die Freiheiten nicht. Sie verharren in der Lethargie, die von Kindheit an zum Leben eines jeden DDR-Bürgers gehörte. Keiner brauchte auch nur irgendwelche Entscheidungen zu treffen. Alles war schön organisiert.

Eigentlich war jedem klar, dass mit der Vereinigung von Deutschland und der Wende wichtige Entscheidungen zu treffen waren und grundlegend Neues zu lernen war. Aber manche konnten das nicht und trauern immer noch den »sicheren« Zeiten der DDR nach. Staatstragende Parteibonzen und hauptamtliche Mitarbeiter der Stasi allerdings bildeten in Rekordgeschwindigkeit erfolgreiche Seilschaften.«

Ulrike Erler-Hammer, die in der DDR von der Stasi bespitzelt wurde, in einem Interview im Juni 2007

B 3

Ulrike Erler-Hammer: Ein Leben in der DDR



Ulrike Erler wurde 1983 von der Bundesrepublik Deutschland aus der DDR »freigekauft«, nachdem sie dort fast zwei Jahre Haft wegen versuchter »Republikflucht« über sich hatte ergehen lassen müssen.

Ulrike Erler wurde 1939 in Annaberg (Erzgebirge) geboren. Nach ihrem Abitur begann sie ihr Studium als Dolmetscherin und Diplom-Sprachlehrerin für Englisch und Französisch. Ab 1971 unterrichtete sie an der Deutschen Hochschule für Körperkultur in Leipzig. Sie hat einen Sohn, der 1961 zur Welt gekommen ist. Ihr Vater hatte eine freie Arztpraxis. Als man ihm diese wegnehmen wollte, um ihn als Arzt in einem Landambulatorium anzustellen, schloss er die Praxis und beantragte als Rentner die Ausreise. 1975 durften ihre Eltern dann schließlich als Rentner legal in die Bundesrepublik ausreisen. Ihre behinderte Schwester durfte die Eltern begleiten. Die einzigen in der DDR verbliebenen Familienmitglieder waren nun Ulrike Erler, ihr Bruder mit dessen Familie sowie eine Cousine mit Familie.

1978 wollten dann auch ihr Bruder und dessen Frau, beide von Beruf Ärzte, mit ihren drei Kindern ausreisen. Da ihnen dies auf legalem Wege nie gelungen wäre, bezahlten die Eltern die Fluchthelferorganisation »David«, die sie in den Westen bringen sollte. In zwei Kofferräumen gelang ihnen die Flucht in die Bundesrepublik. Damit waren Ulrike Erler und ihr Sohn die letzten Familienmitglieder in der DDR.

Denn auch ihre Cousine und deren zwei Kinder wurden ein Jahr später von derselben Fluchthelferorganisation ausgeschleust.

Da Ulrike Erler und ihr Sohn von der Stasi zunehmend durch Verhöre, Bewachung und Entzug des Ausweises unter Druck gesetzt wurden, entschlossen sie sich, diesen Staat, der ihre Freiheit so einschränkte, zu verlassen. Dazu kontaktierten ihre Verwandten im Westen ein weiteres Mal die Fluchthelferorganisation »David« und zahlten 30.000 DM (ca. 15.000 EUR) im Voraus. Diese Fluchthelfer waren es, die der DDR langsam gefährlich wurden, weil sie schon so viele DDR-Bürger ausgeschleust hatten. Deswegen versuchte die Stasi, Frau Erler als Köder zu benutzen, um die Helfer zu schnappen. Nach mehreren Kontakten zwischen »David« und Frau Erler und nach mehreren Fluchtversuchen, die immer wieder scheiterten, weil die Stasi, die die Telefonate abhörte, schon vor Ort war, wurden Ulrike Erler und ihr Sohn schließlich im Dezember 1981 festgenommen und mehrere Monate lang verhört. Schließlich wurde sie wegen versuchter Republikflucht zu drei Jahren und acht Monaten Gefängnis verurteilt. Diese saß sie bis in den April 1983 im Frauengefängnis in Hoheneck ab, wo sie zusammen mit anderen politischen, aber auch kriminellen Frauen jeden Tag bis zur Erschöpfung arbeiten musste. Sie stellte dort Bettwäsche für westliche Versandhäuser her. Dafür bekam sie einen kleinen Lohn, der für die wichtigsten Dinge wie Zahnpasta oder Tee ausgegeben werden konnte. Kälte, Hunger und Krankheit gehörten in diesem Gefängnis zum Alltag.

Im Frühjahr 1983 endete ihre Strafe frühzeitig, da sie von der Bundesrepublik »freigekauft« wurde. Der »Verkauf« von Gefangenen war eine Möglichkeit für die DDR-Regierung, an westliche Devisen zu kommen. Nach einem Wiedersehen mit ihrer Familie und vor allem ihrem Sohn, den sie das letzte Mal beim Gerichtsverfahren gesehen hatte, gelangte Frau Erler auf Umwegen nach Mannheim, wo sie heute lebt. Sie hat sich mehrfach fortgebildet und arbeitet dort in der Erwachsenenbildung. Nach der Wende hat sie das Gebiet der ehemaligen DDR mehrmals besucht und dort auch ihre Stasi-Akte eingesehen. 1988 heiratete sie und heißt seither mit Nachnamen Erler-Hammer.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU B 1–B 3

► Bildet Gruppen und beschreibt die Bilder in **B 1**. Was haben diese Produkte mit »Ostalgie« zu tun? Sammelt weitere Beispiele für »Ostalgie«-Produkte.
 ► Was kann »Ostalgie« heute für einen ehemaligen DDR-Bürger bedeuten? Vergleicht eure Vorstellung mit dem Text **B 2**. Versucht die Reaktion von Frau Erler-Hammer zu erklären. Was kritisiert sie an der DDR?

► Fasst in eigenen Worten die Erfahrungen von Frau Erler-Hammer (**B 3**) mit der Stasi zusammen. Recherchiert dafür folgende Begriffe: »Stasi«, »Republikflucht«, »jemanden freikaufen«, »Fluchthelferorganisation«.

B 4 Die Stasi über Frau Erler

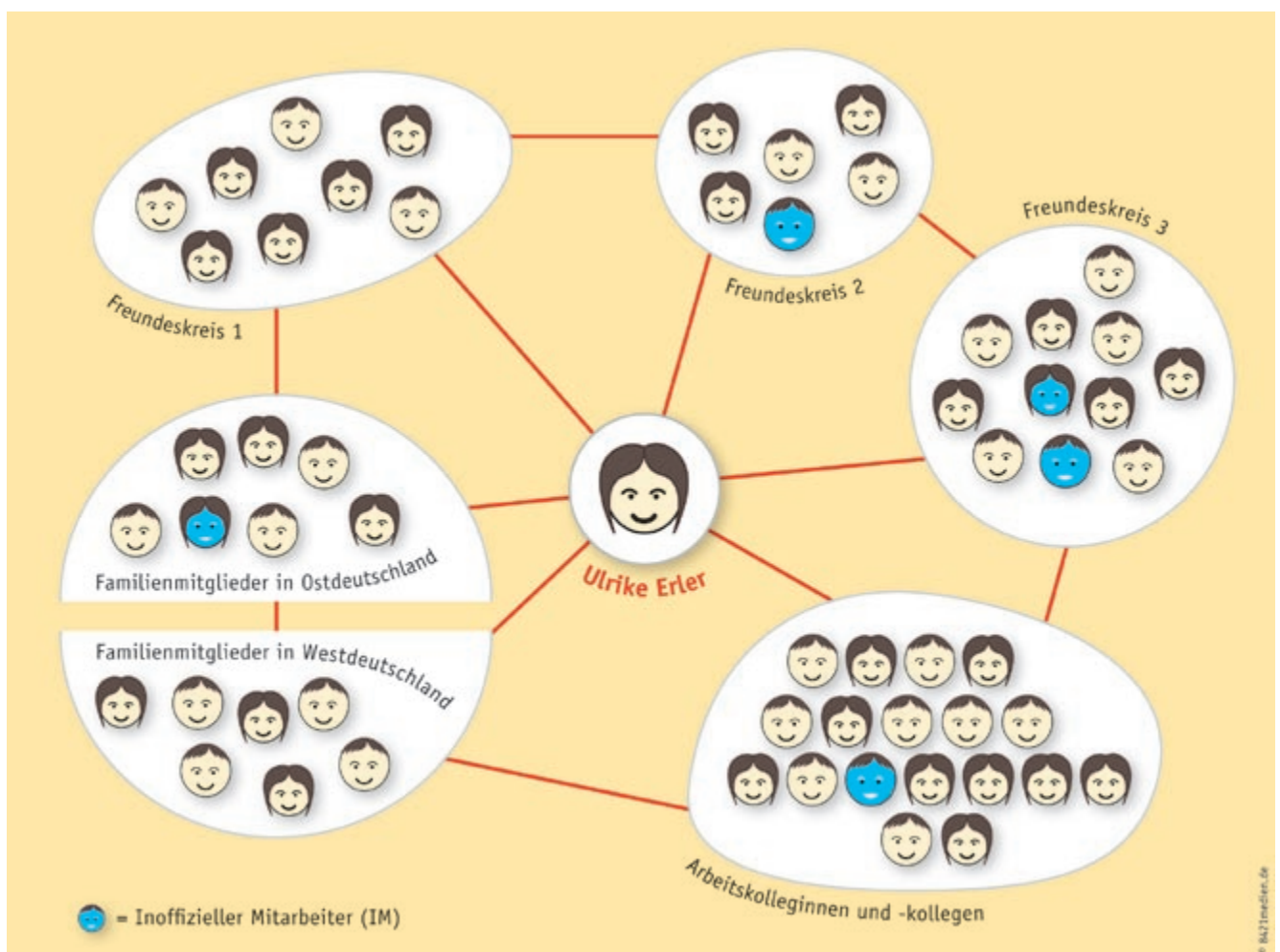
Der folgende Mitschrieb eines Gesprächs zwischen einem Mitarbeiter der Stasi und Frau »Vogel« vom 2. Dezember 1976 befindet sich in der Stasi-Akte von Ulrike Erler. »Vogel« ist ein Deckname. Als Frau Erler recherchierte, wer sich hinter diesem Namen versteckte, fand sie heraus, dass diese und weitere Informationen von einer guten Freundin kamen, die als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) für die Stasi tätig war und dieser detaillierte Informationen über sie mitgeteilt hatte, Lügen inklusive.

»Frau »Vogel« ergänzte, daß die E. prowestlich eingestellt sei und nichts für die soz[ialistische] Entwicklung in der DDR übrig habe. Sie hat einen sehr hohen Intelligenzgrad. Sie scheint zu einer Zusammenarbeit mit dem MfS ungeeignet, weil sie unsere Entwicklung ablehnt. (...)

Der Bruder der Erler ist Arzt, ebenso dessen Frau. Diese Familie stellte den Antrag auf legalen Verzug nach der BRD, der jedoch von den Staatsorganen der DDR abgelehnt wurde.

Die Eltern der E. sind vor einigen Jahren legal nach der BRD verzogen. Zu ihnen wollte die E. einmal reisen. Der Antrag zur Reise wurde jedoch abgelehnt. Nach Auffassung von Frau »Vogel« bestünde nicht die Gewähr, dass die E. wieder aus der BRD zurückkommt. Die Eltern verzogen 1975. Sie besuchten bereits ihre Kinder in der DDR nach ihrem Weggang.«

B 5 Verbindungsspinne



Die Verbindungsspinne ist ein von der Stasi erstellter Plan, in dem alle Personen verzeichnet sind, die mit Frau Erler-Hammer Kontakt hatten. Zu sehen sind verschiedene Gruppen, darunter beispielsweise auch entfernte

Verwandte aus dem Westen. Die hier abgebildete Verbindungsspinne stellt eine reduzierte und anonymisierte Variante des Originals dar.

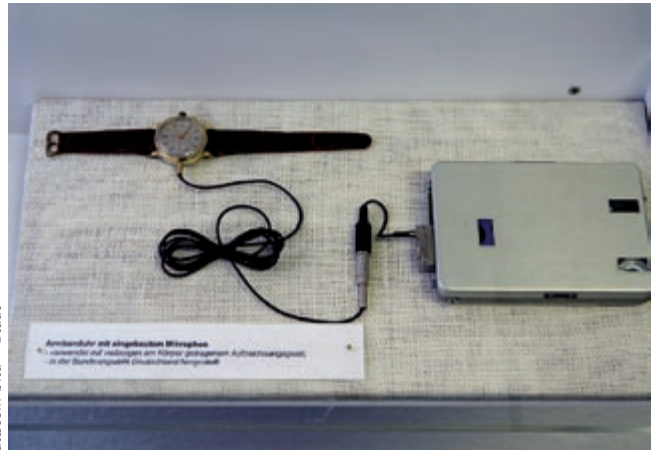
B 6 Stasi-Methoden

picture-alliance/dpa



Ein »Set« zur Gewinnung von Geruchsproben: Zange, Putzlappen und Vakuumglas wurden von der Stasi eingesetzt, um »Gerüche« observierter Personen zu sammeln.

ullstein bild – Bladt



Eine Armbanduhr mit eingebautem Mikrophon – eines der klassischen Stasi-Bespitzelungswerkzeuge, um Gespräche mit verdächtigen Personen aufzuzeichnen.

Schlagzeilen nach der Wende

Beim Renovieren Zimmerwanzen der Stasi entdeckt

Überwachung sollte weiter gehen, als gedacht: Jedes Telefon sollte verwandt werden

Mit automatischer Schließmaschine wurden Briefe wie am Fließband geöffnet, kontrolliert und wieder verschlossen

Stasi hatte über 100.000 Inoffizielle Mitarbeiter (Spitzel)

Birthler-Behörde meldet: 40 Millionen Karteikarten über DDR-Bürger gefunden

Datenschutz? Stasi konnte sogar auf Krankenakten und Tagebucheinträge zurückgreifen

Opfer berichten: Jeder Schritt wurde bewacht

Stasi sammelte Geruchsproben ihrer Opfer

Mit anonymen Briefen, Gerüchten, Drohungen und dem finanziellen Ruin schüchterte Stasi die DDR-Bürger ein

ARBEITSAUFTRÄGE ZU B 4–B 6

- Erstellt eine kurze Charakterisierung eures Nebensitzers. Auf welche Punkte habt ihr Wert gelegt? Lest dann die Charakterisierung von Frau Erler durch einen »Inoffiziellen Mitarbeiter« der Stasi (B 4). Benennt die Unterschiede.
- Unterstreicht die Textpassagen, die durch die Biographie (B 3) belegt werden können. Was könnte übertrieben dargestellt sein? Überlegt Gründe dafür. Stellt Vermutungen

darüber an, was jemanden dazu bringen könnte, einen sehr guten Freund oder eine sehr gute Freundin zu bespitzeln.

- Erstellt eine Liste der »Stasi-Methoden« aus den Materialien B 4–B 6. Recherchiert im Internet weitere dieser Bespitzelungsmethoden. Benennt und begründet die Auswirkungen, die die Stasi für die Menschen in der DDR hatte.

B 7 ... zum Bahnhof Schöneweide

Im Juni 2007 berichtet Ulrike Erler über den Versuch eines Treffens mit der Fluchthelferorganisation »David«. Von dort wäre Ulrike Erler mit ihrem Sohn sofort auf geheimen Wegen in den Westen gebracht worden.

»(...) zum Bahnhof Schöneweide (...) gefahren, um dort die Lage zu peilen. Also, sowie ich mich mit meinem Sohn getroffen habe, wusste die Stasi, dass irgendetwas im Busch ist. Sie waren sofort an uns dran. Wir kamen dort drei, vier Stunden vor dem Treffpunkt an und haben uns in der Bahnhofshalle aufgehalten und umgeschaut. Und dann sieht man nach ganz kurzer Zeit, dass das in sich versunkene Liebespaar neben dem Fahrkartenschalter natürlich kein Liebespaar ist, und dass der Herr mit der Zeitung, der schon so ewig liest und auch nicht weggeht, auch kein Zeitungsleser ist. Und dann haben wir gezählt und gezählt, und dann haben wir gewusst, es hat keinen Zweck. Und das ist immer wieder so gewesen (...).

Wir haben's dann so gemacht, dass wir auf den Fernbahnsteig gerannt sind, und auf dem Weg dorthin haben wir im vollen Lauf umgedreht. Dann haben wir gezählt, wie viele Leute sich denn mit uns umdrehen. OK, also auf dem S-Bahnsteig gewartet, weitergefahren bis eine einsame Station kam, an der einsamen Station als Letzter aus der S-Bahn gesprungen und wieder gezählt, immer noch neun Spitzel. Also, die waren auch nicht so gut ausgebildet, die Fußtruppen der Stasi. Man sah sie dann hinter einer dünnen Säule in ihre

schwarzen Umhängetaschen sprechen, und es war eigentlich alles klar. Dann haben wir uns jedes Mal getrennt (...) und es ging alles wieder von vorn los.

Leider hat die Fluchthelferorganisation nicht auf meine Bitten reagiert, nie mehr einen Treffpunkt übers Telefon zu sagen. Und sie hatten, glaub ich, auch selber Schwierigkeiten, dann noch in Ostberlin Telefonstationen zu eröffnen.«

B 8 Die Stasi: Mitarbeiter und Kosten

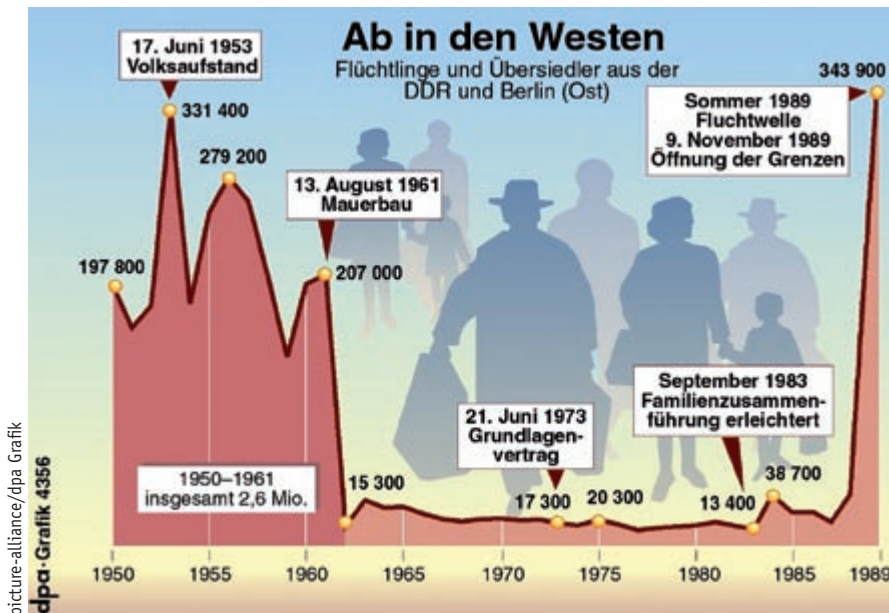
	Mitarbeiter gesamt*	Personalkosten des MfS in Mill. Mark (DDR)	Ausgaben des MfS gesamt in Mill. Mark (DDR)
1955	16.344		818,8
1960	22.843	235,3	428,7
1965	29.137	338,7	607,9
1970	43.311	583,6	1.485,2
1975	59.514	949,6	2.125,8
1980	75.138	1.381,0	3.089,2
1985	85.263	1.900,6	3.958,0
1989	91.015	2.355,0	4.195,8

* Hauptamtliche Mitarbeiter, Wachregiment und Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter (HIM) (HIM ab 1982 gezählt)

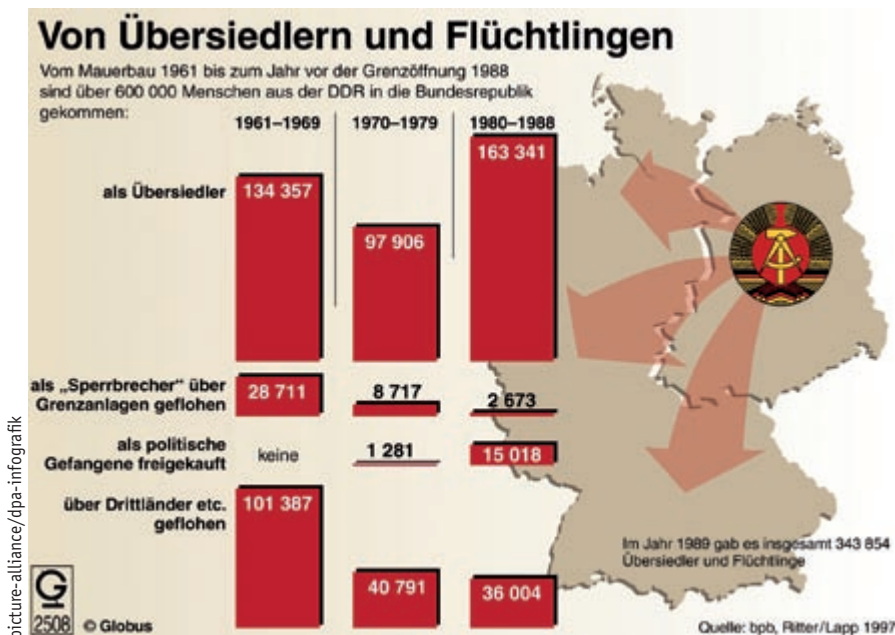
Quelle: Jens Giesecke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950 – 1989/90, Berlin 2000, S. 552 ff.

B 9

Ab in den Westen ...



Der Aderlass der DDR war enorm. Einzelne historische Daten markieren die wichtigsten Punkte im Verlauf dieser »Abstimmung mit den Füßen«.



Bis zum Herbst 1989 war die innerdeutsche Grenze dicht. Die Sperranlagen wurden von DDR-Soldaten streng bewacht. Dennoch versuchten immer wieder DDR-Bürger die Flucht in den Westen. Viele Menschen starben dabei: Das Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung gibt für den Zeitraum 1961 bis 1989 eine Spanne von 270 bis 780 Toten an. Die größte Zahl der DDR-Bürger kam allerdings als Übersiedler in den Westen. Eine große Gruppe floh über Drittländer, eine kleine Gruppe wurde von der Bundesrepublik Deutschland freigekauft.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU B 7–B 9

► Welche Gründe nennt Frau Erler (B 7) für das Scheitern ihres Fluchtversuchs? An anderer Stelle im Interview erzählt sie, sie habe erst im Jahr 1990 durch ihre Stasi-Akte davon erfahren, dass ihr Telefon abgehört worden war. An welcher Stelle im Text merkt man, dass ihre Erzählungen von ihrem heutigen Wissen beeinflusst sind?

► Interpretiert die erste Grafik in B 9. Recherchiert dafür die Ereignisse, die auf der Kurve eingetragen sind. Wie hängen diese mit den Flüchtlingszahlen zusammen? Betrachtet nun

die zweite Grafik. Erstellt eine Tabelle der Ausreisegruppen, in die ihr die Zahlen und weitere von euch recherchierte Informationen eintragt.

► Erich Honecker am 19. Januar 1989 in Berlin (Ost): »Die Mauer wird in fünfzig und auch in hundert Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt sind.« Von welchen Gründen könnte Honecker gesprochen haben?

B 10 Gefangennahme und Untersuchungshaft



Die »Runde Ecke« in Leipzig war der Sitz der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit. Heute ist das Gebäude Gedenkstätte mit dem Museum in der »Runden Ecke«. In den ehemaligen Büros der Stasi-Offiziere können sich Besucher über Funktion, Arbeitsweisen und Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) informieren.

Nach mehrmaligen erfolglosen Versuchen der Kontaktaufnahme stellten Ulrike Erler und ihr Sohn im Herbst 1981 einen »Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR«. Am 16. Dezember 1981 wurden sie dann morgens auf dem Weg zur Arbeit von Beamten der Staatssicherheit in ein Auto gestoßen und in die Untersuchungshaftanstalt der Stasi in Leipzig gebracht. (...)

Frau Erler: »Mein allererstes Gefühl war widersinnigerweise Erleichterung. Nach acht Monaten der Fluchtversuche hab

ich gedacht, wenn das Schlimmste passiert ist, was passieren kann, brauch ich mir ja jetzt keinen Kopf mehr zu machen.«

Darauf folgten neun Monate, die geprägt waren durch Verhöre, die »wie ein Dauertrommelfeuer über einen hereinbrechen«. Dazwischen versuchte sie erfolgreich, Kontakt zu ihrem Sohn aufzunehmen durch Klopfen über viele Nachbarzellen und »unnachahmliche« Vogellaute auf dem Weg zum Verhör.

Als ihre einzige Freude beschreibt sie ihr kleines »Gärtchen«: »In diesem Betonstück, in das ich dreißig Minuten pro Tag gesperrt wurde, gab es eine Mauerritze. In dieser Mauerritze gab es reichlich Dreck, und in diesem Dreck hatte sich ein kleiner Keim angesiedelt und ein Zweiblatt produziert wie von Radieschen, so ein Zweiblatt, und das war mein Gärtchen, und ich besuchte es, so oft es mir gelang.«

Am 3. Juni 1982 wurde schließlich das Verfahren gegen Frau Erler und ihren Sohn eröffnet. In den zwei Sitzungen wurden weder Zeugen gehört noch Zuschauer zugelassen. Der Richter hatte nur »die Akte mit der Zusammenfassung des Vernehmers vor sich, und es wurde einem dann irgendwann später das Urteil verkündet.«

Carolyn Stetter auf Grundlage eines Interviews mit Ulrike Erler-Hammer im Sommer 2007

B 11 Untersuchungshaftanstalten und Gefängnisse der Stasi

U-Haft-Gefängnisse

- Berlin
 - Ecke Reinhardtstraße/Albrechtsstraße
 - Hohenschönhausen
 - Lichtenberg, Magdalenenstraße
 - Pankow
- Cottbus
- Dresden
- Erfurt
- Frankfurt/Oder
- Gera
- Halle (»Roter Ochse«)
- Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)
- Leipzig (»Runde Ecke«)
- Magdeburg
 - Sudenburg
 - Neustadt
- Neubrandenburg
- Neustrelitz
- Potsdam
 - Lindenstraße
- Rostock
- Schwerin
- Suhl

Gefängnisse*

- Bautzen (»Gelbes Elend«)
- Berlin-Hohenschönhausen
- Brandenburg (Zuchthaus Brandenburg)
- Bützow
- Cottbus
- Halle (»Roter Ochse«)
- Hoheneck
- Karl-Marx-Stadt (heute: Chemnitz)

* Beispiele von Gefängnissen, über welche das MfS Kontrolle hatte.

B 12 Im Namen des Volkes?

Der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehem. MfS		Archiv Leipzig
Kopie aus Akte: AV 65/83 Bd. IV	Seite: 65	Archivmitarbeiter/in: <i>Ummann</i>

1 BS 24/82
211-13/82

*Registrierung zu Akte 3,
für 6. 8. 82 (U. 105)*

Is.

U r t e i l

I m N a m e n d e s V o l k e s !

In der Strafsache

g e g e n die Angeklagten

Ulrike E r l e r

seit 16. 12. 1981 in U-Haft

w e g e n landesverräterischer Agententätigkeit u. a.

hat der 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Leipzig in der Hauptverhandlung vom 3. 6. und 7. 6. 1982.

für R e c h t erkannt:

1. Die Angeklagte E r l e r wird wegen gemeinschaftlich begangener landesverräterischer Agententätigkeit in Tateinheit mit mehrfach versuchtem ungesetzlichen Grenzübertritt in schweren Fall und mehrfach versuchter ungesetzlicher Geldausfuhr - Verbrechen nach §§ 200 Abs. 1, 213 Abs. 1 und 3 Ziff. 4 und 5 Abs. 4 StGB und Vergehen nach § 17 Abs. 1 Ziff. 2 Abs. 3 Währungsengesetz - zu

3 - drei - Jahren und 6 - acht - Monaten Freiheitsstrafe

verurteilt.

3. Außerdem werden bei der Angeklagten E r l e r 15 000,- Mark (f. u. Fünfzehntausend) eingezogen.

4. Die Auslagen des Verfahrens haben die Angeklagten als Gesamtschuldner zu tragen.

BSTU, Auszug

B 13 Die Urteilsbegründung des Gerichts

»Die Richtigkeit des festgestellten Sachverhaltes ergibt sich aus den übereinstimmenden Aussagen beider Angeklagter und der Zeugen, die im Weiteren durch die zahlreichen objektiven Beweismittel bestätigt werden. Beide Angeklagte erfüllen mit ihrem Handeln, indem sie über Verwandte in der BRD zum Zwecke ihrer Ausschleusung aus der DDR Verbindung zu einer Menschenhändlerbande aufnahmen und zu verschiedenen Zeiten zum Zwecke der Realisierung ihres Vorhabens Kontakte mit Beauftragten und Mitgliedern der Menschenhändlerbande hatten, den Tatbestand der landesverräterischen Agententätigkeit nach § 100 Abs. 1 StGB. Die in der BRD etablierte Menschenhändlerbande ist eine ausländische Organisation, die durch ihre verbrecherische Tätigkeit der Ausschleusung von DDR-Bürgern eine die Interessen der DDR schädigende Tätigkeit ausübt. Diese Verbindungsaufnahme beider Angeklagter bezweckte gleichzeitig ein ungesetzliches Verlassen der DDR. Demzufolge wurde von ihnen außerdem der Tatbestand des ungesetzlichen Grenzübertritts in schwerem Fall nach § 213 Abs. 1 und 3 Ziff. 4 und 5 Abs. 4 StGB erfüllt.

Es war die Absicht beider Angeklagter, ohne erforderliche Genehmigung die DDR zu verlassen. Das sollte dabei durch Ausnutzung eines Pkw-Verstecks und von beiden Angeklagten gemeinsam erfolgen, weshalb die Tat zusammen mit anderen begangen wurde. Darüber hinaus stellt das Zusammenwirken mit einer Menschenhändlerbande beim beabsichtigten un-

gesetzlichen Verlassen den schweren Fall nach § 213 Abs. 3 StGB dar. Der ungesetzliche Grenzübertritt wurde dabei von beiden Angeklagten in zwei Fällen, nämlich einmal am 5. 3. 1981 und ein zweites Mal am 17. 4. 1981, versucht. An diesen beiden Tagen hatten beide Angeklagte ihren Wohnort Leipzig mit der Absicht verlassen, nicht wieder an diesen zurückzukehren und sich nach der BRD ausschleusen zu lassen. Die Vollendung der Tat unterblieb an beiden Tagen durch Umstände, die von beiden Angeklagten nicht zu beeinflussen waren. Sie hatten ihrerseits die ihnen möglichen Ausführungen getan, um den Erfolg der Straftat zu verwirklichen. Die Voraussetzungen nach § 21 Abs. 3 StGB sind demzufolge gegeben und der Versuch ist nach § 213 Abs. 4 StGB strafbar. (...)

Die Gesellschaftsgefährlichkeit des Handelns der beiden Angeklagten besteht darin, daß sie sich zur Durchsetzung ihrer egoistischen Interessen einer verbrecherischen Organisation bedienten, deren vornehmliche Aufgabe darin besteht, durch ihr verbrecherisches Treiben die Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen zu erschweren. Das zu erkennen, waren die Angeklagten in der Lage, und sie setzten sich mit ihrem Handeln über die Interessen der sozialistischen Gesellschaft hinweg. (...)«

Aus der Stasi-Akte von Ulrike Erler-Hammer

B 14 Aus dem Strafgesetzbuch der DDR vom 28. Juni 1979

§ 100. Staatsfeindliche Verbindungen.

- (1) Wer zu Organisationen, Einrichtungen, Gruppen oder Personen wegen ihrer gegen die Deutsche Demokratische Republik oder andere friedliebende Völker gerichteten Tätigkeit Verbindung aufnimmt, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren bestraft.
- (2) Der Versuch ist strafbar.

§ 213. Ungesetzlicher Grenzübertritt.

- (1) Wer widerrechtlich die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik passiert oder Bestimmungen des zeitweiligen Aufenthalts in der Deutschen Demokratischen Republik sowie des Transits durch die Deutsche Demokratische Republik verletzt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung, Haftstrafe oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Ebenso wird bestraft, wer als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik rechtswidrig nicht oder nicht fristgerecht in

die Deutsche Demokratische Republik zurückkehrt oder staatliche Festlegungen über seinen Auslandsaufenthalt verletzt.

(3) In schweren Fällen wird der Täter mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu acht Jahren bestraft. Ein schwerer Fall liegt insbesondere vor, wenn

1. die Tat Leben oder Gesundheit von Menschen gefährdet;
2. die Tat unter Mitführung von Waffen oder unter Anwendung gefährlicher Mittel oder Methoden erfolgt;
3. die Tat mit besonderer Intensität durchgeführt wird;
4. die Tat durch Urkundenfälschung (§ 240), Falschbeurkundung (§ 242) oder durch Mißbrauch von Urkunden oder unter Ausnutzung eines Verstecks erfolgt;
5. die Tat zusammen mit anderen begangen wird;
6. der Täter wegen ungesetzlichen Grenzübertritts bereits bestraft ist.

(4) Vorbereitung und Versuch sind strafbar.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU B 10–B 14

- Informiert euch über die Untersuchungshaft und das Gerichtsverfahren von Frau Erler-Hammer (B 10). Welche Bereiche der Gewaltenteilung waren in der Hand der Stasi?
- Untersucht das Urteil (B 12) mithilfe der Urteilsbegrün-

dung (B 13) und dem Auszug aus dem Strafgesetzbuch der DDR (B 14). Diskutiert: War die Verurteilung eurer Meinung nach rechters?

B 15 Gefangene in Hoheneck

Artemis GmbH, Gefängnis Schloss Hoheneck



Schloss Hoheneck in Stollberg (Sachsen) war das größte Frauengefängnis der DDR. Viele dieser Frauen hatten sich der »Republikflucht« schuldig gemacht. Sämtliche weibliche politische Häftlinge der DDR wurden seit den 1970er Jahren nach Hoheneck gebracht. Ab 1977 konnten sie von der Bundesrepublik freigekauft werden. Von diesen Abschiebehäftlingen wurden allein 35.000 über Hoheneck geschleust, was der DDR 3,5 Milliarden D-Mark einbrachte. Das Foto zeigt den Zellentrakt im Südflügel des Gefängnisses (www.hoheneck.com).

»Zunächst mal muss ich sagen, dass kein Gefangener weiß, wo er hinkommt und, wenn er dort ist, wird er auch in einer Kiste angeliefert, also Sie wissen nicht, wo Sie sind. Und erst wenn Sie drin sind, können Sie es von den anderen erfahren. (...) Es ist also eine alte Burg, es ist ein Gefängnis seit undenklichen Zeiten. (...) Diese Burg hätte gutwillig 150 Frauen Quartier geboten, wir waren 450. Damit ist schon ein Teil dessen gesagt, was ich sagen wollte. Und auf die Außenbezirke bin ich niemals gelangt, sondern nur auf den Innenhof, so dass ich die gesamte Haftzeit kein einziges grünes Blatt mehr gesehen habe oder kein einziges Kind, keinen Mann, bis zu dem Moment, wo ich auf Transport ging und mich einer fast erdrosselt hätte. (...) Und auch keinen Hund oder keine Katze habe ich gesehen. Das ist mir gar nicht so aufgefallen, weil die Knastroutine von einem Besitz nimmt und man funktioniert nur noch. Das gesamte Leben verlagert sich nach innen, das Kopfkino wird mit jedem Tag und jeder Nacht wichtiger, und alles, was man in sich gespeichert hat in seinem Leben. Seien Sie dankbar für jedes Gedicht, das Sie kennen, freuen Sie sich an jedem Lied, an dessen Text Sie sich erinnern können. (...)

Sie kriegen einen alten Trainingsanzug und ein Paar Hausschuhe. In denen latschen Sie herum. In Hoheneck kommt man also in ein Aufnahmekommando und dort feilt man

Eisenteile und wartet, dass man einem Kommando zugeteilt wird. Die Kommandos sind parallel mit Produktionsbetrieben der DDR. (...) Mein Kommando, das stellte sich heraus als »Kommando Planet« für Bettwäsche. Bettwäsche für westliche Versandhäuser. Bettwäsche nähen, ok, ich hatte noch nie genäht und bekam mitgeteilt, dass ich in einer Nacht 268 Bettbezüge zu nähen hatte. Und das bei rollendem Schichtsystem: Frühschicht mit 3 Uhr wecken und Spätschicht bis 6 Uhr früh. Na gut, Ulrike saß an der Maschine, das Ergebnis waren 14 Prozent vom Soll. (...)

Nach der Wende bin ich deshalb niemals nach Hoheneck zurückgekehrt, weil ich weiß, dass diese Institution keine Ähnlichkeit mehr hatte mit der, in der ich war. Ich habe dort zum Mittagessen verfaultes Brot gegessen, das auf dem Hof, dem Innenhof, schon so gestunken hat, dass man sich geirrt hat zum Mittagessen gehen zu müssen. Ich wusste, dass das alles verschwinden würde, auch die Böcke, auf die sie widerborstige gefangene Frauen gebunden haben, um sie zu schlagen. (...)

Ulrike Erler-Hammer in einem Interview im Sommer 2007

ARBEITSAUFTRÄGE ZU B 15

Informiert euch über die Haftbedingungen, wie sie Frau Erler-Hammer (B 15) beschreibt. Recherchiert die aktuellen Haftbedingungen in einem deutschen Gefängnis und stellt die Unterschiede in einer Tabelle dar.

Frau Erler-Hammer sagt am Ende des Textes in B 15, sie sei nach dem Fall der Mauer nicht wieder zurück nach Hoheneck gegangen, weil einige Dinge dort verschwunden seien. Überlegt, warum dies passiert sein könnte.

B 16 Umgang mit den Stasi-Akten

picture-alliance/ZB



Regale mit Akten des einstigen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR im Archiv der »Birthler-Behörde«, aufgenommen in der Ruschestraße in Berlin. 180 Kilometer Akten und über 35 Millionen Karteikarten sind in den Archiven in der Ruschestraße aufbewahrt. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz gibt jedermann das Recht, Auskunft aus den vom Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR zu seiner Person gesammelten Unterlagen zu erhalten, in diese Einsicht zu nehmen und Kopien daraus zu bekommen.

»Ich bin nach einem kurzen Schwanken dann doch nach Leipzig gefahren, 1990 war das, glaube ich, und habe Einsicht in meine Stasi-Akte beantragt. Ich habe dann auch mit meinen Freundinnen darüber gesprochen, und vornehmlich zu einer hab ich gesagt, »Was denkst du denn? Die haben gesagt, ich kriege schon nächsten Monat meine Stasi-Akte, und daraufhin sagte die: »Ach toll, ja dann kommst du ja wieder und wir können uns sehen.« Und umhalst und umarmt hat sie mich. Das war der schlimmste Fall eines IM, der sich aus meiner Akte erhellte. Vollkommen zweifelsfrei, ich habe die Klarnamenkartei in diesem Falle dann auch mitgekriegt, das war das Ehepaar G., sie war meine Freundin und in diesem Falle hat die Klarnamenkartei funktioniert. (...)

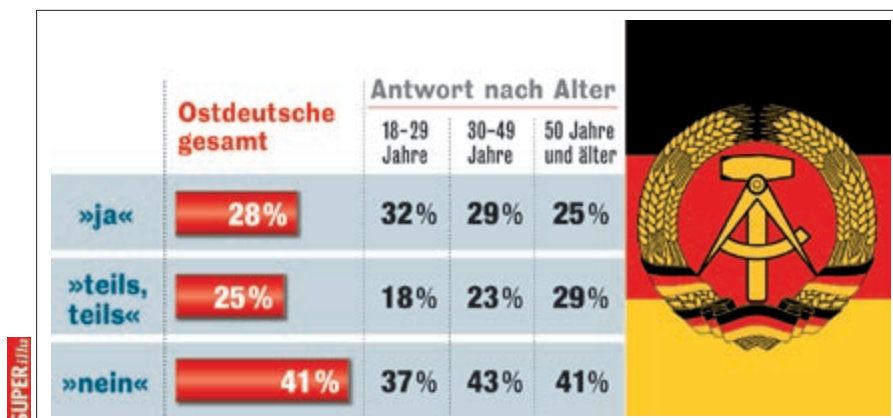
Konfrontiert mit meinen Erkenntnissen schrieb sie mir fünf Reinwaschungsbriefe, die alle nur darauf rausliefen, dass man ihr doch glatt die Reisen nach Jugoslawien gestrichen hätte, wenn sie das nicht gemacht hätte! Und ich habe ihr dann einen Brief geschrieben, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen ließ, und habe meine Tür zugemacht. Den ande-

ren, mit denen ich jetzt noch zusammen bin und denen ich vertraue, denen vertraue ich einfach.

(...) Ich bin dann zum Lesen da hingegangen, dachte zwei drei Tage, geblieben bin ich eine Woche. Ich durfte lesen von 9 bis 17 Uhr, mein Mann gab mich früh um 9 dort ab. Ich ging in ein Zimmer, wurde von einer freundlichen Frau begleitet, und die setzte mich in einen großen Raum und fuhr eine Art Teewagen so groß wie ein Tisch herein. Auf diesem Teewagen standen zwölf Leitzordner und ich sagte, »Das ist aber schön, dass Sie die nicht schleifen brauchen. Sie teilen die jetzt an die verschiedenen Zimmer aus?« Sie antwortete: »Ich muss Ihnen sagen, das ist Ihre Akte, zwölf Leitzordner.« Ich konnte es nicht fassen. Die 3.600 Seiten Spitzelberichte stehen für den Wahn der DDR.«

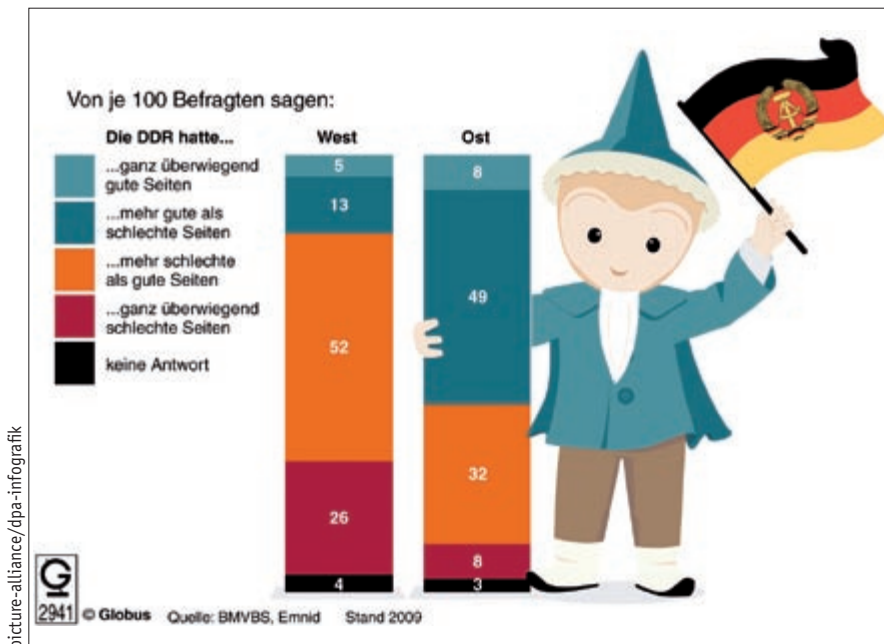
Ulrike Erler-Hammer in einem Interview im Sommer 2007

B 17 War die DDR ein Unrechtsstaat?



Die Grafik zeigt das Ergebnis einer Meinungsumfrage des Instituts für Marktforschung in Leipzig für die Zeitschrift SUPERillu unter Ostdeutschen im März 2009.

B 18 Die DDR im Rückblick



Fast die Hälfte der Ostdeutschen (49 Prozent) findet, dass die DDR mehr gute als schlechte Seiten hatte. Von den Befragten aus den alten Ländern schließen sich nur 13 Prozent dieser Meinung an. Einige sind sich »Ossis« und »Wessis« über den Fall der Mauer vor 20 Jahren: 85 Prozent der Ostdeutschen und 81 Prozent der Westdeutschen meinen, die Ostdeutschen können stolz sein auf die friedliche Überwindung der SED-Diktatur. 79 Prozent in Ost und 82 Prozent in West bewerten den Herbst 1989, als die Mauer nach Massenprotesten fiel, als wichtiges Ereignis für die gesamtdeutsche Geschichte.

B 19 Rechtsstaat oder Unrechtsstaat?

Treffen folgende Aussagen für einen Rechtsstaat zu?

Der Staat kann ohne Gerichtsbeschluss Telefonverbindungen seiner Bürger abhören.

An öffentlichen Plätzen oder in U-Bahnen kann der Staat Kameras zur Überwachung anbringen.

Staatliche Einrichtungen können ohne Gerichtsbeschluss Post von Bürgern lesen, öffnen oder deren Mails lesen.

Vor Gericht gilt: Im Zweifel immer für den Angeklagten.

Im Staatsaufbau gilt: Trennung von Exekutive und Legislative

Es herrscht die Einheit von Staat und Partei.

nein

eher nein

eher ja

ja

ARBEITSAUFTRÄGE ZU B 16–B 19

► Bildet Gruppen und informiert euch (www.bstu.bund.de) zu folgenden Aspekten der Birthler-Behörde: Aufbau der Behörde, Bedingungen zur Akteneinsicht und Klarnamendatei. Präsentiert eure Ergebnisse vor der Klasse.

► Wie geht Frau Erler-Hammer mit ihren Erfahrungen mit der Stasi heute um (B 16)? Sammelt und begründet weitere Möglichkeiten, mit einer solchen Vergangenheit umzugehen.

► Formuliert in eigenen Worten eine Definition für den Begriff Rechtsstaat. Die Umfrage in B 19 kann euch dabei helfen.

► War die DDR ein Rechtsstaat? Bildet Gruppen und organisiert eine Pro- und Contra-Debatte.

► Interpretiert die Grafiken B 17 und B 18. Was überrascht euch? Nennt Erklärungen für diese Ergebnisse.

► Sammelt in Gruppenarbeit Ideen, wie ihr selbst eine Gedenkstätte zum Unrecht in der DDR gestalten würdet. Was müsste thematisiert werden? Welches Ziel würdet ihr mit der Gedenkstätte verfolgen? Welche Ausstellungsgegenstände oder weitere Medien wären euch wichtig?

C • Oppositionsgruppen in der DDR: Das Beispiel Leipzig

Materialien C 1–C 9

C 1 Oppositionelle Gruppen in der DDR



Beide Fotos: Archiv Bürgerbewegung Leipzig/Christoph Motzer



Ende der 1970er Jahre entwickelt sich in der DDR eine unabhängige und oppositionelle Friedensbewegung. Hauptgründe für ihre Entstehung sind die Stationierung von SS-20-Atomraketen in der DDR und Pershing II bzw. Cruise Missiles in der Bundesrepublik. Die Friedensbewegung wendet sich aber auch gegen die zunehmende Militarisierung der DDR-Gesellschaft. Vor allem innerhalb der evangelischen Kirche bilden sich Gruppen, die auch überregionale Aktionen planen und durchführen.

Der Soziale Friedensdienst (SoFd) ist ein von evangelischen Christen in der DDR geforderter Ersatzdienst, der eine zivile Möglichkeit der Wehrdienstverweigerung schaffen soll (Bild links).

In den 1980er Jahren lässt sich auch in der DDR die Umweltverschmutzung nicht mehr verschweigen. In Leipzig kümmert sich eine oppositionelle Umweltgruppe vor allem um die Pleiße (Bild rechts).

Initiativgruppe Leben – Leipzig, Januar 1989

Die Initiativgruppe Leben ist eine basisdemokratische Arbeitsgruppe. In unserer Gruppe arbeiten Menschen unterschiedlicher Weltanschauung an den brennenden Fragen unserer Zeit.

Unser Anliegen: Mit den gegebenen Möglichkeiten in der DDR eine breite Öffentlichkeit für die aktuellen Themen des Friedens, der Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung zu sensibilisieren und zu einer Initiative zu aktivieren. Dabei versuchen wir das Spektrum der Handlungsmöglichkeiten in unserer Gesellschaft voll zu nutzen.

Im Sommer 1987 begann die anfangs kleine Gruppe mit ihrer Arbeit. Entmilitarisierung der Gesellschaft, Sozialer Friedensdienst, Wehrdienstverweigerung waren die ersten Themen der jungen Leute. Selbsterlebtes und Schilderungen ihrer Mitmenschen über die Zustände verschiedener Einrichtungen, angefangen von der Kinderkrippe (...) bis hin zur Armee wurden gesammelt und ausgewertet. Alternativen wurden durch die Gruppe angeregt und Wege vorgeschlagen, die eine Entmilitarisierung der Gesellschaft ermöglichen.

Seit Jan. 88 trat die Gruppe mit ihren Arbeiten mehr in Erscheinung. Sie gestaltete Informationsabende zum Thema Sozialer Friedensdienst und Wehrdienstverweigerung in verschiedenen Kirchen der Stadt (...). Nach einer Baumbepflanzung auf den Halden des Leipziger Braunkohleabbaugebietes organisierte die Gruppe zum Umwelttag am 5. Juni den »Ersten Pleiße-Gedenkumzug«, zu dem sie mit Flugzetteln in der Stadt Leipzig aufrief. 240 Bürger der Stadt trauten sich, dem Aufruf zu einer nicht genehmigten Demonstration zu folgen, bei der man schweigend gegen die Verschmutzung der Pleiße demonstrierte (...).

Ebenfalls im Januar dieses Jahres organisierten Mitglieder der Initiativgruppe die Demonstration zum 70. Todestag Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts in Leipzig, zu der sich etwa 700 Menschen auf dem historischen Markt der Stadt versammelten. Die Demonstration galt den schon von Luxemburg und Liebknecht eingeforderten Rechten der Meinungsfreiheit, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit und der Pressefreiheit. Ziel war es, einerseits das einseitige Geschichtsbild über die beiden Arbeiterführer aufzubessern, andererseits in aller Öffentlichkeit und gemeinsam mit diesen Vorbildern die zugesicherten Verfassungsrechte, die noch immer durch das Strafgesetz weitestgehend eingeschränkt sind, von den Machthabenden einzufordern.

Archiv Bürgerbewegung Leipzig

Archiv Bürgerbewegung Leipzig



Hier wird auf einem Flugblatt aus dem Jahr 1983 gezeigt, was ökologische Fragen mit dem christlichen Glauben zu tun haben und was der Einzelne durch seine Lebensweise zu einer überlebensfähigen Umwelt beitragen kann. Durch christliche Symbole wie die Taube mit dem Ölzweig (Arche Noah) wird die Verbindung zur Bibel und damit zu einem von der staatlichen Ideologie abweichenden Wertesystem hergestellt.

Initiativgruppe Leben (Ökologie)

Gründungstag: 2. November 1988, Leipzig
Ziele: Bewahrung der Schöpfung

- Alternativmöglichkeiten für die Bevölkerung (Info.mat.)
- Aktivitäten speziell für Leipzig
- Gemeindeabende mit Schwerpunkt auf ihre spezifischen Standorte
- konstruktive Zusammenarbeit mit Behörden
- aktive Hilfe durch Mitarbeit (Baumpflanzaktionen, Flussbereinigung)
- Solidarisieren mit anderen Umweltgruppen

- Solidarisieren bei Aktivitäten anderer Gruppen für die gemeinsame Sache – Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung
- Solidarität bei persönl. Aktivitäten von Gruppenmitgliedern (auch wenn sie nicht für den »richtigen« Weg erachtet werden)

Weitere Gruppen in der IGL:

- Sozialer Friedensdienst/Wehrdienstverweigerung (SoFd)
- Rumänien
- Perestroika

Archiv Bürgerbewegung Leipzig, 2.2.22

Arbeitsgruppe Umweltschutz

»Im Zusammenhang mit den gerade im Raum Halle-Leipzig verheerenden Folgen unseres gewalttätigen Umgangs mit der Natur wird in einer weiteren These unser radikales Umdenken bezüglich unserer persönlichen und gesellschaftlichen Zielsetzung gefordert. Und hier geht es an's Eingemachte. Da reicht es nicht, Forderungen nach Schließung vom Braunkohleveredlungswerk Espenhain oder Bauverzicht eines Kernkraftwerkes im Raum Leipzig zu stellen, wenn wir dagegen nicht bereit sind, auch fühlbar die Folgen eines solchen Umdenkens zu übernehmen. Wer von uns würde denn wirklich beitragen, gesunde Wälder etwa durch Verzicht auf private Kraftfahrzeugbenutzung oder Einfrierung unseres Wohlstandes auf dem gewiss nicht geringen Niveau von heute zu ermöglichen. Beides – so die Fachleute aus Ost und West – ist nebeneinander nicht mehr zu haben. Wir müssen uns entscheiden: Weiter auf Kosten der Zukunft unserer Kinder und der erschreckenden Verarmung von Millionen Menschen auf der Südseite der Welt der programmierten Zerstörung entgegenschreiten

Archiv Bürgerbewegung Leipzig 2.1.15

Sozialer Friedensdienst

Offener Brief der Initiativgruppe Leben (IGL) an die Gemeinden vom Februar 1989:

Die Leipziger IGL [Initiativgruppe Leben] beschäftigt sich unter anderem mit dem Problem der Schaffung eines sozialen Friedensdienstes in der DDR. Wir finden es sehr wichtig, dass eine breite Öffentlichkeit, d. h. angehende Wehrpflichtige, Frauen der jeweilig zum Wehrdienst Aufgerufenen, aber auch Wehruntaugliche und vom Wehrdienst Entlassene zu dem Thema des sozialen Friedensdienstes (SoFd) Einblick gewinnen und sich damit auseinandersetzen können.

Notwendigkeit und Aktualität der Einrichtung des SoFd: Gemäß der verfassungsrechtlich zugesicherten Glaubensfreiheit und Gewissensfreiheit muss es jedem freigestellt sein, einen Dienst zu wählen, der im Einklang mit seinem Glauben und Gewissen steht. (...) Bei jahrelangen positiven Abrüstungsvorschlägen, die von den sozialistischen Staaten ausgegangen sind und teilweise auf Zustimmung westlicher Staaten gestoßen sind, sollte doch der Impuls zur Schaffung eines solchen Friedensdienstes umgesetzt werden. (...) Durch die beidseitige Reduzierung der Truppenstärken wird durch die Einrichtung des SoFds die Gewährleistung der Friedenssicherung und der Einhaltung des militärischen Gleichgewichts nicht beeinträchtigt bzw. untergraben.

Weitere Vorteile ergeben sich, wie die Entschärfung der Personalprobleme im Gesundheitswesen, dessen Härte vor allem die Bewohner von Pflegeheimen trifft, und die Erhöhung des internationalen Ansehens bei der

Archiv Bürgerbewegung Leipzig, 2.02.034

oder die heiligen Kühe des eitlen Fortschritts und der materiellen Besessenheit endlich schlachten. Wir müssen uns entscheiden zwischen einem solidarischen Leben, das allen Menschen gleiches Lebensrecht ermöglichen will, und einer habsüchtigen Wohlstandsorientierung, die rücksichtslos nur die eigenen Interessen verfolgt.«

Aus dem Friedensgebet in der Nikolaikirche im September 1989

Durchsetzung der Menschenrechte in der DDR. (...) Wir arbeiten an diesem Problem, indem wir Material dazu sammeln und ausarbeiten, um damit das Anliegen gegenüber Staat und Kirche vertreten zu können. (...)



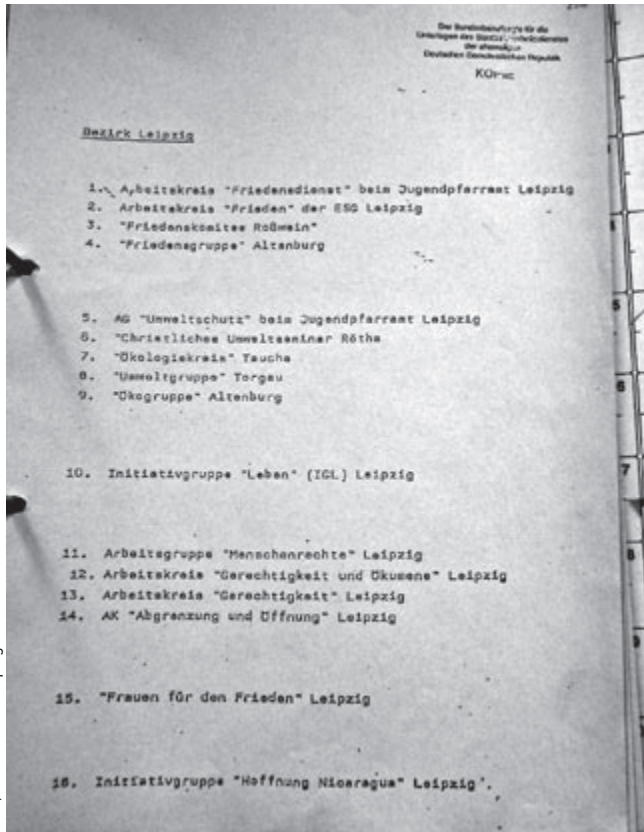
Archiv Bürgerbewegung Leipzig

Die Abbildung – abgedruckt auf einer Einladung zum Friedensgebet in der Leipziger Nikolaikirche – wendet sich gegen die offizielle Darstellung der Nationalen Volksarmee der DDR als »Friedensarmee«.

Arbeitsgruppe Ausreise

Wir, die Arbeitsgruppe Ausreise, gehören zur Initiativegruppe Leben Leipzig (IGL) und sind in Zusammenarbeit mit den anderen Basisgruppen bemüht, aktuelle Probleme öffentlich zu machen. (...) Obwohl wir dieses Land verlassen wollen, fühlen wir uns veranlasst, auf die Ursachen und Folgen der innenpolitischen Stagnation hinzuweisen. Anhand von allgemeiner Information sollen die Probleme

der Entmündigung und von Behördenwillkür thematisiert werden. Des Weiteren bietet die Arbeitsgruppe für all jene einen Anlaufpunkt, die aufgrund von politischer Aktion oder wegen ihres Ausreisegesuches massiven Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind. Dieses bezieht sich auf die Auswirkungen von staatlichen Übergriffen, Reise- und Aufenthaltsverboten sowie der politischen Wehrdienstverweigerung. Wir hoffen damit zur breiteren Solidarisierung progressiver Kräfte innerhalb der DDR beizutragen.



Ein Untersuchungsbericht der Stasi listete für den Bezirk Leipzig folgende oppositionelle Gruppen auf:

1. Arbeitskreis »Friedensdienst« beim Jugendpfarramt Leipzig
2. Arbeitskreis »Frieden« der ESG Leipzig
3. »Friedenskomitee Roßwein«
4. »Friedensgruppe« Altenburg
5. AG »Umweltschutz« beim Jugendpfarramt Leipzig
6. »Christliches Umweltseminar« Rötha
7. »Ökologiekreis« Taucha
8. »Umweltgruppe« Torgau
9. »Ökogruppe« Altenburg
10. Initiativegruppe »Leben« (IGL) Leipzig
11. Arbeitsgruppe »Menschenrechte« Leipzig
12. Arbeitskreis »Gerechtigkeit und Ökumene« Leipzig
13. Arbeitskreis »Gerechtigkeit« Leipzig
14. AK »Abgrenzung und Öffnung« Leipzig
15. »Frauen für den Frieden« Leipzig
16. Initiativegruppe »Hoffnung Nicaragua« Leipzig

ARBEITSAUFTRÄGE ZU C 1

■ Bildet Gruppen in der Klasse. Arbeitet anhand der Fotos und Texte heraus, in welchen politischen Bereichen sich die Oppositionsgruppen engagierten. Bearbeitet in eurer Gruppe jeweils eine der folgenden Oppositionsgruppen: »Arbeitsgruppe Umweltschutz«, »Sozialer Friedensdienst«, »Initiativegruppe Leben (Ökologie)«. Geht nach folgenden Kriterien vor:

1. Listet die Missstände in der DDR auf, die kritisiert werden.
2. Welche Ziele der Oppositionsgruppen sind erkennbar?
3. Wie sollen diese Ziele erreicht werden?
4. Beschreibt das Verhältnis zwischen staatlichen Behörden und der jeweiligen Oppositionsgruppe.
5. Wie sieht sich die Oppositionsgruppe selbst? Was motiviert ihre Mitglieder?

■ Begründet, wie sich die »Arbeitsgruppe Ausreise« von den anderen oppositionellen Gruppen unterscheidet.

■ Lest den Text der »Initiativegruppe Leben« (IGL) vom Januar 1989 und beschreibt das Selbstbild der Gruppe. Wie definiert die Gruppe ihre Aufgaben? Beschreibt die Entwicklung, die es zwischen 1987 und 1989 gegeben hat. Teilt diese Phase zeitlich ein und ordnet Ziele, Aktionen und Veränderungen einander zu.

■ Zieht nun die Auflistung des Ministeriums für Staatssicherheit hinzu. Was fällt euch bei den Themen, den kirchlichen Bezügen und bei der Anzahl der Gruppen auf? Gebt Schätzungen darüber ab, wie viele aktive Teilnehmer in den Gruppen engagiert waren.

C 2 Katrin Hattenhauer: »Als ich zwanzig war ...«



Katrin Hattenhauer, geb. 1968, lebt als freie Künstlerin mit Mann und Sohn in Berlin und Pella (Italien).

1988 Studium am Theologischen Seminar Leipzig. 1989 Ausscheiden auf staatlichen Druck. Mitglied der Oppositionsgruppe »Arbeitskreis Gerechtigkeit« in Leipzig. Mitorganisation des illegalen Straßenmusikfestivals 1989 in Leipzig

und Mitgestaltung der Friedensgebete in der Nikolaikirche. Zusammen mit Gesine Oltmanns Plakataktion »Für ein offenes Land mit freien Menschen« auf dem Nikolaikirchhof, 4. September 1989. Mit ihren Plakaten tragen Katrin Hattenhauer und Gesine Oltmanns den Protest aus der Kirche in die Öffentlichkeit. Die Aktion spielt eine Schlüsselrolle bei der Entstehung der Montagsdemonstrationen in Leipzig 1989. Verhaftung am 11. September 1989. 70.000 Menschen zwingen am 9. Oktober auf Leipzigs Straßen die Diktatur zum Rückzug und erkämpfen damit auch die Freiheit der im Gefängnis Inhaftierten. Mitbegründerin des Archivs Bürgerbewegung Leipzig.

Mit der Friedlichen Revolution entscheidet sich Katrin Hattenhauer, Künstlerin zu werden. Ihre Werke werden in internationalen Ausstellungen gezeigt, sie selbst macht Kunstworkshops mit Jugendlichen unter dem Titel »Freiheit wagen«. In zahlreichen Diskussions- und Fernsehbeiträgen äußert sie sich zu Themen der Friedlichen Revolution in der DDR und zur inneren Einheit Deutschlands.

Ich kann nicht sagen, dass ich mit 20 Jahren die Einheit Deutschlands gefordert hätte, dass dies mein Ziel gewesen wäre. Ich bin 1968 im schon geteilten Deutschland auf der Ostseite geboren worden. Dass es einmal eine andere Zeit gegeben hatte, kannte ich nur aus Erzählungen meiner Mutter (...). In der jungen Opposition der DDR der 80er Jahre in Leipzig und Berlin habe ich niemanden kennengelernt, der die Einheit Deutschlands forderte.

Ich wollte einen ehrlichen Staat, dessen Regierung wirklich frei gewählt ist, der seine Bürger nicht belügen muss, was seine wirtschaftliche Lage angeht. Ein Land, auf das man stolz sein kann, ein freies Land, in dem man freiwillig bleiben will. Ein Land, in dem man glauben kann, an was man will – auch an Gott, ohne Nachstellung, Überwachung und Strafe. Ein Land, in dem ich studieren kann, weil ich gut bin in einer Sache, auf einem Gebiet, und nicht weil ich »Beziehungen« habe. (...)

Ich war noch sehr jung und hatte keine ganz konkreten Vorstellungen von einem »neuen Staat«. Ich war keine Politikerin, aber ich begriff, was falsch war, und ich hatte Vorschläge und Ideen. Wir wussten nicht auf alles eine Antwort, aber wir stellten zu dieser Zeit, glaube ich, die richtigen Fragen (...). Alles, was ich damals unternommen habe, habe ich vor allen Dingen getan, weil ich an die Richtigkeit meines Anliegens und meines Handelns glaubte, nicht weil ich schon alles hätte absehen können, was daraus für mich und andere folgen würde. Ich glaubte fest, dass es richtig ist, die eigenen Überzeugungen in die Tat umzusetzen und sie mit anderen zu teilen. Ich glaubte, als Christ handeln zu müssen, auch wenn ich mich damit im Gegensatz befand zur Mehrheit der Menschen in dem Land, in dem ich lebte (...).

Ich hatte sehr gute Freunde und mein soziales Netz, in dem ich aufgegangen war. Das war zum damaligen Zeitpunkt eher in Leipzig (...) in der Gruppe »Gerechtigkeit«. (...) In dieser Gruppe waren Jochen [Läßig], Gesine Oltmanns und ich immer ein Teil. Im letzten Jahr, also 1989, gab es viele Diskussionen und Auseinandersetzungen in der Gruppe. Egal, worum es ging, ich weiß noch, dass wir drei fast immer einer Meinung waren (...). Die Meinungen über Aktionen und Vorgehensweisen waren vielfältig und konträr, Streit war normal, und doch blieb die Gruppe zusammen. Wir hatten eben ein gemeinsames Ziel. (...)

Wir hatten eben die Idee, wir könnten einen Beitrag leisten, damit das System in sich zusammenfällt. Niemand hat damals gedacht, dass es wirklich so schnell gehen könnte. Wir waren uns einig, dass wir das System mit unseren Aktionen stören, dass wir gegen Eingesperrtsein, Bevormundung und Lüge etwas sagen, Menschen in Bewegung setzen wollten. (...) Dabei befanden wir uns eigentlich längst außerhalb des kirchlichen Schutzraums. Ich gehörte zu den wenigen, die das noch nicht begriffen hatten und auch nicht akzeptieren wollten. Was unsere Aktionen anging, so waren sie nicht im Sinne der Kirche und auch nicht mit ihr abgesprochen. Was allerdings den Schutz anging, so wirkte dieser, wenn auch vermindert, vielleicht, bis zuletzt.

Katrin Hattenhauer: Leben im Widerstreit, in: Niels Beckenbach (Hrsg.): Fremde Brüder. Der schwierige Weg zur Einheit, Berlin 2008, S. 27 f.

C 3 Warum Leipzig?

Archiv Bürgerbewegung Leipzig/Siebert Schefke



Ein maroder Häuserblock steht für die Traurigkeit der sterbenden DDR. Entlang der Protokollstrecken waren die Häuser angestrichen, ansonsten war aber die Bau- substanz so marode wie der Staatsapparat und seine Finanzen. Das Foto zeigt eine Straße in Leipzig-Ost im Jahr 1988. Der Zustand der Häuser bildete dort keine Ausnahme.

Das politische Geschehen des Septembers [1989] verdichtete sich exemplarisch in Leipzig. Die größte Stadt der DDR nach dem Torso Ost-Berlin war architektonisch, ökologisch und sozial heruntergekommen. (...) Altes und Zugefügtes boten ein Bild der Verrottung und der Ausbeutung gewachsener Kultur. Sinnfällig war dies in Leipzig – wie in allen Städten – am Verfall der Altbausubstanz. Dieser hatte solche Ausmaße angenommen, dass das jahrzehntelang propagandistisch hochgespielte Wohnungsbauprogramm der SED mit den Einheitsplattenbauten die Verluste an Wohnraum nicht mehr ausgleichen konnte. (...)

Dennoch war Leben in der Stadt, sächsischer Fleiß und ein Schuss Weltoffenheit, die auch die zweimal im Jahr stattfindenden Messen mit sich brachten. Anfang September gab es in Leipzig 5.000 Ausreiseantragsteller, eine höchst aktive Opposition, eine geistig bewegte Pfarrerschaft mit ihren unruhigen Gemeinden, aufmüpfige kulturelle Szenen, eine

massenweise Unzufriedenheit in der Bevölkerung sowie viele verunsicherte Mitglieder der SED. Schon Anfang September kam es zu einem Zusammenwirken von Kirche, Opposition und Bevölkerung. Dem Aufbegehren stand ein intakter Staatsapparat mitsamt einer schlagkräftigen Struktur des MfS gegenüber. Auch das Herrschaftszentrum, die Parteiführung, war entschlossen, der Unruhe Herr zu werden.

Ehrhart Neubert: Unsere Revolution, Piper Verlag, München 2008, S. 100 f.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU C 2–C 3

- ▶ Stellt zusammen, was Katrin Hattenhauer an der DDR kritisiert (**C 2**). Was traute sie sich zu – und woher könnte sie dieses Vertrauen in sich selbst genommen haben?
- ▶ Arbeitet aus dem Text **C 2** heraus, wie eine solche Oppositionsgruppe in der DDR »funktionierte«.
- ▶ Definiert in eigenen Worten, was der Begriff »Schutzraum Kirche« bedeutet. Bezieht dazu auch **C 4** mit ein. Benennt andere Beispiele, wo dieser »Schutzraum« auch heute noch von Bedeutung ist.

- ▶ Diskutiert in Gruppen, welchen Einfluss der Lebenslauf von Katrin Hattenhauer auf ihre Einschätzungen aus dem Jahr 2008 gehabt haben könnte.
- ▶ Erklärt, warum das Aufbegehren gegen die DDR gerade in Leipzig so groß war (**C 3**).
- ▶ Benennt Gründe, warum es die Staatsmacht der DDR nicht geschafft hat, dieses Aufbegehren zu unterdrücken. Bezieht dazu auch **C 6** ein.

C 4 Friedensgebete in der Leipziger Nikolaikirche



Haus der Geschichte, Bonn

Seit September 1982 finden in der Leipziger Nikolaikirche die Friedensgebete statt. Sie erwachsen aus einer Friedensdekade, die 1980 als gemeinsame Protestaktion der Evangelischen Jugendpfarrämter in Ost und West entstanden ist. In Leipzig wird sie 1981 u.a. vom Nikolaipfarrer Christian Führer dauerhaft eingerichtet. Seit 1987 koordiniert Pfarrer Christoph Wonneberger die Friedensgebete in der Nikolaikirche. Die Inhalte der Gebete werden immer politischer. Am 4. September 1989 versuchen Oppositionelle erstmals, nach dem Friedensgebet vor der Kirche einen Demonstrationszug zu bilden. Das Foto zeigt Teilnehmer der Friedensgebete in der Leipziger Nikolaikirche am 30. Oktober 1989.

Zugleich [1981] taten wir genau das, was Jesus von uns fordert. Also: Kirche, auf! Auch für Rand- und Protestgruppen im Lande hieß es von nun an: »Nikolaikirche – offen für alle«. (...) Die Öffnung für die Rand- und Protestgruppen bedeutete zugleich die inhaltliche Öffnung der Kirche. (...) Wenn die Kirche bereit war, den »Elementen« eine Plattform zu geben, dann ging genau von dort für den Staat eine Gefahr aus. (...) Vielerorts fanden sich Menschen in den Kirchen zusammen, um ihrem Protest gegen den Rüstungswahnsinn kundzutun. Bei der Friedensdekade* allein sollte es nicht bleiben. Der Impuls kam von einer der Jungen Gemeinden. (...) »Zehn Tage Gebet im Herbst sind viel zu wenig für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Jede Woche soll Friedensgebet sein.« So entstanden aus der Friedensdekade heraus die Friedensgebete, die seit dem 20. September 1982 jeden Montag in der Leipziger Nikolaikirche stattfinden. Und zwar bis heute. (...)

Die Friedensgebete unterlagen keinem festen Konzept. (...) Grundsatz war und ist, dass jede persönliche oder gesellschaftliche, jede lokale oder globale Not im Gebet vor Gott gebracht und vor Menschen öffentlich gemacht werden kann. Die politische Lage in jenen Tagen war überaus beängsti-

gend. »Wenn die Irren weiter aufrüsteten«, formulierte einer die Angst aller, »dann drücken die Sowjets schon beim Anflug einer Herde Wildgänse auf den roten Knopf.« (...) Durch die wachsende Popularität der wöchentlichen Friedensgebete in St. Nikolai, durch die Mundpropaganda, ihre Inhalte betreffend, fanden sich bald die meisten Menschen in der Nikolaikirche zusammen. (...) Praktisch hieß dies zum Beispiel, gegen Diskriminierung im eigenen Lande, gegen die Entmündigung in der schulischen Erziehung, gegen die Militarisierung des Landes anzugehen. Weil unsere Themen so vielfältig waren, kümmerten sich verschiedene Gruppen um die Gestaltung der Friedensgebete. Es begann mit der AG Friedensdienst. (...) Es folgten »Hoffnung für Nicaragua«, einige Umweltgruppen und andere Gruppierungen. (...) Das jeweilige Friedensgebet war das Podium der Gruppe, um ihrem Anliegen Gehör zu verschaffen.

Christian Führer: Und wir sind dabei gewesen. Die Revolution, die aus der Kirche kam, 2. Aufl., Berlin 2009, S. 116 ff.

* Friedensdekade: ökumenische Friedenswoche, die zehn Tage vor dem Buß- und Betttag umfasst.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU C 4–C 6

- Erklärt den Begriff »Friedensgebet« (C 4). Woraus hat sich der Begriff entwickelt?
- Wie bewertet der damalige Pfarrer der Nikolaikirche Christian Führer rückblickend die Friedensgebete?
- Charakterisiert die Besonderheiten eines Friedensgebetes (C 5). Wie analysiert Jochen Läßig die Situation in der DDR im Jahr 1988? Welche Konsequenzen will er ziehen?
- Benennt Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Einschätzungen von Jochen Läßig (C 5) und von Katrin

Hattenhauer (C 2). Bedenkt dabei, dass die beiden Aussagen mit dem Abstand von zwanzig Jahren geschrieben wurden!

- Welche Rolle spielten die Oppositionellen für die Westmedien (C 6)? Und welche Rolle spielten wiederum die Westmedien für die Oppositionellen in der DDR?
- Recherchiert im Internet das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens. Erklärt, was die »chinesische Lösung« für die DDR-Proteste bedeutet hätte.

C 5 Ein Friedensgebet

Jochen Läßig, geb. 1961 in Schlema/Erzgebirge, lebt heute in Leipzig und ist Rechtsanwalt. In Halle, wo er Theologie studierte, wurde er exmatrikuliert. Seine Studien setzte er am Theologischen Seminar in Leipzig fort. Im Januar 1988 beteiligte er sich an einer Demonstration anlässlich des Rosa-Luxemburg-Gedenktages unter dem Motto »Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden«. Daraufhin wurde er für eine Woche inhaftiert.

Jochen Läßig arbeitete in mehreren Oppositionsgruppen mit, darunter im »Arbeitskreis Gerechtigkeit«. Er gestaltete Montagsgebete und war Mitorganisator des Straßenmusikfestivals

in Leipzig am 10. Juni 1989. Nach der friedlichen Revolution war er Mitbegründer des Neuen Forums in Leipzig, von 1990 bis 1999 für Bündnis 90/Die Grünen im Leipziger Stadtrat und Kandidat bei den Oberbürgermeisterwahlen. Parallel dazu studierte er Jura. Er wurde Parteimitglied bei der SPD.

Friedensgebet vom 11. April 1988, Nikolaikirche, Leipzig: Auslegung von Amos 3,9-12 von Jochen Läßig:

Zwei wesentliche Aussagen macht dieser Amos. Er beschreibt zunächst den Zustand der Gesellschaft, die politische Situation, in der das Land sich nach seiner Sicht befindet: »Seht, welch großes Zetergeschrei und Unrecht in Samaria ist, die Herrschenden achten kein Recht und sammeln Schätze von Frevel und Raub in ihren Palästen.« Zum zweiten sagt er etwas über die Zukunft des Landes – nichts Optimistisches: Der Untergang wird angesagt, Invasion und Plünderung. Der Landwirt Amos stand in seiner Zeit allein, andere wollten das nicht sehen, was doch eigentlich auf der Hand lag. (...)

Wir wollen aber nicht in dieser fernen Zeit verweilen, vielmehr lade ich Sie ein, mit dem Blick des Amos in unsere Zeit zu sehen, in dieses Land. (...) Die Analyse unserer gesellschaftlichen Probleme wird freilich anders aussehen als die des Amos. Unsere politische Führung ist ja mit dem positiven Anspruch angetreten, das große Unrecht zu beseitigen, den Unterschied zwischen Arm und Reich. Trotzdem stehen wir heute in einer Situation, die einen mehr als bedenklich stimmen muss. Die Herrschenden haben das Volk nicht hinter sich, zumindest nicht in ausreichendem Maße. Abwechselnd mit Zuckerbrot und Peitsche versucht sich die Führung ihrer Gefolgschaft zu versichern, aber es scheint nicht so recht gelungen zu sein. Verantwortungslosigkeit ist die allgemeine Haltung der Verantwortlichen, Distanz zu unserem Staat und Gleichgültigkeit beherrscht den Rest. Und ihr, die ihr dieses Land verlassen wollt, steht ja nicht einmal in so starkem Gegensatz zu den Anderen, sondern ihr treibt nur etwas auf die Spitze. Ihr seid in gewissem Sinne konsequenter als die, die bleiben, aber auch nichts mehr einsetzen wollen, sich nicht für die Zukunft dieses Landes engagieren, eben nur ihre Ruhe und ihr privates Glück suchen.

Die Situation ist besorgniserregend. Manchmal komme ich in die Versuchung, mit Schadenfreude auf die innere Bedrohung, die Aushöhlung unseres Landes zu blicken, einfach deshalb, weil ich selbst schon die Macht des

Staates zu spüren bekommen habe. Stärker aber (...) ist meine ehrliche Trauer (...) über den bisher gescheiterten Versuch des Sozialismus, Trauer über die missglückte Alternative zu der alles beherrschenden Macht des Geldes. Nein, ich wünsche keine Zuspitzung der Probleme hier im Land, ich sehne keinen Zusammenbruch herbei. (...)

Ich erwarte keine Abdankung der Herrschenden, keine grundsätzliche Systemänderung. Eines halte ich allerdings für unabdingbar und in einer Situation, in der unsere Zukunft verschiedenen Bedrohungen ausgesetzt ist, für völlig normal. Ich erwarte, dass wir in nächster Zukunft offen über alles reden können, ich hoffe, dass unsere Medien uns nicht länger hinters Licht zu führen suchen, so dass wir uns in Zukunft auch über die eigenen Sender informieren und dort unsere Probleme zur Sprache bringen können. Ich erwarte auch, dass der Mitarbeit von kritisch eingestellten Bürgern in Zukunft nicht mehr so viel Misstrauen entgegengebracht wird wie bisher. Der Prophet Amos hat sich in seiner Zeit damit begnügt, den Untergang, der ihm unabwendbar schien, vorzusagen. Wir sollten weitergehen und über Umkehr nachdenken, über eine Umgestaltung, die den drohenden Zusammenbruch, den Niedergang verhindern kann ...

Jochen Läßig, Leipzig – verantwortlicher Pfarrer: Christoph Wonneberger



Seit 1980 das Symbol der Abrüstungsinitiativen und der Friedensbewegung in der DDR: Schwerter zu Pflugscharen.

C 6 Das Wunder von Leipzig: Die Macht der Fernsehbilder



picture alliance/dpa

»Wir wollen keine Gewalt! Wir wollen Veränderungen!« ist auf einem Transparent zu lesen, das Demonstranten bei der Montagsdemonstration am 9. Oktober 1989 in Leipzig mit sich führen. Mehr als 70.000 Menschen nehmen an dem Protestmarsch teil. Die Staatsmacht greift nicht, wie von vielen Seiten befürchtet, mit Gewalt ein. Das Ende des Staates DDR nimmt seinen friedlichen Anfang.

Mit dem aufkeimenden Widerstand in der Bevölkerung wachsen in der DDR Ende der 80er Jahre die ohnehin schon strengen Auflagen für ausländische Journalisten, allen voran für Medienvertreter aus der Bundesrepublik. Aus Angst vor staatskritischer Berichterstattung werden immer seltener Drehgenehmigungen erteilt, schließlich sind die Fernsehsender ARD und ZDF auch in den meisten DDR-Haushalten problemlos zu empfangen. Die westdeutschen Medien sind somit auf Oppositionelle angewiesen.

Seit 1987 berichtet der Journalist und Kameramann Siegbert Schefke mit dem Fotografen Aram Radomski aus der DDR. Sie machen illegale Fotos und Filme von den Missständen im Land – von den gravierenden Umweltzerstörungen, dem Verfall der historischen Städte oder der aufrührerischen Skinhead-Szene. Das Equipment besorgt ihnen der ausgebürgerte Regimekritiker Roland Jahn, der inzwischen beim Sender Freies Berlin arbeitet. Diplomaten oder Bundestagsabgeordnete, die beim Passieren der Grenze in Berlin nicht durchsucht werden, schmuggeln das brennende Material nach Westberlin.

Gedreht wird mit Methoden, die auch das Ministerium für Staatssicherheit anwendet: Die Kamera liegt meist in einer durchlöchernten Aktentasche oder ist in ein Handtuch gewickelt. Bis Mitte 1989 liefern Schefke und Radomski rund dreißig TV-Beiträge in den Westen. Ihre illegale Reporterarbeit ist riskant: Wegen »Agententätigkeit« könnten sie nach DDR-Gesetzen bis zu zwölf Jahre Haft bekommen. Für den Fall ihrer Verhaftung filmen sie Selbstporträts und deponieren sie in Westberlin. Sie sollen im Notfall gesendet werden, damit die Öffentlichkeit von ihnen erfährt.

Die Stasi ist ihnen dicht auf den Fersen. Mehrfach werden sie verhört. Allein auf Schefke sind rund zwei Dutzend Spitzeln angesetzt. Unmittelbar vor den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Staatsgründung der DDR wird er am 5. Oktober 1989 unter Hausarrest gestellt. Gleich vier Stasi-Leute schieben vor seiner Wohnung im Prenzlauer Berg rund um die Uhr Wache. Dennoch gelingt es ihm, sich am Vormittag des 9. Oktobers nach Leipzig abzusetzen, um dort von der Montagsdemonstration zu berichten.

Schefke flieht übers Dach, nachdem er vorher mehrere Zeitschaltuhren für Lampen und das Radio eingestellt hat, um so Leben in seiner Wohnung vorzutäuschen. Radomski wartet ein paar Häuser weiter im Trabi auf ihn. Bevor sie auf die Autobahn fahren, wechseln sie noch mehrfach die Autos. Auf ihrer Fahrt werden sie immer wieder von Militärfahrzeugen überholt. Ihre Angst wächst. Sie wissen um das Gerücht, dass die Staatsmacht in Leipzig ein Exempel statuieren möchte, um die Proteste im Land einzudämmen. Von einer »chinesischen Lösung« ist die Rede, einem Massaker wie auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking.

In Leipzig angekommen, suchen sie sich als Aufnahmestandort zunächst einen vom Treppenhaus zugänglichen Balkon eines Hochhauses in der Nähe des Hauptbahnhofs. Doch der Hausmeister warnt sie. Die Stasi sei überall. Die Zeit drängt, immer mehr Sicherheitskräfte bevölkern die Innenstadt. Schützenpanzerwagen und Wasserwerfer fahren auf. Die Staatsmacht rüstet zum Bürgerkrieg. Auf der Suche nach einem geeigneten Platz entdecken Schefke und Radomski schließlich den Turm der Reformierten Kirche. Sie klingeln bei Pfarrer Hans-Jürgen Sievers, dem sie noch nie zuvor begegnet sind. Der überlegt nicht lange und lässt sie hinauf auf den Turm.

Von dort aus beobachten und filmen sie, wie immer mehr Menschen in die Innenstadt strömen, der unerwartete Ansturm lähmt den Handlungswillen der Sicherheitsorgane. Auf bis zu 30.000 Demonstranten hat man sich in den Kommandozentralen eingestellt. Doch der Protestzug ist mehr als doppelt so groß. 70.000 Menschen ziehen mit Kerzen in der Hand durch die Innenstadt und rufen immer lauter die Parole »Wir sind das Volk, wir sind das Volk«.

Insgesamt halten Schefke und Radomski 16 Minuten der friedlichen Demonstration fest. Sie wissen um die Sprengkraft ihrer Aufnahmen. Aus Angst vor den Sicherheitskräften wagen sie sich erst spät am Abend vom Kirchturm herunter. In einem nahe gelegenen Hotel stecken sie die brennende Fracht in der Drehtür Ulrich Schwarz zu. Der Leiter des Ostberliner »Spiegel«-Büros hätte die DDR-Hauptstadt wie alle Westreporter eigentlich gar nicht verlassen dürfen. Noch in der Nacht schmuggelt Schwarz die VHS-Kassette nach Westberlin – in seiner Unterhose.

Jens Bauszus: »Friedliche Revolution: Das Wunder von Leipzig«, FOCUS Online vom 9. Oktober 2009

C 7

Was ist Freiheit?

Harald Hauswald



Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur die Freiheit des anders Denkenden. Nicht wegen des Fanatismus der »Gerechtigkeit«, sondern weil all das Belehrende, Heilsame, Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die »Freiheit« zum Privilegium wird.

Rosa Luxemburg, 1920. Die Begründerin der KPD wurde zwar für die Propaganda der DDR-Führung instrumentalisiert, zentrale Losungen wie die hier abgedruckte spielten aber auch eine große Rolle in den oppositionellen Gruppen der DDR.

Freiheit ist abhängig von dem durch die jeweiligen Produktionsverhältnisse bestimmten System der politischen Organisation der Gesellschaft. (...) Die bürgerliche Freiheit ist vor allem die Freiheit für die Bourgeoisie, der besitzenden und herrschenden Klasse, die Arbeiterklasse und andere Werktätige auszubeuten, zu beherrschen und ihre eigenen Bedürfnisse und Interessen zu befriedigen. Die organisierte Arbeiterklasse kämpft ständig darum, bestimmte Freiheiten im Rahmen der bürgerlichen Demokratie zu erzwingen bzw. zu erhalten. Die Bourgeoisie benutzt den Begriff der Freiheit ständig, um die Werktätigen und besonders die Jugend irrezuführen. So finden sich z. B. heute in fast allen Verfassungen der kapitalistischen Staaten Bestimmungen über die Gewährleistung von Meinungs-,

Informations-, Versammlungs- und anderen »Freiheiten«. Diese Rechte werden jedoch allen Bürgern gleichermaßen nur formal zugestanden. Sie erweisen sich in Wirklichkeit vor allem als Freiheit für die herrschende Klasse, weil diese über die wichtigsten Massenmedien verfügt. (...) Dagegen haben tatsächlich Hunderttausende Jugendliche die »Freiheit«, ohne Arbeit und Beruf zu sein.

Erst der Übergang zum Sozialismus schafft mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Herstellung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die Bedingungen für die wirkliche Freiheit der Arbeiterklasse und anderen Werktätigen. (...) Auch im Sozialismus besteht die Freiheit nicht in einer eingebildeten Unabhängigkeit von der Gesellschaft, sondern kann sich nur in der aktiven und bewussten Teilnahme an der Entwicklung der Gesellschaft und der Vertiefung der Freiheit der ganzen Gesellschaft entfalten. (...) Freiheit der Persönlichkeit ist immer eingebettet in die Freiheit der Gemeinschaft.

Meyers Jugendlexikon Philosophie, hrsg. von Frank Fiedler und Günter Gurst, Leipzig 1979, S. 75 f.

Die Freiheit, eine Wahl zu haben. Nicht nur etwas, was der Staat für seine Bürger regeln muss, nämlich dass der Bürger sich frei bewegen kann, sondern auch, dass er ihm eine gedankliche Freiheit und eine Entwicklungsfreiheit ermöglicht. Tatsächlich die Freiheit, der werden zu können, der du werden willst. Auch wenn man das nicht immer schafft in seinem Leben, möchte man zumindest die Freiheit haben, diesen Versuch antreten zu können. Das war vielleicht das Wichtigste, das mir in der DDR gefehlt hat. Selbst im privaten Alltag wurde zum Beispiel vorgegeben, was du anziehen musst, denn es gab nur eine beschränkte Auswahl. Du wurdest aber nicht nur bevormundet, sondern bestraft, wenn du nicht getan hast, was von dir erwartet wurde. Mich interessiert nicht, ob ich immer alles kaufen kann. In meiner persönlichen Entwicklung, in meinen Gedanken, in dem, was ich machen will, da muss ich frei sein.

Katrin Hattenhauer auf die Frage: »Was bedeutete Freiheit damals (1989) für dich?«

ARBEITSAUFTRÄGE ZU C 7

- Überlegt, was junge Menschen in der DDR dazu bewogen haben könnte, sich solch ein Tattoo machen zu lassen, wie es auf dem Foto zu sehen ist.
- Recherchiert die Biographie von Rosa Luxemburg. Erläutert dann, warum ihr »die Freiheit des anders Denkenden« so wichtig war.
- Das offizielle DDR-Jugendlexikon kritisiert die »bürgerliche Freiheit«. Ist diese Kritik stichhaltig?

- Was versteht die DDR-Oppositionelle Katrin Hattenhauer unter Freiheit? Inwiefern waren die Bedingungen für ihre Freiheit in der DDR nicht gegeben?
- Arbeitet die Unterschiede zwischen dem offiziellen Freiheitsbegriff der DDR und dem Freiheitsbegriff von Katrin Hattenhauer heraus. Welche Rolle nimmt der Staat bei der Verwirklichung dieser Freiheit ein? Welche Rolle kommt dem Individuum zu?

C 8 Resistenz – Opposition – Widerstand



DDR-Polizisten, mit Schlagstöcken, Hunden und Schilden bewaffnet, stehen am 7. Oktober 1989, dem 40. Jahrestag der DDR, in der Nähe der Nikolaikirche in Leipzig einer Gruppe Demonstranten der DDR-Bürgerbewegung gegenüber. Einzelne Demonstranten werden aus der Gruppe heraus abgeführt.

picture-alliance/ZB

Unter **Opposition** versteht man die bewusste Haltung, sich der politisch-ideologischen Norm (hier der DDR) zu verweigern. Diese Weigerung kann verschieden intensive und damit auch unterschiedlich gefährliche Stufen einnehmen. Opposition beginnt schon beim Alltagsverhalten, indem sich der Einzelne der Vereinnahmung durch die Machthaber entzieht, etwa wenn sich jemand im Fall der DDR weigerte, sein Kind zu den Pionieren zu schicken oder an der Jugendweihe

teilnehmen zu lassen, wenn jemand nicht an der Parade zum Ersten Mai teilnahm oder aber anstatt die Stimme offen abzugeben, die Wahlkabine nutzte. Der Betreffende signalisierte dadurch den Machthabern: »Ich bin für euch nicht verfügbar.« Er zeigt ein widerständiges Verhalten.

Die hier behandelten Oppositionellen gingen aber über diese **Resistenz** hinaus, indem sie sich in **organisierter Form** verweigerten. In Friedens-, Umwelt- oder Frauengruppen formulierten sie Kritik am staatlichen System, stellten politische Forderungen auf wie die nach Meinungsfreiheit und machten diese zunächst im »Schutzraum« der Kirche, dann auf der Straße öffentlich. Die meisten Veränderungsvorschläge bezogen sich aber auf Verbesserungen innerhalb des sozialistischen Systems. Eine aktive Gegnerschaft, die sich gegen das DDR-System richtete und konkrete Veränderungsperspektiven aufzeigte, war hingegen selten. Eine solche aktive Gegnerschaft, die den Systemwechsel zum Ziel hat, wird als **Widerstand** bezeichnet.



7. Oktober 1989: Zwei DDR-Polizisten führen einen Bürgerrechtler ab. Im Hintergrund das Motto der Montagsgebete: »Nikolaikirche – offen für alle«.

picture-alliance/ZB

Nach: Ulrike Poppe: *Widerstand, Opposition, friedliche Revolution*, in: Heidi Behrens u. a. (Hrsg.): *Lernfeld DDR-Geschichte*, Schwalbach/Ts. 2009, S. 93–95

ARBEITSAUFTRÄGE ZU C 8–C 9

- Definiert in eigenen Worten die Begriffe Resistenz, organisierte Opposition und Widerstand. Ordnet jedem Begriff charakteristische Merkmale zu.
- Ordnet die folgenden Personen einer Stufe oppositionellen Verhaltens zu: Katrin Hattenhauer und Jochen Läßig (C 2 und C 5), der Pfarrer der Nikolaikirche Christian Führer (C 4) sowie die Demonstranten in C 8.
- Überlegt weitere historische oder aktuelle Beispiele für die drei Formen oppositionellen Verhaltens.
- Diskutiert, wie sich die Opposition in der DDR vom Widerstand in der Zeit des Nationalsozialismus unterschieden hat.

- Erstellt ein Porträt der Oppositionellen Katrin Hattenhauer (C 9). Im Mittelpunkt dieses Porträts stehen ihre Motive, ihre Vorgehensweise, ihre Ängste und die Auswirkungen ihrer oppositionellen Aktivitäten in der DDR auf ihr Leben.
- Benennt die wichtigsten Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur, die Katrin Hattenhauer anführt. Ergänzt die Liste um eure eigenen Punkte.
- Inwiefern haben sich ihre Hoffnungen auf ein »neues Leben« in einer »Heimat« erfüllt?
- Stellt zusammen, welche Ratschläge Katrin Hattenhauer Jugendlichen gibt. Bewertet diese.

C 9 Rückblick

Katrin Hattenhauer (vgl. C 2) im Jahr 2009 im Rückblick auf ihre Erfahrungen seit dem Fall der Mauer im Jahr 1989:

Frau Hattenhauer, was hat Sie an der DDR am meisten gestört?

Mich hat am meisten gestört, dass ich keine Wahl hatte. Ich konnte nicht entscheiden, ob und was ich studieren möchte, wo und wie ich leben will. Nur die Gedanken waren frei. Ich war in meinem Land eingesperrt und musste diese Diktatur eine demokratische Republik nennen. Wer widersprach, wurde bis ins Privatleben hinein ausspioniert. Wer öffentlich zusammen mit anderen widersprach, wurde bedroht und musste damit rechnen, den relativ großen Käfig DDR gegen die enge Gefängniszelle einzutauschen.

Freiheit heißt, die Wahl zu haben. Es geht um die Freiheit, der werden zu können, der du werden willst. Auch wenn man Ideen nicht immer verwirklichen kann im Leben, möchte man zumindest die Freiheit haben, es zu versuchen. Das war vielleicht das Wichtigste, was mir in der DDR gefehlt hat.

Was hat Sie bewegt, bei der Opposition mitzumachen?

Ich habe als Jugendliche rebellierte gegen Ungerechtigkeiten und die Lügen in diesem Staat und war dadurch »auffällig« geworden. Die Normalität des Erwachsenwerdens, dass man hinterfragt, rebellierte, es besser machen will, war in der DDR nicht erlaubt. Je stärker mich die Behörden stigmatisierten, umso stärker war mein Wille durchzuhalten. Ich hoffte, etwas verändern zu können, die Menschen wachzurütteln, dass sie uns unterstützen und wir in diesem Land Veränderungen erzwingen könnten.

Ich wollte einen ehrlichen Staat, dessen Regierung wirklich frei gewählt ist, der seine Bürger nicht belügen muss. Ein Land, auf das man stolz sein kann, ein freies Land, in dem man freiwillig bleiben will. Ein Land, in dem man glauben kann, an was man will – auch an Gott –, ohne Nachstellung, Überwachung und Strafe.

Wie hat sich die Oppositionsarbeit auf Ihr Leben ausgewirkt?

Ich dachte nicht mehr darüber nach, welchen Beruf ich ergreifen und was ich einmal werden würde. Ich dachte nicht über eine »Laufbahn« nach, sondern nur darüber, ob und wie lange ich noch »draußen« politisch aktiv sein könnte. Wir sprachen darüber, welche Aktionen wir als Nächstes planen, was wir damit erreichen konnten und wie gefährlich eine Aktion werden würde.

Ich wollte mutig sein, sagen, was ich sehe und denke. Ich hatte oft Angst, wurde überwacht, vorgeladen, eingeschüchtert, eingesperrt und mit langer Haftstrafe bedroht. Ich bin in einer Diktatur aufgewachsen, habe meinen Mund aufgemacht und bin ins Gefängnis gegangen. Ich habe keinen Grund, dankbar oder nostalgisch zu sein, wenn ich auf den Staat DDR und seine Gesellschaft zurückblicke. Und doch habe ich im Alter von 20 Jahren Erfahrungen gemacht, die mich stärken, prägen und von denen ich bis zum heutigen Tag profitiere.

Die Erfahrungen in einer Diktatur haben mich anfällig bleiben lassen für jede Art von Ungerechtigkeit. Ich frage direkter und glaube nicht alles. Ich bin dankbar, dass ich die Demokratie mit all ihren Freiheiten, in denen ich heute lebe, nicht für selbstverständlich halte.

Warum sind Sie das Risiko der oppositionellen Arbeit eingegangen?

Alles, was ich damals unternommen habe, habe ich vor allen Dingen getan, weil ich an die Richtigkeit meines Anliegens und meines Handelns glaubte, nicht weil ich schon alles hätte absehen können, was daraus für mich und andere folgen würde. Ich glaubte fest, dass es richtig ist, die eigenen Überzeugungen in die Tat umzusetzen und sie mit anderen zu teilen. Ich glaubte, als Christ handeln zu müssen, auch wenn ich mich damit im Gegensatz befand zur Mehrheit der Menschen in meinem Land.

Was ging Ihnen durch den Kopf, als die Mauer fiel?

In der Nacht des Mauerfalls war ich in Berlin und wollte in meinen Geburtstag »hineinfeiern«. Ich bin auf den Straßen des vereinten Berlins 21 Jahre alt geworden und habe mit »fremden Brüdern« getanzt und getrunken. Darauf, dass nun ein neues Leben beginnt. Es hat geklappt.

Welche Hoffnungen hatten Sie damals?

Dass ich den Satz: »Daran können wir doch nichts ändern«, nicht mehr hören würde! Und ich hoffte darauf, dass das vereinigte Deutschland nun endlich »Heimat« werden würde. Ein Land, in dem wir freiwillig leben wollen, das wir mitgestalten, ein Land, das uns braucht. Ein Land, in dem freie Meinungsäußerung eine Bereicherung und keine Gefahr ist. Und ich wollte für mich selbst die Richtung neu bestimmen und Malerin werden. Ich hätte in einer Diktatur nie überlegt, Künstlerin zu werden. Es wäre mir wie ein unauflösbarer Widerspruch vorgekommen.

Welche Hoffnungen haben sich erfüllt, an welchen Stellen wurden Sie enttäuscht?

Ich bin nicht davon ausgegangen, dass die Bundesrepublik oder irgendein anderes Land das perfekte System ist. Ich war immer der Meinung, dass die Gesellschaft ein Gebilde bleibt, an dem man mitarbeitet und das dadurch vielleicht etwas besser wird. Und weil ich nichts Perfektes erwartet habe, bin ich auch nicht enttäuscht worden.

Ich wünsche mir nur, dass Jugendliche, die heute so alt sind, wie ich damals war, für ihre Träume und Überzeugungen einstehen und für deren Verwirklichung selbst etwas tun. Denn unsere Geschichte, und gerade der Fall der Mauer zeigt, dass man beinahe unmögliche Träume wahr machen kann.

Reinhold Weber und Iris Häuser (Red.):

Baden-Württemberg. Eine kleine politische Landeskunde

6. vollständig überarbeitete Auflage 2008, 128 Seiten mit zahlreichen Abbildungen



Die „Kleine politische Landeskunde“ steht für knappe und verständliche, sachliche und ausgewogene Grundinformationen über das Land Baden-Württemberg.

Thematisch wird ein weiter Bogen gespannt: Er reicht von Geographie und Geschichte über Verfassung, Parteien und Wahlen, Parlament, Regierung und Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft bis hin zu Bildung, Religionen, Medien, Kunst und Kultur.

Die „Kleine politische Landeskunde“ richtet sich an ein breites Publikum: an Schülerinnen und Schüler, an

Auszubildende und Studierende, an Berufstätige, an in Gesellschaft und Politik Engagierte – rundum an alle, die sich für Baden-Württemberg interessieren und kurz gefasste, verlässliche Informationen über den deutschen Südwesten suchen.

2.- EUR (zzgl. Versandkosten)

Erhältlich per Fax 0711.16409977 über marketing@lpb.bwl.de oder Webshop: www.lpb-bw.de/shop

lpb

Capisco – ein schnelles Spiel für helle Köpfe



- geeignet für alle ab 10 Jahren
- 400 Begriffe zu zehn Themen
- als Gruppenspiel oder zum Selbstlernen

„Frauenquote“, „Börse“, „Demokratie“ sind Begriffe, die uns selbstverständlich über die Lippen gehen – doch wissen wir immer, was sie genau bedeuten? Fällt uns zur Erklärung von „Demokratie“ mehr ein als Wahlen, Volksherrschaft oder Parlament?

Capisco ist ein kommunikatives und temporeiches Kartenspiel, das im Familien- und Freundeskreis ebenso gespielt werden kann wie in der Schule oder der außerschulischen Jugend- und Bildungsarbeit.

Im Spiel gilt es, Begriffe aus Alltag, Politik, Recht und Wirtschaft ohne

Zuhilfenahme naheliegender Wörter zu erklären und zu erraten.

8.- EUR

zzgl. Versandkosten

Zu bestellen bei der Landeszentrale für politische Bildung, Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Fax 0711.16 40 99 77
marketing@lpb.bwl.de
www.lpb-bw.de

lpb
BW

POLITIK & UNTERRICHT

**35. Jahrgang
2009**

Heft 1-2009

Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik

Editorial	1
Geleitwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport	2
Autor dieses Heftes	2

Unterrichtsvorschläge 3-14

Einleitung	3
Baustein A: Wegmarken deutscher Außenpolitik bis zur Wiedervereinigung	10
Baustein B: Außenpolitische Umbrüche	12
Baustein C: Der ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan	13
Literaturhinweise	14

Texte und Materialien 15-47

Einleitung und alle Bausteine: Prof. Dr. Ingo Juchler

www.politikundunterricht.de/1_09/aussenpolitik.htm

Heft 4-2009

Leben in der DDR

Editorial	1
Geleitwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport	3
Autorinnen dieses Heftes	3

Unterrichtsvorschläge 4-18

Einleitung	4
Baustein A: Schule, Jugend, Freizeit	7
Baustein B: Die Stasi	9
Baustein C: Oppositionsgruppen in der DDR: Das Beispiel Leipzig	15
Literaturhinweise	18

Texte und Materialien 19-55

Einleitung, Baustein A und C: Prof. Dr. Bettina Alavi

Einleitung und Baustein B: Carolin Stetter

www.politikundunterricht.de/4_09/ddr.htm

Heft 2/3-2009

Politische Plakate

Von der Weimarer Republik bis zur
jungen Bundesrepublik

Editorial	1
Geleitwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport	2
Autoren dieses Heftes	2

Unterrichtsvorschläge 3-21

Einleitung: Zur Geschichte des Plakates in Politik und Gesellschaft	3
Das politische Plakat im Unterricht	11
Baustein A: Weimarer Republik	17
Baustein B: Diktatur: Das »Dritte Reich«	18
Baustein C: Nachkriegszeit und junge Bundesrepublik	19
Literaturhinweise	21

Texte und Materialien 23-71

Einleitung: Dr. Hanspeter Rings, Rainer Gutjahr
Baustein A: Dr. Ernst Otto Bräunche, Rainer Gutjahr
Baustein B: Dr. Ernst Otto Bräunche, Rainer Gutjahr
Baustein C: Dr. Andreas Schenk, Rainer Gutjahr

www.politikundunterricht.de/2_3_09/plakate.htm

P & U aktuell 15, Juni 2009

Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

Materialien zur Wahl am 7. Juni 2009

www.kommunalwahl-bw.de/puuaktuell.html

POLITIK & UNTERRICHT IM INTERNET

Aktuelle, ältere und vergriffene Hefte zum Downloaden: **www.politikundunterricht.de**

BESTELLUNGEN

Alle Veröffentlichungen der Landeszentrale (Zeitschriften auch in Klassensätzen) können schriftlich bestellt werden bei:

Landeszentrale für politische Bildung, Marketing,
Stafflenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Telefax 0711/164099-77
marketing@lpb.bwl.de oder direkt im Webshop www.lpb-bw.de/shop
Bitte beachten Sie die Lieferbedingungen: Bei Bestellungen kostenfreier Produkte gehen ab 1 kg die Versandkosten zu Ihren Lasten.

KOSTENPFLICHTIGE EINZELHEFTE UND ABONNEMENTS FÜR INTERESSENTEN AUSSERHALB BADEN-WÜRTTEMBERGS

Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen
Tel. 07721/8987-49, www.neckar-verlag.de

www.lpb-bw.de